

Grosser Gemeinderat Winterthur

Protokoll der 11./12. Sitzung
des Grossen Gemeinderates im Amtsjahr 2020/2021
vom 1. Oktober 2020

von 16.15 bis 18.30 Uhr und 19.30 bis 21.50 Uhr

Eulachhalle 1

Vorsitz: D. Oswald (SVP)

Protokoll: A. Fatzer

Entschuldigt: 11./12. Sitzung: M. Steiner (SP), G. Stritt (SP), B. Bosshard (SP), S. Stierli (SP), Y. Gruber (FDP)

Traktanden

Trakt. Nr.	Gesch. Nr.	Geschäftstitel	Referent/in
1.*	20.94	Wahl einer Stimmzählerin / eines Stimmzählers anstelle des zurückgetretenen P. Rütsche (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2018/2022	R. Kappeler
2.*	20.95	Wahl eines Mitgliedes in die Sachkommission Bau und Betriebe (BBK) anstelle des zurückgetretenen H.R. Hofer (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2018/2022	R. Kappeler
3.*	20.46 (DSS)	Kredit von Fr. 331'000 für zusätzliche Tablets auf der Mittelstufe (Projektnummer 19769)	A. Zuraikat
4.	20.92 (DSU)	Leistungsvereinbarungen zwischen der Stadt Winterthur und den Dorfeten sowie der Fasnacht	B. Helbling - Wehrli
5.*	19.127 (DTB)	Antrag und Bericht auf Fristerstreckung zur Motion S. Gygax-Matter (GLP), A. Steiner (Grüne), B. Zäch (SP), M. Bänninger (EVP) und F. Heer (Grüne/AL) betr. Evaluation ÖV Winterthur 2050	
6.*	16.121 (DKD)	Antrag und Bericht zum Postulat I. Kuster (CVP), U. Hofer (FDP) und P. Rütsche (SVP) betr. Beteiligungscontrolling	
7.*	18.120 (DFI)	Beantwortung der Interpellation F. Helg (FDP) betr. Potenzial des SwissPasses	
8.*	17.69 (DSO)	Antrag und Bericht zum Postulat D. Schneider (FDP), R. Comfort (GLP), I. Kuster (CVP), S. Büchi (SVP) und Y. Gruber (BDP) betr. Umsetzungs-konzept «Arbeit statt Fürsorge»	

- 9.* 18.58 Beantwortung der Interpellation M. Wäckerlin (PP) betr. Kostenfolgen der Bürokratie bei der Kinderbetreuung (DSS)
- 10.* 18.68 Beantwortung der Interpellation A. Geering (CVP/EDU), R. Dürr (Grüne/AL), G. Stritt (SP), L. Banholzer (EVP) und S. Kocher (GLP) betr. Ernährungsrichtlinien für die schulergänzende Betreuung (DSS)
- 11.* 18.109 Beantwortung der Interpellation R. Keller (SP), L. Banholzer (EVP), K. Cometta (GLP) und K. Gander (Grüne/AL) betr. «Aufsicht über die Kitas in der Stadt Winterthur» (DSS)
- 12.* 17.101 Antrag und Bericht zum Postulat Ch. Magnusson (FDP), F. Künzler (SP), S. Gygax (GLP), R. Diener (Grüne/AL) und B. Huizinga (EVP) betr. sicheres Nebeneinander im Sulzerareal (DB)
- 13.* 17.145 Antrag und Bericht zum Postulat B. Zäch (SP), Ch. Meier (SP), R. Diener (Grüne/AL), Ch. Magnusson (FDP), L. Banholzer (EVP/BDP) und A. Steiner (GLP/PP) betr. Zusammenführung der Verkehrsplanung und Verkehrslenkung (DB)
- 14.* 17.148 Antrag und Bericht zum Postulat R. Dürr (Grüne/AL), B. Helbling (SP), S. Müller (EVP) und A. Steiner (GLP/PP) betr. Sanierung Unfallschwerpunkt Kreisel Seener-/ Grüzefeld-/Etzbergstrasse (DB)
15. 18.126 Beantwortung der Interpellation Th. Leemann (FDP), R. Diener (Grüne/AL), Z. Dähler (CVP/EDU) und A. Steiner (GLP) betr. Mobilfunkantennen in der Winterthurer Altstadt, Kern- und Weilerzonen (DB)
16. 17.68 Antrag und Bericht zum Postulat A. Geering (CVP), F. Helg (FDP), M. Bänninger (EVP), R. Diener (Grüne) und A. Steiner (GLP) betr. S-Bahndurchmesserlinien Winterthur (DTB)
17. 17.146 Antrag und Bericht zum Postulat Ch. Meier (SP), B. Zäch (SP), R. Diener (Grüne), M. Bänninger (EVP) und M. Nater (GLP) betr. Energiewende in Winterthur: Strategie und Vorhaben nach dem Aquifer-Verzicht (DTB)
18. 17.27 Antrag und Bericht zum Postulat M. Sorgo (SP), R. Diener (Grüne/AL) und Y. Gruber (EVP/BDP) betr. motorisierter Verkehr in der Fussgängerzone der Winterthurer Altstadt (DSU)
19. 19.24 Beantwortung der Interpellation S. Büchi (SVP), U. Glättli (GLP) und I. Kuster (CVP/EDU) betr. attraktive Gebühren für eine attraktive Altstadt (DSU)

**an dieser Sitzung behandelte Geschäfte*

Ratspräsident D. Oswald: Ich begrüsse heute an einem Donnerstagabend zur 11./12. Sitzung des Amtsjahres 2020/21. Wenn wir diese Sitzung durch haben, sind wir nach bei den Geschäften und können dann normal weiterfahren und müssen nicht mehr aufholen. Und wenn es ideal läuft (das wäre mindestens das Ziel), brauchen wir die Sitzung vom 14. Dezember hoffentlich nicht mehr und haben dort wieder etwas gewonnen. Nachdem die letzte Sitzung eine Sitzung der Verabschiedungen war, haben wir heute eine Sitzung der Begrüssungen. Zum 1. Mal im Rat sind Christian Hartmann (SVP), herzlich willkommen bei uns in der Runde. Ebenfalls neu im Rat ist Tom Weiler (SVP). Er sollte jeden Moment eintreffen, mir ist da keine Abwesenheitsmeldung bekannt. In diesem Zusammenhang kann ich eine Story aus den Sommerferien erzählen: Ich war in Österreich, in Eisenerz, über den 1. August. Dort war eine Konstituierung des Gemeinderats.

Ich besuchte diese und dort hiess es also: Wer an der konstituierenden Sitzung unentschuldig fehlt, verliert das Mandat. Ich fand das eine gute Lösung.

Mir sind folgende Abwesenheiten gemeldet worden: Yvonne Gruber, Markus Steiner, Gabi Stritt, Beatrice Bosshard und Silvio Stierli.

Verspätet eintreffen werden Thomas Wolf und Maria Wegelin.

Mitteilungen

Ratspräsident D. Oswald: V.a. für diejenigen, die neu sind: Normalerweise zirkulieren die Vorstösse zum Durchlesen und Unterschreiben. Corona-bedingt liegen die Vorstösse neben dem Pult mit der Akustiksteuerung auf. Geht diese während der Ratsdebatte dort lesen und unterschreiben oder ankreuzen.

Das Essen ist wie gewohnt nebenan. Es hat zwei Menüs zur Auswahl, die Menüs liegen auf dem Platz auf. Und auch beim Nachtessen darauf achten, dass man die Abstände einhält. Beim Sprechen das Mikrofon einschalten und nach dem Sprechen wieder ausschalten.

Fraktionserklärungen

Ratspräsident D. Oswald: Die EVP-Fraktion hat eine Fraktionserklärung, Franziska Kramer.

F. Kramer (EVP): Die Ankündigung des Stadtrats, dass er sich gegenüber Wiesendangen positiv zur Schliessung des Kistenpasses für den motorisierten Durchgangsverkehr äusserte, gab letzte Woche in den Medien zu reden. Wir als EVP-Fraktion möchten uns dazu äussern. Wir haben grosse Sympathien für verkehrsberuhigende Massnahmen. Die Kistenpass-Strasse ist gefährlich: Man darf 80 fahren – was wohl an keiner Stelle empfehlenswert ist. Trotzdem wird vielmals schneller gefahren als vernünftig. Vielleicht ist es irgendwie romantisch klingend, so tief verankert der Namen Kisten-«Pass», den sogar der Stadtrat in der Medienmitteilung verwendete. Ich weiss es nicht. Schon eine Temporeduktion könnte allenfalls viel zur Sicherheit beitragen.

Wie auch immer: Nur die mutigen, oder besser gesagt vielleicht sogar nur die wagemutigen Velofahrer nehmen den Kistenpass unter die Räder. Gründe dafür, den Kistenpass zu wählen, gibt es für Velofahrer aber schon. Der Feldweg über die Hegmatten ist sehr holprig zu befahren. Aber gerade mit Kinderanhänger oder Kindern auf eigenen Rädern ist der Kistenpass sicher nicht zu empfehlen. Deshalb haben wir zuerst erfreut aufgehört, als wir hörten, dass der Kistenpass den Velofahrern zurückgegeben werden soll, und mein Velo-Herz hat gleich ein bisschen lauter geklopft.

Trotzdem haben wir auch einige Bedenken, und um diese geht es jetzt noch: Eine Schliessung des Kistenpasses für den motorisierten Verkehr wird die Hegifeldstrasse in Hegi vom Verkehr entlasten, so das Argument des Stadtrats. Bei einer temporären Schliessung des Kistenpasses letztes Jahr konnte aber festgestellt werden, dass während dieser Zeit 1'500 Autos mehr pro Tag die Rümikerstrasse (ebenfalls in Hegi) benutzt haben. In der Medienmitteilung des Stadtrats war v.a. Thema, dass eine Verkehrsumlagerung nach Oberwinterthur sorgfältig beobachtet werden solle und Begleitmassnahmen zu ergreifen sind. Wir möchten das Augenmerk nochmals auf die Hegifelder lenken: Es darf nicht passieren, dass aus einer Verkehrsberuhigung für die Hegifeldstrasse eine Verkehrsumlagerung auf die Rümikerstrasse wird. Man muss das ganze Quartier im Blick behalten. An der Rümikerstrasse gibt es viel günstiger Wohnraum. Das sollte nicht damit abgestraft werden, dass man den Verkehr halt dort durchlotzt, mit Achselzucken «die wohnen ja dafür günstig». Da generieren wir dann einfach neue Probleme im Brennpunkt Quartier. Hegi muss als Ganzes im Blick bleiben.

Ganz wichtig und entscheidend dabei ist auch, dass der offizielle Schulweg der Kinder vom Quartier Im Gern und der Betreuung Im Gern der Rümikerstrasse entlang zu den Schulhäusern Hegi-Dorf und Neuhegi führt. Die Rümikerstrasse ist bereits jetzt stark befahren, die Schulwegsicherheit ist entsprechend immer wieder Thema – wie auch an anderen Stellen in

der Stadt. Viele Mütter ermahnen ihre Kinder regelmässig, das Trottoir möglichst weit weg von der Strasse zu begehen und einander auf keinen Fall zu schubsen. Aber Sie kennen ja die Kinder: Das ist dann schnell vergessen. Für die Überquerung der Rümikerstrasse besteht weder eine Lichtsignalanlage noch stehen Lotsen zur Verfügung – das war einmal. Es stellen sich uns deshalb einige Fragen: Wie würde bei einer Mehrbelastung der Rümikerstrasse der Schutz der Schülerinnen und Schüler gewährleistet? Welche Begleitmassnahmen sind für die Rümikerstrasse angedacht? Die Hegifeldstrasse soll verkehrsberuhigt werden – anzumerken ist, dass es sich dabei bereits heute um eine 30er-Zone handelt. Gibt es die Möglichkeit, im Abschnitt der Rümikerstrasse, zwischen dem Schulhaus Neuhegi und dem Oberen Gern, wo der Schulweg ist, ebenfalls eine Tempo 30-Zone zu schaffen? Wir danken dem Stadtrat, dass er das Anliegen «effektive Verkehrsberuhigung» anstelle einer Verkehrsverlagerung zu schaffen, in den weiteren Verhandlungen mit Wiesendangen im Blick behält.

Stadträtin Ch. Meier: Ich bin sehr froh, dass ich heute Abend Gelegenheit habe, zu dieser Medienmitteilung und zur Berichterstattung kurz Stellung zu nehmen. Es ist tatsächlich so, dass das offensichtlich sehr viele Emotionen geweckt hat.

Zuerst eine Vorbemerkung: Die Hegifeldstrasse, von der wir jetzt gehört haben, ist eine kommunale Strasse. Die Rümikerstrasse gilt als überkommunale Strasse. Der Kistenpass oder – wie sie offiziell heisst – die Birchwaldstrasse ist weder das eine noch das andere, also weder eine kommunale noch eine überkommunale Strasse. Im Richtplan ist dort einfach eine geplante regionale Veloroute eingetragen. Der Kistenpass ist somit keine Verbindungsstrasse für Autos von Wiesendangen auf Winterthur oder retour. Deshalb haben die Delegierten der RWU am 26. Juni 2019 als neue Massnahme im regionalen Gesamtverkehrskonzept Winterthur und Umgebung die Schliessung des Kistenpasses für den MIV verabschiedet. Auch im regionalen Richtplan wird vorgeschlagen, die Sperrung für den MIV zu prüfen. Im September 2019 war die Baustelle, von der wir vorhin gehört haben. Das Tiefbauamt hat diese Chance genutzt, um eine Verkehrszählung durchzuführen. Und dabei zeigte sich, dass tatsächlich eine grosse Verlagerung (was auch anzunehmen war) auf die Elsauerstrasse und die Rümikerstrasse, aber auch auf die Frauenfelderstrasse verzeichnet wurde. Aufgrund dieser Momentaufnahme ist der Stadtrat überzeugt, dass der Kistenpass zwar für den MIV gesperrt werden soll, dass aber die Auswirkungen auf den Verkehrsablauf und den Busbetrieb in Oberwinterthur ganz detailliert untersucht werden müssen, und dass es notwendige Begleitmassnahmen (zusammen mit Wiesendangen, mit Elsau und mit dem Kanton) festgelegt werden müssen. Dazu gehört auch, dass der Verkehrsablauf auf der Rümikerstrasse – in Winterthur und in Elsau – ganz genau angeschaut wird. Das Tiefbauamt hat mit diesen Abklärungen im Rahmen der laufenden Ergänzungsstudie zum Steuerungs- und Dosierungskonzept bereits begonnen. Wir gehen davon aus, dass wir im Lauf des nächsten Jahres erste Erkenntnisse dazu haben.

Zu 2-3 Fragen, die Du gestellt hast, Franziska: Die Frage von der Verkehrssicherheit, insbesondere für die Schulkinder, gehört genau in den Auftrag dieser Abklärungen, die jetzt laufen, und müssen auf jeden Fall bei den Massnahmen berücksichtigt werden. Wie die genau aussehen werden, kann ich jetzt noch nicht sagen, aber das müssen wir zusammen mit Elsau ganz genau anschauen.

Die Frage zum Temporegime: Es handelt sich bei der Rümikerstrasse eben um eine überkommunale Strasse mit einer kommunalen Buslinie und teilweise überkommunalen Velorouten darauf. Der Stadtrat hat vor kurzem ein Postulat betreffend Tempo 30 rund um die Altstadt verabschiedet. Er hat dort angekündigt, die rechtlichen Grundlagen für die Heruntersetzung der signalisierten Höchstgeschwindigkeit darzulegen. Weiter hat der Stadtrat ausgeführt, dass momentan das Konzept zu den Grundsätzen zum Temporegime und der Verkehrsberuhigung in der Stadt ausgearbeitet wird. In einem ersten Schritt wird eine Übersicht über den Stand der Verkehrsberuhigung auf dem kommunalen Netz und über das Temporegime auf den überkommunalen Achsen erstellt. Anschliessend daran sollen dann die Grundsätze vom Umgang mit Tempo 30 und Begegnungszonen auf dem kommunalen Netz und zum Geschwindigkeitsregime auf regionalen und kantonalen Strassen festgelegt werden. Dieses

Konzept wird dann auch die Grundlage sein, um die Frage beantworten zu können, ob man auf der Rümikerstrasse Tempo 30 einführen kann und ob das zweckmässig ist.

Dass der Kistenpass für Velofahrende, für die er ja eigentlich gedacht ist, ungeeignet ist aufgrund der sehr engen Platzverhältnisse und, wie Du gesagt hast, der hohen Tempi, die zum Teil gefahren werden, das ist so. Eine Möglichkeit wäre, dass man es ausbauen würde (es müsste aber massiv ausgebaut werden). Aber aufgrund des Richtplaneintrages erscheint uns - aber auch der RWU – die Schliessung für den MIV naheliegender.

Ratspräsident D. Oswald: Es sind weitere persönliche Erklärungen eingegangen. Als erstes Andreas Geering (CVP).

A. Geering (CVP/EDU): Auf die Medienmitteilung des Stadtrats hat die CVP/EDU-Fraktion des Grossen Gemeinderats am 24. September eine Stellungnahme verschickt. Vielleicht hat ja dann der Landbote diese Stellungnahme prophetisch der EVP/EDU-Fraktion zugeschrieben – die es ja gar nicht gibt. Ein Korrigendum ist leider bis heute ausstehend in dieser Zeitung. Es ist so, dass diese Stellungnahme die CVP/EDU-Fraktion geschrieben hatte – aber der Landbote hat vorweggenommen, dass die EVP inhaltlich, zumindest teilweise, gleicher Meinung sein wird wie wir, dass nämlich die Schliessung des Kistenpasses doch einige Fragen aufwerfen würde.

Ich möchte zuerst darauf hinweisen, dass die Birchwaldstrasse nicht wie die EVP sagt durchgehend 80 ist, sondern ab Schloss Hegi bis Stadtgrenze Tempo 60. Und erst auf der Wiesenanger Seite Tempo 80. Und es ist richtig, da hat die EVP Recht: Man hat bei der Schliessung der Birchwaldstrasse vor einem Jahr gesehen, dass ein grosser Teil dieses Verkehrs nicht auf die Frauenfelderstrasse in Oberwinterthur ausweicht, sondern über Elsau geht. Und dann der grösste Teil (das konnte man aber nicht nachweisen) auf die Rümikerstrasse oder die St. Galler-Strasse geht. Man hat gesehen, dass 2'500 Fahrten pro Tag vom Kistenpass weggehen und 60-70% dieser Fahrten nicht über die Frauenfelderstrasse, sondern durch Elsau und eben der grösste Teil durch Hegi, auf der Rümikerstrasse.

Wir haben in dieser Stellungnahme festgehalten, dass wir zum jetzigen Zeitpunkt gegen die Schliessung des Kistenpasses sind. Und dass man, wenn man einmal die Tunnelerschliessung Neuhegi-Grüze hat, genau die Entlastung hat, bei der dann eine flankierende Massnahme dieses Tunnels sein könnte, dass man den Kistenpass allenfalls schliesst.

Da die Stadträtin Christa Meier schon gesprochen hat zu diesem Thema, möchte ich auch da noch eine kurze Replik geben: Es ist richtig und wichtig, dass man die Auswirkungen (wie das die Stadträtin gesagt hat) nicht nur in Oberwinterthur anschaut, sondern auch in Hegi. Da bitten wir darum, dass man das genau anschaut, auch wegen den Schulwegquerungen, die genannt wurden. Und wir hoffen, dass man dann zum Schluss kommt, dass man das eigentlich wirklich nicht machen kann, bis man entweder einen Tunnel hat – oder sonst müsste man schauen, dass der Verkehr wenn schon über die St. Galler-Strasse geht.

Wir möchten auch unterstreichen, was die Stadträtin schon gesagt hat: Die Rümikerstrasse ist eine überkommunale Strasse, die – wenn man den Kistenpass schliessen würde, bevor man einen Tunnel hat – die Zubringerstrasse für Neuhegi-Grüze wahrnehmen würde. Und dort Tempo 30 zu machen, dem würden wir widersprechen. Die Rümikerstrasse ist nicht nur eine überkommunale Strasse, sie ist auch eine breite Strasse, sie hat beidseitig Trottoirs und sie ist übersichtlich, auch bei den Einmündungen und Kreuzungen, die dort bestehen. Wir würden in diesem Sinn nicht Tempo 30 unterstützen, sondern man wüsste wenn schon die Schulwegquerungen, von denen es zwei gibt auf dieser Rümikerstrasse, entsprechend sichern – allenfalls vorübergehend auch mit Lotsen – bis man den Verkehr durch den Tunnel leiten kann statt über die Rümikerstrasse.

In dem Sinn danken wir dem Landboten, dass er unsere Stellungnahme aufgenommen hat in seiner Berichterstattung, auch wenn er sie mit einem prophetischen Ansatz der falschen Fraktion zugeschrieben hat. Wir danken dem Stadtrat, dass er dieses Anliegen von Hegi und Wiesendangen sehr genau prüft – und wir erwarten, dass er zum Schluss kommt, dass man diese Schliessung sinnvollerweise eigentlich dann macht, wenn man den Tunnel hat. Und wir

hoffen natürlich, dass er gleichzeitig zum Schluss kommt, dass man diese Tunnelplanung entsprechend beschleunigen muss.

Ratspräsident D. Oswald: Das Wort für eine weitere persönliche Erklärung hat Thomas Leemann (FDP).

Th. Leemann (FDP): Ich danke Franziska und Andreas für Eure Voten wegen dem Kistenpass. Ich wollte eigentlich eine schriftliche Anfrage machen, aber ich werde nun mein Votum auch gleich vorbringen. Wir wissen ja alle: Der Verkehrsfluss ist wie Wasser. Das Wasser sucht den geringsten Weg des Widerstands. Wir wissen ja nicht, wo die Autos alle hingehen, wenn der Kistenpass zu ist. Ich würde es eigentlich sehr begrüßen, wenn man jetzt vorläufig Verkehrszählungen machen würde, die fundiert sind: Sei es in Seen, sei es in Elsau, sei es in Hegi, sei es in Oberwinterthur. Es kann ja gut sein, dass der Verkehrsfluss – die Leute, die von Seen her nach Wiesendangen traversieren - dass die sagen, wir fahren hinten durch über Oberseen, Ricketwil und Eidberg, runter nach Elsau und Wiesendangen. Und da wäre es wirklich gut, wenn der Stadtrat eine Verkehrszählung im grossen Mass durchführen könnte – vorher und nachher.

Ratspräsident D. Oswald: Weiter hat das Wort für eine persönliche Erklärung Marc Wäckerlin.

M. Wäckerlin (PP): Liebe Christa, könntest Du dann bitte dafür sorgen, dass der Stadtrat auch diejenige Bevölkerung, die mit dem Auto unterwegs ist, berücksichtigt? Für uns ist der Kistenpass im Moment ein wichtiger Zubringer auf die Autobahn. Und wenn der wegfällt, müssen wir in Zukunft nach Töss fahren, durch die ganze Stadt. Falls Ihr das als sinnvoll erachtet...

Auch im Übrigen werden wir in unserem Quartier immer mehr eingesperrt. Jetzt ist noch so eine völlig behämmerte Lichtsignalanlage installiert worden, die genau die Ausfahrt aus Hegi massiv beschränkt. Der Kreisel auf der anderen Seite ist dadurch noch mehr belastet und es ist inzwischen immer schwieriger, überhaupt noch zum Quartier hinauszukommen. Und wenn jetzt noch der Kistenpass geschlossen wird, bevor das Tunnel gemacht wird, dann wird die Situation nochmals schlimmer. Es ist inzwischen eine Katastrophe, wie der Verkehr für die Hegemer Bevölkerung selbst im Quartier ist.

1. Traktandum

GGR-Nr. 2020.94: Wahl einer Stimmzählerin / eines Stimmzählers anstelle des zurückgetretenen P. Rüsche (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2018/2022

Ratspräsident D. Oswald: Das Wort hat Roli Kappeler von der IFK.

R. Kappeler (IFK): Die IFK schlägt vor: Tom Weiler (SVP).

Ratspräsident D. Oswald: Wird der Vorschlag vermehrt? – Wenn nicht, ist Tom Weiler gewählt. Ich gratuliere Dir herzlich zur Wahl als Stimmzähler.

T. Weiler (SVP): Danke sehr. Ich werde darauf achten, dass ich in Zukunft pünktlich bin.

2. Traktandum

GGR-Nr. 2020.95: Wahl eines Mitgliedes in die Sachkommission Bau und Betriebe (BBK) anstelle des zurückgetretenen H.R. Hofer (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2018/2022

Ratspräsident D. Oswald: Das Wort hat Roland Kappeler von der IFK.

R. Kappeler (IFK): Hier schlägt Ihnen die IFK vor: Christian Hartmann (SVP).

Ratspräsident D. Oswald: Wird dieser Vorschlag vermehrt? – Wenn nicht, gratuliere ich auch Christian Hartmann ganz herzlich zu seiner Wahl in die BBK. Ich wünsche Euch beiden bei der Arbeit da im Gemeinderat, in den Kommissionen und im Ratsbüro viel Erfüllung bei Eurer Tätigkeit.

3. Traktandum

GGR-Nr. 2020.46: Kredit von Fr. 331'000 für zusätzliche Tablets auf der Mittelstufe (Projektnummer 19769)

Ratspräsident D. Oswald: Das Wort für die Vorstellung des Geschäfts hat André Zuraikat.

A. Zuraikat (BSKK): Ich freue mich, dass ich heute Abend dieses Geschäft vorstellen darf, als Referent der Produktegruppe Volksschule und als Vertreter der BSKK.

Wie wir da auf der Folie sehen, geht es bei diesem Antrag darum, dass wir zusätzliche Tablets - also spezifisch gesagt: iPads - anschaffen für 331'000 Fr. für die 5. und 6. Klasse. Das zu Lasten der Investitionsrechnung des allgemeinen Verwaltungsvermögens.

Die Folie soll aufzeigen, wie die ICT-Landschaft, also unsere Infrastruktur, aussieht an den Schulen in der Stadt Winterthur. Es ist folgendermassen dazu gekommen: Über die letzten 15 Jahre ist die ICT-Infrastruktur der Schulen Winterthur mit der zunehmenden Digitalisierung immer weiter gewachsen. Bei ICT-Infrastrukturprojekten wurde immer unterteilt in Primar-, Sekundar- und Sonderschulen. Aufgrund dieses Umstands haben wir eine sehr heterogene Gerätelandschaft, wie Ihr seht. In der Primarstufe gibt es die Notebooks und Stand heute haben wir die 900 iPads. In der Sekundarstufe haben wir die 1'300 iMacs und letztes Jahr haben wir das Projekt ICT-Sek gehabt, bei dem es um die Anschaffung von weiteren Tablets geht, die für das Schuljahr 2021/22 geplant sind, um eingeführt zu werden. Und in der Sonderschule hat man Windowsgeräte und 24 iPads.

Heute Abend, bei diesem Geschäft, bei diesem Kredit, geht es um den türkisfarbenen Balken, also um die 624 iPads.

Was ist der Auslöser des Ganzen, weshalb wir zusätzliche iPads beschaffen wollen? 2017 wurde bekannt, dass das Fach «Medien und Informatik» eingeführt wird ab der 5. Klasse. Und es ist so, dass ohne die 1:1-Ausstattung dieses Fach eigentlich nicht sinnvoll unterrichtet werden kann. Und deshalb hat dann der Primar- und Volksschulkonvent gefordert, dass es mehr Geräte für die 5. und 6. Klasse gibt. Stand heute ist es so, dass es pro Klasse eine 1:4-Ausstattung gibt. Die Lehrpersonen müssen auf andere Klassen oder sogar auf andere Schulhäuser zugehen, um die Geräte zu organisieren, wenn es darum geht, dieses Fach durchzuführen.

Mit diesem Kredit wird als Ziel gesetzt, dass es zu einer 1:2-Ausstattung kommt für die 5. und 6. Klasse, was zur Folge hat, dass der Organisationsaufwand für eine 1:1-Ausstattung deut-

lich kleiner wird. Diese Geräte werden ab 2022 in das neue ICT-Infrastruktur-Konzept überführt, d.h. dass die Investitionskosten 2022 entsprechend kleiner werden. Das hat dann alles einen Zusammenhang mit dem Projekt eduwin, das ich auf der nächsten Folie noch etwas ausführen werde.

Aber zuerst: Warum iPads und keine Notebooks? Es ist einfach die zukunftsorientierteste und wirtschaftlichste Lösung. Die Nachfrage nach iPads ist deutlich grösser bei den Lehrpersonen. Und wie gesagt: Die Lernstick-Notebooks werden im Schuljahr 2022 ersetzt. Und die iPads können dann auch z.B. im Kindergarten sinnvoll eingesetzt werden, was der kantonale Lehrplan auch vorsieht.

Kurz eine Übersicht zu den Kosten: Es geht insgesamt um 375'000 Fr. Der grösste Brocken sind diese iPads, die 197'000 Fr. kosten werden. Dann kommen die zusätzlichen Infrastruktur-Elemente dazu (wie Tastaturhüllen), und dann gibt es noch jährliche Kosten (Serviceleistungen) von 44'000 Fr., was dann insgesamt 375'000 Fr. macht.

Zum Projekt eduwin: Es geht bei diesem Projekt darum, dass ab der 5. Klasse eine 1:1-Ausstattung hergestellt wird. Es geht auch darum, dass es eine einheitliche ICT-Infrastruktur geben soll, dass man dann weniger technische Dienstleister hat, und dass es dann auch eine sinnvolle Ausrüstung geben soll für die jeweiligen Stufen.

Das «Bring your own device»-Konzept, das dort in Klammern steht, wurde viel diskutiert. Was da das Problem ist: Das «Bring your own device»-Konzept (also, dass Schülerinnen und Schüler und Lehrerinnen und Lehrer ihr eigenes Gerät mitbringen sollen) ist nicht sinnvoll, weil es einige ungelöste Fragen aufwirft, v.a. im Zusammenhang mit Haftung, Versicherung, Sicherheit und Support. Und deshalb wird das wohl nicht berücksichtigt in diesem neuen Projekt.

Wir hatten zwei Lesungen zu diesem Geschäft. Reto Zürcher von der Schu::COM stellte uns dieses Geschäft vor. Ich möchte ihm an dieser Stelle herzlich danken für das Vorstellen des Geschäfts und wie in Zukunft die ICT-Infrastruktur an der Schule aussehen soll. Ich danke auch dem Stadtrat für die Beantwortung der eingereichten Fragen. Wir haben den Kredit seitens BSJK mit 9:0 Stimmen angenommen und stellen somit den Antrag, dass der Kredit von 331'000 Fr. auch im Grossen Gemeinderat bewilligt wird.

Wäre es der Ratsleitung recht, dass ich auch gleich das Votum der Fraktion halte?

A. Zuraikat (CVP/EDU): Der CVP/EDU-Fraktion ist eine solide Bildung für Kinder und Jugendliche ein zentrales Anliegen. Die Bildung soll die jungen Menschen darauf vorbereiten, künftige wirtschaftliche, soziale und ökologische Herausforderungen bewältigen zu können. Eine hohe Leistungsbereitschaft, Innovation und Kreativität sind die beste Garantie dafür, einen Spitzenplatz in der Weltwirtschaft zu sichern. Die zusätzlichen Tablets für die Mittelstufe leisten einen sehr wichtigen Beitrag dazu. Damit das Fach «Medien und Informatik» sinnvoll unterrichtet werden kann, braucht es eine 1:1-Ausstattung. Das verlangt, wie bereits erwähnt, der Primarschulkonvent und v.a. der Lehrplan 21. In der Praxis und Stand heute (wie auch schon vorgängig erwähnt) müssen die Lehrpersonen diese Geräte von 3-4 weiteren Klassen ausleihen. Gemäss der Weisung wird aber eine 1:2-Ausstattung angestrebt, was sicher mindestens notwendig ist, damit der Organisationsaufwand für eine 1:1-Ausstattung geringer ist und finanziell auch Sinn macht.

Die neuen iPads können 2022 ins neue ICT-Infrastruktur-Konzept überführt werden, somit werden die Investitionen im 2022 dann auch kleiner. Das «Bring your own device»-Konzept für Schülerinnen und Schüler ist nicht sinnvoll, weil es eben ungelöste Fragen aufwirft, v.a. im Zusammenhang mit Haftung, Sicherheit und Support.

Aus der Fraktion wurde allerdings die Planung kritisiert: 2016 wurde ein Kredit für ICT-Primar bewilligt, 2018 fand der Roll-out statt. Zwei Jahre später kommt die Zentralschulpflege wieder, um einen Kredit zu beantragen. Ausserdem wird für 2022 nochmals die ganze ICT-Infrastruktur vom Kindergarten bis Oberstufe neu evaluiert. Dieses Vorgehen erachtet die CVP/EDU-Fraktion als fragwürdig.

Aufgrund dieser Ausführungen haben wir die Stimmfreigabe zu diesem Geschäft beschlossen.

Ratspräsident D. Oswald: Es liegt da ein Ablehnungsantrag vor, deshalb gebe ich das Wort zuerst Marc Wäckerlin von der SVP-Fraktion.

R. Kappeler (SP): Ich stelle einen Ordnungsantrag. Der Ordnungsantrag ist die Einhaltung der Rednerliste nach Geschäftsordnung. Nach Art. 56 der Geschäftsordnung sprechen nach dem Kommissionssprecher zuerst die Mitglieder der Kommission. Es gibt keinen Grund, dass ein Ablehnungsantrag, den es bei einer stadträtlichen Weisung gar nicht gibt (das ist nämlich nur Ja- oder Nein-Parole), zuerst kommt.

Ratspräsident D. Oswald: Besten Dank für den Einwand. Es ist so, dass die SVP-Fraktion in diesem Geschäft anders entschieden hat als ursprünglich in der Kommission besprochen wurde. Und deshalb hat der Kommissionssprecher bei diesem Thema gewechselt und es ist nicht das Mitglied der Kommission. Jetzt gibt das natürlich Spielraum für Interpretation, wann das der Sprecher der SVP-Fraktion in der Reihenfolge kommt, da es nicht das Mitglied der Kommission ist.

Ich mache das so: Da ich selbst der SVP-Fraktion angehöre, lasse ich über den Ordnungsantrag abstimmen. Der Gemeinderat soll entscheiden, ob zuerst Marc Wäckerlin sprechen darf oder ob wir bei den anderen Kommissionsmitgliedern weitermachen.

Wer dem Ordnungsantrag von Roland Kappeler zustimmen möchte, dass zuerst die Mitglieder der entsprechenden Kommission sprechen müssen und Marc Wäckerlin erst nachher sein Votum halten darf, soll das mit Handerheben bezeugen. Bitte auszählen.

Wer den Ordnungsantrag ablehnen möchte, soll das mit Handerheben bezeugen.

Ihr habt den Ordnungsantrag mit 22:30 Stimmen abgelehnt. Das Wort hat Marc Wäckerlin zum Geschäft.

M. Wäckerlin (SVP/PP): Ich fasse mich dafür kurz, damit die Anderen genügend Zeit zum Sprechen haben. Im Wesentlichen lehnen wir das Geschäft ab und stellen den Ablehnungsantrag oder was auch immer. Aus den gleichen Gründen, die ich vor mittlerweile einem Jahr schon einmal erläutert habe hier drinnen. Ich muss die nicht im Einzelnen wiederholen, einzig weg fällt der Grund der Ausschreibung, wo sich im Nachhinein dass das, was ich gesagt habe, vom Gericht ziemlich genau übernommen wurde als Begründung in seinem Urteil. Im Weiteren schliessen wir uns auch der Kritik an, die von der CVP geäussert wurde bezüglich des ganzen Ablaufs. Wir finden es auch etwas speziell, dass man bei der Schule für jede Stufe einzeln einen solchen Antrag macht. Es ist alles im gleichen Departement, da könnte man ja eigentlich das Ganze zusammenfassen und wir hätten schon vor einem Jahr auch über diese Tablets hier abstimmen können. Das wäre ein Hinweis an das Schuldepartement, dass man in Zukunft vielleicht solche Sachen zusammennimmt, so dass wir auch wirklich eine Gesamtübersicht haben, was am Schluss an Kosten auf uns zukommt da. Im Weiteren ist es im Moment sehr schwierig, einfach so Geld auszugeben. Da müsste man halt auch schauen – auch wenn es für die Schule und auch wenn es für die Kinder ist – dass man nicht wegen einer Marke überbezahlt, sondern halt wirklich solche Geräte beschafft, die günstig und zweckmässig sind für dieses Thema.

K. Gander (Grüne/AL): Danke, André, für das Vorstellen des Geschäfts. Die Fraktion Grüne/AL befürwortet – wie auch die gesamte BSJK – die Anschaffung dieser zusätzlichen Tablets für die Mittelstufe. Wer A sagt, muss auch B sagen. Seit der Einführung vom Lehrplan 21, wir haben es gehört, wird das Fach «Medien und Informatik» ab der 5. Klasse unterrichtet. Und aktuell stehen lediglich 6 Tablets pro Klasse zur Verfügung. Zu wenig, um vernünftig mit den Kindern arbeiten zu können. Das ist uns in der Kommission plausibel dargelegt worden.

Es gibt trotzdem noch zwei Punkte, auf die ich gerne hinweisen möchte: Es ist in der Tat so, da gebe ich Marc Recht, dass da immer wieder IT-Anschaffungskredite kommen. Und auch wir haben da eine transparente kurz- oder mittelfristige Geräteanschaffungsstrategie ver-

misst. Wir haben nachgefragt und im Rahmen der Kommissionssitzung ist uns diese aufgezeigt worden. Es konnte glaubhaft gemacht werden, dass das jetzt angedachte System nicht nur modular aufgebaut ist, sondern auch in sich ein Stimmungsbild abgibt.

Der zweite Punkt, auf den ich auch noch hinweisen möchte, ist, dass die Lehrpersonen die angeschafften Geräte auch richtig und häufig anwenden, damit diese dann effektiv zu einem Mehrwert führen. In diesem Punkt braucht es eine entsprechende Schulung und den nötigen Support, der parallel auch geleistet werden muss.

Den Ablehnungsantrag von Marc lehnen wir ab.

Ch. Maier (FDP): Wir unterstützen die Digitalisierung im Schulumfeld, ob diese das Lernen fördert oder den Lehrpersonen automatisierbare Arbeit abnimmt und so mehr Zeit schafft für die Förderung der Schülerinnen und Schüler. Der Antrag für die Beschaffung der zusätzlichen Tablets für die Mittelstufe hat uns aber trotzdem stutzig gemacht: Sind nicht vor kurzer Zeit Geräte angeschafft worden? Wie passen die neuen Geräte in die bestehende IT-Landschaft? Wird der Flickenteppich nicht noch vergrössert statt vereinheitlicht? Ist es sinnvoll, jetzt zu investieren, wenn der Technologie-Entscheid für die Ausrüstung der Oberstufe noch nicht bekannt ist?

In der zweiten Lesung konnte uns das DSS alle diese Fragen schlüssig beantworten. Wesentlich für uns: Spätestens ab dem Schuljahr 2025/26 entsteht in jedem Fall eine homogene IT-Landschaft vom Kindergarten bis zur Oberstufe. Unabhängig davon, welcher Technologie-Entscheid für die Oberstufe gefällt wird. Mindestens ab der Mittelstufe dann mit einer 1:1-Ausrüstung. Aufgrund der geplanten Nutzungsdauer von 6 Jahren (da muss man sich dann fragen, ob diese wirklich realistisch ist – das wird sich weisen) wird der jährliche Ersatzbedarf dann 1'000 – 2'000 Geräte betragen. Die entsprechenden Kosten sind beträchtlich, aber in unseren Augen sinnvoll, wenn die folgenden Punkte erfüllt sind:

1. Auf die Beschaffung von gewissen gedruckten Lehrmitteln wird das DSS wohl verzichten können, weil diese durch die Digitalversion ersetzt werden können. Damit sollte mindestens ein Teil der IT-Kosten kompensiert werden können.

2. und für uns viel wichtiger: Die Tabletbeschaffung wird mit dem neuen Fach «Medien und Informatik» begründet. Für uns ist das Potenzial dieser Geräte aber viel, viel grösser. Es ist eine riesige Chance, die wir hier haben. Nämlich dann, wenn das DSS die Lehrpersonen unterstützt und motiviert, aber sie auch fordert. Von ihnen fordert, dass das Maximum aus den Geräten herausgeholt wird. Diese sind nicht nur im Fach Informatik einsetzbar, sondern überall dort, wo das Lernen gefördert oder die Lehrpersonen entlastet werden durch automatisierte Arbeit. Und damit komme ich zurück zum Einstieg meines Votums: Und den Lehrpersonen so mehr Zeit gibt für die Förderung der Schülerinnen und Schüler.

S. Kocher (GLP): Zuerst der Dank an André für die Vorstellung des Geschäfts. Auch für die GLP ist klar, dass die Forderungen aus dem Lehrplan 21 adäquat im Klassenzimmer umgesetzt werden müssen. Wie der Stadtrat resp. die Zentralschulpflege im Antrag aber deutlich festhält, ist das zum heutigen Zeitpunkt aber nicht gewährleistet. Mit dem heutigen Kreditantrag wird auf 1:2, also 1 Gerät pro 2 Schülerinnen und Schüler, aufgestockt. Eine Grössenordnung, welche wir in der aktuellen Phase als vernünftig erachten. Die Zeit der Lehrpersonen soll für die Stoffvermittlung des neuen Fachs Informatik genutzt werden und nicht dazu, Tablets untereinander zu koordinieren oder eben zu «rationieren», weil es so wenige Geräte gibt. Ob daraus aber indirekt abgeleitet werden kann, ob auch für die 5. und 6. Klasse (analog zur Oberstufe) automatisch eine 1:1-Ausstattung – wie in der Vision eduwin 2022 aufgezeigt wurde – der nächste wichtige Schritt für die Zukunft ist, halten wir uns an dieser Stelle offen und werden bei einer entsprechenden Weisung seitens Stadtrat das Ganze im Detail prüfen. Dem aktuellen Kreditantrag wird die GLP zustimmen. Den Ablehnungsantrag lehnen wir ab.

Ch. Bozzi (SP): Die SP ist für eine zeitgemässe Bildung. Und deshalb unterstützen wir die Weisung des Stadtrats und werden dem Kredit von 331'000 Fr. für zusätzliche Tablets auf der Mittelstufe zustimmen. Wie schon erwähnt haben wir uns in der BSKK in zwei Lesungen ein

differenziertes Bild über die Situation machen können, und sind überzeugt, dass diese Investition notwendig ist und keinen Luxus darstellt.

Im Sommer 2018 ist im Rahmen des Lehrplan 21 das Fach «Medien und Informatik» in der 5. und 6. Klasse eingeführt worden. Damit die Kinder einen sinnvollen und nachhaltigen Umgang mit diesen neuen Medien und Geräten lernen können, ist eine 1:1-Ausstattung mit einem Tablet oder Notebook notwendig. Aktuell müssen sich die Lehrpersonen für ihre Klassen jeweils Geräte bei 3-4 Klassen zusammensammeln, damit sie in ihrer eigenen Klasse überhaupt arbeiten können. Das ist einerseits nicht mehr zeitgemäss und andererseits ein Verschleiss von wertvollen zeitlichen Ressourcen. Mit der Anschaffung von zusätzlichen 624 iPads kann eine sinnvolle Verteilung in allen 5. und 6. Klassen erreicht werden.

Beim Erstellen vom ICT-Primar-Konzept war damals noch nicht bekannt, dass das Fach «Medien und Informatik» in diesem Rahmen eingeführt wird, deshalb wurde diesem Umstand damals nicht so Rechnung getragen. Es ist auch eine Tatsache, dass sich die Bedingungen im Informatikbereich rasch entwickeln. Wie uns in der BSKK plausibel erklärt wurde, handelt es sich bei der aktuellen Anschaffung um eine Übergangslösung. Es ist geplant, langfristig alle Schülerinnen und Schüler in der 5. Klasse mit einem persönlichen Gerät auszurüsten, das dann bis Ende Schulzeit – also auch in der Oberstufe – eingesetzt werden kann. Das macht insofern Sinn, da in der Sek mit den Tablets gearbeitet wird. Nach 5 Jahren ist davon auszugehen, dass das Gerät am Ende seiner Lebenszeit angelangt ist.

Damit auch in den Winterthurer Primarschulen die Voraussetzungen für eine zeitgemässe ICT-Infrastruktur geschaffen werden können, soll diesem Geschäft zugestimmt werden. Den Ablehnungsantrag von Marc Wäckerlin lehnen wir ab.

D. Roth-Nater (EVP): Damit unsere Lehrpersonen die vom Lehrplan 21 verlangten Kompetenzen im Fach «Medien und Informatik» effizient und auf sinnvolle Weise unterrichten können, ist eine 1:1-Ausstattung nötig und auch das Ziel im Moment. Es ist für mich und für uns als EVP-Fraktion wichtig, die Anliegen der Lehrpersonen zu hören und ihre (nicht übertriebenen) Forderungen wahrzunehmen. Die vorgeschlagene Übergangslösung mit 1:2-Ausstattung für 5.- und 6.-Klässlerinnen und -Klässler muss realisiert werden und es kann wohl nicht sein, dass die Lehrpersonen mehr Zeit und Energie aufwenden müssen, um Geräte zu reservieren, organisieren, abholen und retournieren, anstatt ihrer Kernaufgabe, dem Unterrichten, nachzukommen.

Das Fach «Medien und Informatik» soll professionell und aktuell unterrichtet werden können. Ich glaube, da sind wir uns alle einig. Denn es ist, wie wir doch gerade im vergangenen Semester hautnah erfahren haben, wichtig, dass die Kinder sich versiert und mit einem guten Grundlagewissen in den digitalen Medien und im ganzen Unterrichtsmaterial bewegen können. Wir möchten den Primarschulkonvent ernst nehmen in seinem Anliegen und unseren Lehrpersonen die dringend nötigen Hilfsmittel möglichst schnell zur Verfügung stellen können. Mit der Annahme des vorliegenden Kredits von 331'000 Fr. für zusätzliche iPads auf der Mittelstufe äussern wir uns deshalb positiv.

Auch wenn wir als Kommission nachfragen mussten und es uns zu Beginn schon etwas wie ein Puzzle vorkam, immer wieder einen Kredit bewilligen zu müssen, so konnte uns das DSS klar Auskunft geben. Wir als EVP lehnen den Ablehnungsantrag ab und stimmen dem Kredit zu.

M. Gross (SVP): Ich möchte das Votum von Marc Wäckerlin noch ganz kurz ergänzen: In 1,5 Monaten sind wir hier in der Budgetdiskussion und dann werden alle wieder jammern, wie uns das Budget aus den Fugen gerät. Und jetzt scheint das egal zu sein, dass man für 1 Lektion pro Woche - ich betone: 1 Lektion in der Woche! – eines der teuersten Geräte anschafft für Kinder. Es wird begründet, dass Tablets zukunftsorientiert sind. Anscheinend ist hier drinnen niemand zukunftsorientiert - es haben alle einen Laptop vor sich. Das ist schon lange vorbei, in den meisten Firmen läuft man nicht mehr mit Tablets herum, das ist eher ein Spielgerät geworden.

Ich habe auch Bedenken, wenn man sagt, dass man diese Geräte später in den Kindergarten gibt. Ich war froh, dass meine Kinder im Kindergarten draussen gespielt haben und nicht

nochmals in die Kiste geschaut haben. Ich weiss nicht, wie es Euch geht, aber für mich ist das nicht zukunftsgerichtet. Sonst können wir hier drinnen auch gleich den Kredit für Adipositas sprechen.

Und dann noch einen weiteren Punkt – und mich wundert es, dass die Grünen nicht aufjaulen - Greenpeace hat festgestellt, dass diese Geräte Klimakiller sind, dass das CO₂ pro Gerät enorm ist. Es ist für mich unverständlich, dass man da die Kinder auch schon drangsaliert will, dass sie nur noch in diese Geräte schauen. Aber eben, es ist nur ein Beitrag - wir sind ja ganz alleine hier drinnen.

A. Geering (CVP/EDU): Marc Wäckerlin hat in seinen Ausführungen zum Ablehnungsantrag darauf hingewiesen und André Zuraikat hat das auch bei der Einleitung, bei der Vorstellung des Geschäfts, gemacht, dass wir im November 2016 bereits schon einmal Tablets und Lernsticks für die Primarschule bewilligt haben. Jetzt hat man einen Antrag, um weitere Tablets zu bewilligen, und 2022 wird man das ICT-Primar überarbeitet haben und dort noch mehr Tablets beantragen, damit man dann eine 1:1-Ausrüstung hat. Und Marc fragt sich, wieso das Schuldepartement drei Anläufe braucht, und das nicht in einem Anlauf machen kann. Nur, das kann ich Dir erklären: Zwischen dem November 2016 und heute hat die Departementsvorsteherschaft gewechselt von bürgerlich zu grün. Und ich werde beim Traktandum 14 – und ich hoffe, wir kommen so weit – vorrechnen, wieso uns Departementsvorsteherwechsel von bürgerlich nach grün-links total 1,6 Mio. gekostet haben – schon nur an zwei Beispielen von heute Abend.

Stadtrat J. Altwegg: Herzlichen Dank an André Zuraikat für die Vorstellung dieses doch eher komplexeren Themas. Wir haben es gesehen bei den verschiedenen Farben und Flächen – es sind da mehrere Projekte, die ineinanderlaufen. Wir haben die Fragen, die gekommen sind, sehr gerne beantwortet, ich danke allen für ihr Interesse in der BSKK. Es waren doch kritische Anmerkungen und es ist wichtig, im Dialog herauszufinden, weshalb die Dinge eben so sind, wie sie sind.

Michael Gross, Sie haben gesagt, es seien die teuersten Geräte, die wir da anschaffen. Es ist einfach ein Punkt: In Winterthur «chlöpft» es immer, wenn die Schule anschafft, mit der Anzahl Klassen, die betroffen sind. Wir haben 106 Klassen. Wenn ich bei umliegenden Gemeinden schauen, dann haben die über alle 9 Klassen - und selbst wenn man den Kindergarten mitzählt - nicht so viele Klassen. Und da sind es alleine von den betroffenen Klassen 106. Wenn man das rechnet, dann sind das ungefähr 3'000 Fr. pro Klasse, das ist wirklich nicht wahnsinnig. In anderen Gemeinden würde man das einfach machen.

Vielleicht noch zum Ursprung: Die Lehrerschaft kam auf uns zu. Immer die Tablets zusammensuchen im Schulhaus, damit man den Unterricht machen kann – für tatsächlich die 1 Lektion, da haben Sie Recht, Michael Gross – und fragte, ob sie die Tablets haben könnten für eine 1:1-Ausrüstung. Um da Entspannung zu schaffen, sagten wir, in der 5. und 6. Klasse schaffen wir entsprechend mehr Geräte an; und zwar genau dieselben, wie wir sie schon haben. Damit das zueinander passt. Das war ja auch die Frage, ob das auch wirklich zueinander passt. Das ist schon so.

Und zum teuersten Gerät: Wenn ich so über die Tische schaue - da ist jedes einzelne wesentlich teurer als die 315 Fr. (wir gehen davon aus, dass uns ein Gerät so viel kosten wird). In der Planung ist es halt so eine Sache mit der ICT. Die Geräte sind nach 6-8 Jahren, das wissen Sie auch, end of life, weil entweder die Software nicht mehr richtig darauf läuft oder weil das Gerät tatsächlich kaputt ist. Das ist bei elektronischen Geräten so, das ist bei der Stadt nicht anders. Als wir zu Ihnen kamen, da waren wir tatsächlich schon 1 Jahr (wenn nicht 2) am Planen gewesen mit diesen Geschichten, deshalb ist klar, dass die einen Geräte entsprechend abgelöst werden.

Dann zu der Glaskugel von Marc Wäckerlin, diese scheint die Möglichkeit zu haben, das Verwaltungsratsgericht vor auszusehen – das ist eigentlich noch spannend. Wobei ich dann schon bitte, die Aussagen, die Sie gemacht haben hier im Gemeinderat und was dann das Urteil war, vielleicht noch aufeinander abzustimmen und zu schauen, wie viel Deckung man da tatsächlich hat.

Es ist eben auch so: Wir sind damals, als man das beschafft hat (den 1. Teil, der jetzt schon in den Schulen draussen ist) knapp bemessen gewesen. Wir sagten nicht, wir schaffen ganz viele an, sondern wir schaffen ein paar an und schauen, wie das läuft. Und das ist genau der Punkt, das haben wir gemerkt: Das funktioniert so nicht. Deshalb müssen wir jetzt nachrüsten. Der Alltag hat gezeigt, dass es nicht wie gedacht klappt. Und deshalb sind wir auch nochmals gekommen.

Die gedruckten Lehrmittel: Christian Maier, Sie haben das festgestellt. Es war wohl eine meiner ersten Geschichten, als ich frisch begonnen habe im DSS: Sofort aufhören mit dem Bestellen dieser gedruckten Bücher. Ich würde das so gerne machen. Denn es ist so: Zum gedruckten Buch gibt es immer noch eine CD dazu - ich weiss nicht, welche Ihrer Geräte noch CD-Laufwerke drin haben – damit man sie digital nutzen kann. Damit man das darf (damit die Kinder die digitalen Medien nutzen dürfen), müssen wir vom kantonalen Lehrmittelverlag das gedruckte Buch kaufen. Das ist eine Verpflichtung. Ab dem Tag, ab dem wir das nicht mehr müssen vom Kanton aus, würde ich das sofort so machen.

Dann auch der Hinweis, dass diese Geräte auch in anderen Fächern als «Medien und Informatik» eingesetzt werden: Das werden sie heute schon. Es braucht da auch nicht eine 1:1-Ausrüstung, denn eine Gruppe Kinder kann mit den Tablets arbeiten, die andere mit dem Buch. Das wird heute schon so praktiziert, in allen Fächern werden Tablets eingesetzt. Aber für das Fach «Medien und Informatik», in dieser 1 Lektion pro Woche, muss jedes Kind ein solches Tablet vor der Nase haben.

Die Tablets sind eben vielfältig einsetzbar, deshalb haben wir uns auch für diese entschieden, damit eben alles Mögliche darauf laufen kann: Seien das einfache Programmiergeschichten, aber auch für Geographie oder Geschichte, was man immer auch macht darauf, es lässt sich relativ effizient machen auf dem Tablett. Und für 320 Fr. ist die Sache ziemlich effizient.

Alles in allem: Ich danke Ihnen für die wohlwollende Unterstützung dieses Geschäfts.

Ratspräsident D. Oswald: Marc Wäckerlin hat sich nochmals gemeldet. Es ist sonst nicht üblich, dass man nach dem Stadtrat nochmals das Wort ergreift – aber ich gebe Dir das Wort für eine persönliche Erklärung.

M. Wäckerlin (SVP/PP): Es gibt einen guten Grund, weshalb die Geräte auf unseren Tischen teurer sein dürfen als diese Tablets: Wir haben sie selbst bezahlt.

Ratspräsident D. Oswald: Wir kommen zur Abstimmung.

Wer diesen Kredit zustimmen möchte wie von der zuständigen Kommission beantragt, soll das mit Handerheben bezeugen.

Wer den Kredit ablehnen möchte, soll das ebenfalls mit Handerheben bezeugen.

Enthaltungen?

Ihr habt diesen Kredit mit grosser Mehrheit genehmigt.

4. Traktandum

GGR-Nr. 2020.92: Leistungsvereinbarungen zwischen der Stadt Winterthur und den Dorfeten sowie der Fasnacht (vorbehältlich der Beschlussfassung in der Sachkommission)

Ratspräsident D. Oswald: Das Geschäft ist noch nicht behandlungsreif.

5. Traktandum

GGR-Nr. 2019.127: Antrag und Bericht auf Fristerstreckung zur Motion S. Gygax-Matter (GLP), A. Steiner (Grüne), B. Zäch (SP), M. Bänninger (EVP) und F. Heer (Grüne/AL) betr. Evaluation ÖV Winterthur 2050

Ratspräsident D. Oswald: Das Wort hat Annetta Steiner (GLP):

A. Steiner (GLP): Der Stadtrat beantragt zum Geschäft ÖV-System 2050 eine Fristverlängerung. Die Grünliberalen lehnen die Fristverlängerung für diese Motion ab. Das aus dem einfachen Grund, dass die Fristverlängerung aus unserer Sicht nicht nötig ist. Und wir möchten keine Zeit verlieren.

Schon seit 2012 fordern die Grünliberalen vom Stadtrat eine Langfrist-Schau zum zukünftigen öffentlichen Verkehr. Und es ist jetzt an der Zeit, dass sich die Stadt Winterthur überlegt, wie sie sich verkehrstechnisch aufstellen soll, damit unsere Stadt sich positiv entwickeln kann. Der Stadtrat bestreitet nicht, dass wir ein Hochleistungssystem brauchen – das ist ja schon mal gut. Wie man den Ausführungen aber entnehmen kann, haben wir ganz unterschiedliche Vorstellungen zum Vorgehen. Aus unserer Sicht ist der Auftrag eine explizite Stadtentwicklungsgeschichte. Aus unserer Sicht ist es deshalb nicht Aufgabe von Stadtbus, das ÖV-System 2050 zu bestimmen, sondern vielmehr geht es um eine Fortsetzung der räumlichen Entwicklungsperspektive Winterthur 2040.

Das ist kein Misstrauensvotum an Stadtbus. Sie haben ein sehr gutes Papier zur Angebotsstrategie 2045 gemacht. Aber der Auftrag, der jetzt da in der Motion gefordert ist, geht über diesen Zeithorizont hinaus. Und das ist eine raumplanerische Aufgabe.

Wir sprechen nicht von einem Planungs- und Umsetzungszeitraum von 25 Jahren. Für eine Umsetzung reichen 25 Jahre schon - wenn man weiss, was man will. Aber Winterthur weiss noch nicht, was wir brauchen. Und um genau das geht es in dieser Motion. Bei der Motionsforderung sprechen wir von einem Zeitraum von 30-40 Jahren.

Die Hauptachsen der heutigen Busnummern 2 und 3 sind schon mit Doppelgelenkbussen (die notabene 68 Sitz- und 100 Stehplätze haben) bereits 2045 am Limit. Nicht nur bezüglich Sitz- und Stehplatzkapazität, sondern auch in Bezug auf die zentralen Verkehrsknoten, insbesondere dem Hauptbahnhof Winterthur. Und auch wenn die Kapazitätsgrenze erst 2060 erreicht würde: Auch dann müssen wir wissen, was nachher für ein Verkehrssystem in Winterthur verkehren soll.

Noch zum Punkt, wer für eine Langfristplanung beigezogen werden sollte: Im Papier des Stadtrats möchte man übergeordnete Stellen beziehen (wie SBB und ZVV) und verweist dabei auf das PVG. Das ist richtig, wenn es dann um das konkrete Planen geht. Aber nochmals: Wir müssen zuerst wissen, was wir brauchen, bevor wir überhaupt beginnen können zu planen.

Da gibt es ganz viele Beispiele, z.B. Bahnhof Hardbrücke. Der wäre heute ganz sicher nicht gebaut, wenn der ZVV entschieden hätte oder die SBB. Sondern die Stadt Zürich hat diesen Bahnhof ausdrücklich eingefordert. Die Stadtbahn Zug gäbe es heute nicht, wenn nicht Zug ausdrücklich eingefordert hätte: Wir brauchen diese Stadtbahn! Und dann wurde geplant. Und so gibt es noch viele weitere Beispiele.

Wie sähe denn aus unserer Sicht ein weiteres Vorgehen aus? Wir haben vom Stadtrat gefordert, einen Kreditantrag zu bringen. Und mit diesem Kredit würde eine Evaluation vom ÖV-Verkehr 2050 gemacht. Diese Evaluation müsste durch ausgewiesene, nationale und/oder internationale Verkehrs- und Raumplanungsbüros erfolgen. Für die Erfüllung dieses Auftrags würden wir vorschlagen, eine Begleitgruppe mit ausgewiesenen Verkehrsfachleuten einzusetzen. Diese Fachleute könnten z.B. beigezogen werden von Seiten Limmattal- oder Glattalbahn. Leute, die bereits solche Projekte umgesetzt haben und bei der Planung dabei waren. Diese Fachleute würden dann eben diese Büros, die man beauftragt, begleiten.

Übrigens gibt es bereits schon eine Ortsstudie von einem Verkehrsbüro, und zwar eine vom Planungsbüro TTK aus Deutschland. Dort drin wird das Tram empfohlen. Aber offenbar ist diese Studie aus 2004 irgendwo in einer Schublade verschwunden. Die könnte man bei dieser Gelegenheit wieder hervorholen.

Ja, so eine Evaluation ist nicht gratis zu haben, das kostet ganz sicher mehrere Hunderttausend Franken. Aber unseren Nachkommen sind wir es schuldig, und zwar für eine prosperierende Entwicklung von Winterthur. Nicht dass wir ständig den Finanzsorgen nachrennen müssen und uns selbst blockieren: Endlich einmal vorwärtsschauen und schauen, dass wir uns gut weiterentwickeln können.

In dem Sinn möchte ich den Stadtrat bitten, das Vorgehen nochmals zu überprüfen. Und den Gemeinderat bitte ich, keine Zeit zu verlieren und dieser Fristverlängerung nicht zuzustimmen.

B. Zäch (SP): Die SP-Fraktion dankt dem Stadtrat für den Zwischenbericht zur Motion. Es ist immer klar gewesen, dass es sich hier um ein komplexes Projekt handelt, das bereits auf Stadtebene zahlreiche Aspekte und Beteiligte umfasst. Wir teilen auch die Auffassung des Stadtrats, dass es unabdingbar ist, eine solche Evaluation in enger Zusammenarbeit mit den massgebenden kantonalen Stellen vorzunehmen. Eine kommunale Evaluation ohne Einbezug der übergeordneten Planungs- und Entscheidungsebene macht keinen Sinn.

Der vorliegende Antrag auf Fristerstreckung kann aber nicht verhehlen, dass er den Parlamentsauftrag bisher sehr defensiv angeht. Natürlich nehmen wir zur Kenntnis, dass Corona auch hier Vorgespräche stark verzögert und Planungsvorbereitungen nach hinten verschoben hat. Es ist aber nicht zu übersehen, dass die stadträtlichen Vorüberlegungen, die wir in diesem Bericht haben, zu den Eckpunkten einer Evaluation ganz im Rahmen des Status quo bleiben und stark der Angebotsstrategie von Stadtbus verhaftet sind, die ein Planungsinstrument von Stadtbus und ZVV mit dem Zeithorizont bis maximal 2045 ist. Die Motion nimmt aber ausdrücklich den Zeitraum nachher in den Blick.

Warum ist das wichtig? Im Zusammenhang mit der Entwicklungsplanung Hauptbahnhof wird jetzt schon deutlich sichtbar, dass zum Beispiel die Engpässe in den Zugangsbereichen des HB Winterthur spätestens 2045 so gross sein werden, dass sie mit den bestehenden ÖV-Systemen kaum mehr lösbar sind, wahrscheinlich auch nicht mit Updates von bisherigen Systemen wie Bus-Rapid-Transit. Das heisst aber, dass man ab spätestens 2045 auch an der Systemkonstruktion selbst ansetzen muss und dass eine reine Verdichtung der bisherigen ÖV-Systeme innerstädtisch womöglich einfach nicht mehr genügt.

Das ist der Sinn einer Auslegeordnung für die Zeit nach 2050, die wir uns wünschen. Sie muss in der Lage sein, über das jetzige Layout der ÖV-Systeme hinaus zu blicken, was durchaus heissen könnte, dass verschiedene Systeme die unterschiedlichen Anforderungen aufnehmen würden, und zwar je nach Art der Umsteigebeziehung, nach Fahrplan-Dichte oder Passagierfrequenz.

Der Stadtrat hält völlig zu Recht fest, dass der Fokus hier nicht nur auf der System- und Fahrzeugtechnologie liegen kann. Es geht also nicht einfach um die Frage, ob Bus durch Tram oder eine andere Schienenbahn abgelöst oder ergänzt werden soll. Wichtiger ist die Frage, welche Alternativen zu den jetzigen ÖV-Systemen ab 2050 überhaupt in stadträumlicher, wirtschaftlicher und technischer Sicht in Frage kommen. Dazu möchten wir klare, auf einer Evaluation basierende Erkenntnisse, und zwar spätestens im Zeitraum, den der Stadtrat selbst ankündigt.

In diesem Sinne hat die SP-Fraktion die Motion miteingereicht und in diesem Sinne unterstützen wir auch den stadträtlichen Antrag auf Fristverlängerung bis Ende August 2021. Den Ablehnungsantrag der GLP unterstützen wir nicht.

M. Bänninger (EVP): Wir von der EVP sprechen uns gegen eine Fristerstreckung aus. Wir sind der Ansicht, der Stadtrat soll das Dossier in die Hand nehmen, um für Winterthur die optimale ÖV-Lösung bereits jetzt anzudenken. Wie schon von Annetta Steiner ausgeführt, muss

man solche visionären Projekte früh starten, denn sie dauern lange, bis sie umgesetzt werden. Schauen wir die Erstellung der Glattalbahn von Stettbach bis zum Flughafen an: Es geht mir bei dieser Betrachtung nicht um das Tram, sondern über die Vision, die entstanden und über alle die Jahre mit viel Engagement vorangetrieben wurde. Heute ist ganz klar: Die Glattalbahn ist ein extrem wichtiger Standortvorteil für Firmen in der Glattalregion. Die Zeitachse: 1990 wurden die ersten Ideen diskutiert, 1999 hat man dann das Vorprojekt abgeschlossen. 2006 erfolgte der Spatenstich zu 1. Etappe. Und 2010, im Dezember, 20 Jahre nach der ersten Idee, konnte die Strecke Stettbach – Flughafen Fracht in Betrieb genommen werden. Heute plant man bereits mit der Verlängerung bis auf Kloten. Eine Erfolgsgeschichte und wichtige Investition in die Glattalregion. Von dem her: Machen auch wir in Winterthur bitte vorwärts!

Wir danken dem Stadtrat für die Ausarbeitung vom Kreditantrag für die Evaluationen vom öffentlichen Hochleistungssystem 2050. Wir lehnen die Fristerstreckung ab.

N. Wenger (Grüne/AL): Ich möchte mich beim Stadtrat im Namen der Fraktion Grüne/AL bedanken. Es ist wichtig und richtig, sich Gedanken zu machen, wie der ÖV in Winterthur in Zukunft aussehen soll und stadt-eigene Ideen miteinzubringen. Die Stadt soll die Rahmenbedingungen festlegen und so schauen, dass die Bedürfnisse der Bevölkerung abgedeckt werden. Mir ist aber auch bewusst, dass solch wichtige Abklärungen nur Sinn machen, wenn man sich mit dem Kanton austauscht und nicht einfach «reinschiesst». Ein Austausch ist da absolut richtig, so dass nicht einfach ein kommunaler «Chnorz» entsteht. Deshalb werden wir den Antrag auf Fristerstreckung unterstützen. In dieser zusätzlichen Zeit soll die Stadt eine Haltung im Sinn der Winterthurer Bevölkerung entwickeln und diese am Schluss auch klar vertreten. Ich glaube, es ist nicht zielführend, wenn die Stadt ohne den Austausch mit dem Kanton und im Stress handeln muss.

R. Heuberger (FDP): Wir teilen zwar das Anliegen der Motionäre, dass die ÖV-Erschliessung der Stadt Winterthur vorausschauend und proaktiv geplant werden soll. Und von daher bedauern wir auch ein bisschen den Unterton in dieser Vorlage zur Fristverlängerung, dass der Bund (sprich: SBB) und der Kanton (sprich: ZVV) hauptsächlich für die Planung des ÖV in Winterthur zuständig seien. Diese passive Haltung in der Stadtregierung hat uns schon in den 90er Jahren massiv geschadet, dort v.a. im MIV-Bereich. Und deshalb unterstützen wir diese auch nicht.

Es ist an der Stadt, klar zu kommunizieren, welchen Ausbau des ÖV wir aus städtischer Sicht anstreben. Und diese Haltung gilt es dann auch mit einer Stimme in die Anträge an die genannten Gremien einzubringen und in den Arbeitsgruppen bei Bund und Kanton fordernd zu vertreten.

Im November 2020 stimmt die Stimmbevölkerung der Stadt Winterthur über die Busquerung Grüze ab. Ein zentrales Element für die geplante ÖV-Strategie in unserer Stadt. Noch hat die Stimmbevölkerung nicht Ja gesagt zu dieser Vorlage, die den Steuerzahler doch 60 Mio. Franken kostet. Mit einem Ja wäre die Grundlage gelegt für innerstädtische ÖV-Kapazitäten bis 2045. Mit einem Nein wäre die ÖV-Planung ohnehin über den Haufen geworfen. So oder so wird die Wertzeit sehr aktiv an der Weiterentwicklung des ÖV anhand konkreter Projekte hängen.

Und ich betone es gerne nochmals: Bereits im November 2019 haben wir einen Kredit von rund 0,5 Mio. Franken gesprochen für die Ausarbeitung der räumlichen Entwicklungsperspektive Winterthur 2040. Ein wesentliches Element dieser Entwicklungsperspektive ist gemäss Antrag des Stadtrats das Thema einer zukunftsfähigen Mobilität und die Umsetzung und Weiterentwicklung vom städtischen Gesamtverkehrskonzept 2010. Diese Resultate haben wir noch nicht zur Kenntnis genommen.

Ich finde, wir können gerne danach über ÖV 2050 sprechen – aber bitte auf der Basis von der Arbeit, die jetzt noch nicht abgeschlossen ist. Es macht doch keinen Sinn, jetzt schon wieder einen Kredit zu sprechen, bevor die andere Planung noch nicht im Ansatz abgeschlossen ist bzw. noch nicht kommuniziert ist. Wir wollen keine Schnellschüsse, sondern eine saubere

strategische Planung. Und dafür sind wir bereit, dem Stadtrat und den Mitarbeitenden der Stadt die dazu notwendige Zeit zu geben.

Und erlauben Sie mir noch eine Bemerkung zuhanden der GLP: Ich finde doch die Intention, wie das Projekt organisiert werden soll, sehr speziell. Die GLP muss sich offenbar noch daran gewöhnen, dass sie eigentlich ab heute eine Stadträtin hätten – die zwar nicht hier ist an ihrem ersten Arbeitstag – aber doch eigentlich dort Projektplanungsideen einbringen könnte. Ich glaube, das ist wirklich die Ebene des Stadtrats, zu sagen, wie man das organisieren möchte.

Wir werden deshalb der Fristerstreckung zustimmen mit dem Ziel, dass man da wirklich konkret inhaltlich weiterarbeitet im Rahmen von Winterthur 2040, und werden den Rückweisungsantrag ablehnen.

Z. Dähler (CVP/EDU): Wie ich bereits bei der Überweisung der Motion gesagt habe, ist die Planung in Winterthur auf verschiedenen Ebenen breit abgestützt. Wir haben das räumliche Entwicklungsprojekt Winterthur 2040. Wir wissen, dass beim Kantonsspital geplant wird, es wird rund um den Bahnhof geplant. Heute Abend wurde auch die Querung Grüze bereits erwähnt. Es wird also ganz viel und schon weit voraus geplant.

Wir gehen davon aus, dass der Stadtrat halt die Planung wirklich seriös und aus Sicht von Winterthur macht und die Winterthurer Anliegen auch gegenüber SBB und ZVV vertritt. Entsprechend haben wir schon bei der Überweisung der Motion diese nicht unterstützt, weil wir von genau dem ausgehen, was die Motion verlangt.

Uns ist bewusst, dass es zum Erarbeiten von plausibilisierten Varianten Zeit braucht. Deshalb werden wir die Fristerstreckung heute Abend unterstützen. Das heisst aber nicht, dass nicht vom Stadtrat trotzdem die Erwartung ist, dass er die Vorlage oder Motion wie von den Motionären gewünscht umsetzt und eine entsprechende Kreditvorlage bringt. Denn die Planung müssen wir gegenüber SBB und ZVV vertreten können, so wie wir es als Stadt brauchen, und nicht so, wie die das machen wollen würden aus ihrer Sicht.

M. Gross (SVP): Wir werden diese Fristverlängerung nicht unterstützen. Annetta Steiner hat das gut ausgeführt: Es geht eigentlich ja nicht nur um den ÖV, sondern wenn man 2050 und später anschaut, muss man das ganze Stadtbild und auch die Einwohneranzahl anschauen. Und dort haben wir schon einiges Unbehagen, wenn wir Richtung 150'000 und mehr Einwohner gehen. Grundsätzlich, das wisst Ihr, wären wir eher für eine Begrenzung. Im Moment findet das nicht statt, aber irgendwann sieht das dann vielleicht anders aus.

Bezüglich ÖV ist es uns aber einfach wichtig, dass man nicht nur die ÖV-Kapazitäten anschaut, sondern auch MIV und andere Verkehrsträger. Und das ist keine SVP-Doktrin: Die ETH selbst sagt, vielleicht ist der ÖV 2050 gar nicht mehr so wichtig und der MIV wieder wichtiger, weil er dann ökologischer, schneller und besser ist. Und deshalb wäre es wirklich gut, wenn man ein Gesamtpaket hätte und nicht nur auf Tram oder sonst etwas setzt, das noch aus dem letzten Jahrhundert kommt, sondern alles zusammen anschaut.

Von daher unterstützen wir die Fristverlängerung nicht und stimmen dem zu, was die GLP vorgetragen hat.

A. Steiner (GLP): Ich muss noch eine kleine Replik zu Romana machen. Ich lese vor, wie es im Gesetz steht: «Besteht ein Organ teilweise oder vollständig aus teil- oder vollamtlich tätigen Mitgliedern, einigen sich die bisherigen und die neu gewählten Mitglieder über den Zeitpunkt der Konstituierung oder des Amtsantritts.» Die Einigung im Fall von Katrin Cometta ist: Sie beginnt am 12. Oktober. Andere Stadträte mussten dreimonatige Kündigungsfristen in Anspruch nehmen. Ich würde sagen, das ist relativ bald. Aber, Romana, sie ist noch nicht im Amt. Aber wir freuen uns darauf.

Stadtrat St. Fritschi: Ich möchte wieder auf den ÖV zurückkommen und die Motion, die vor uns liegt. Es ist so, dass ich heute etwas unterschiedliche Ideen gehört habe, wie man diese Motion auch noch ausgestalten könnte. Es ging von Stadtentwicklungsideen bis zu MIV-Planung, es ist praktisch alles gefallen aus den einzelnen Fraktionen. Ich muss mich, einfach

wie ich gestrickt bin, an den Wortlaut halten, den der Gemeinderat eingereicht hat mit der Motion. Und da lese ich natürlich ganz klar, dass es um eine «planerische Auslegeordnung» geht, mit den verschiedenen Varianten von plausibilisierten ÖV-Systemen. Es wird also ganz klar gefordert, dass man eine Planung machen muss von den verschiedenen ÖV-Systemen, die möglich sind, und wie man damit ein Hochleistungssystem ab 2050 für die Stadt haben kann.

Und deshalb ist für mich schon die Frage, weshalb einzelne Leute aus dem Parlament das nicht wahrhaben wollen, dass – seit das PVG im Kanton ist – die grossen strategischen Projekte in der ÖV-Planung eine kantonale Aufgabe sind. Und das muss man einfach wahrhaben. Denn wenn man das nicht wahrhaben will, dürfen wir zwar planen – das ist nicht verboten, planen dürfen wir alle, und solange wir das Geld haben, machen wir das auch gerne – aber es kommt kein Rappen zurück vom Kanton. Und deshalb ist es ganz wichtig, dass wenn man plant – und wir haben ja auch in unserem Bericht zur Motion gesagt, dass es uns wichtig ist, dass wir die Hochleistungskapazitäten ab 2050/2060 voraussehen und vorausplanen, aber es braucht den Geldgeber dazu. Und das ist – ob wir das wollen oder nicht – der Kanton, der ZVV. Und es ist auch sinnvoll, dass es der Kanton ist, denn wenn man schaut, wie gut unser ÖV-System ist im Kanton Zürich, dann ist sicher auch ein Grund, dass es eben kantonal geregelt wird und die kleinen Gebiete der Gemeinden über den Kanton gesteuert werden und dass es wirklich ein zusammenhängendes Netz gibt. Ein zusammenhängendes Netz, das aufeinander abgestimmt ist und auch wirklich gut funktioniert.

Ich kann das nicht auf uns sitzenlassen, dass wir eine passive Haltung hätten in der ÖV-Planung. Ich glaube, Romana Heuberger hat das gesagt. Das kann ich nicht auf uns sitzenlassen. Wenn ich schaue, wie wir wie ein Tiger darum gekämpft haben, dass am Schluss die Haltestelle Grüze Nord in den Ausbauschnitt 2035 des Bundesrats hineinkam, dann kann man uns nicht vorwerfen, dass wir eine passive Haltung an den Tag legen würden. Dort kam noch (etwas, das es selten gibt) eine Haltestelle in die bundesrätliche Vorlage hinein. Das zeigte, dass eben die aktive Haltung von uns Stadträten viel genützt hat – zusammen mit dem Kanton und dem ZVV.

Es gibt für uns drei Gründe, weshalb wir eine Fristerstreckung brauchen: Wenn wir planen ohne den Kanton im Rücken und auch im Lead zu haben, dann ist die Planung für die Katze. Dann nützt sie niemandem etwas und dann ist auch die Bereitschaft nicht da, dass man diese Planung dann umsetzt. Der Kanton lacht nur, wenn wir mit einer Wunschliste kommen. Wir müssen den Kanton miteinbeziehen.

Das Zweite, das mir ganz wichtig ist, ist dass wir eine Abstimmung mit der Planung Winterthur 2040 vornehmen. Es wurde richtig gesagt: Die wurde noch nicht publiziert. Wir müssen die ÖV-Planung abstimmen mit unserer Entwicklungsperspektive 2040.

Und das Dritte, das jetzt noch nicht drinsteht im Text des Stadtrats, ist auch, dass der ZVV seit letztem Freitag einen neuen Direktor hat. Das ist Dominik Brühwiler. Und es ist auch ganz wichtig, dass man das zusammen mit der neuen Person anschaut. Und es macht wirklich keinen Sinn, wenn wir jetzt Hals über Kopf einen Kreditantrag stellen würden. Die Zeilen und das Papier für den Kreditantrag können wir uns sparen, wenn der Kanton nicht dahintersteht.

Stadtpräsident M. Künzle: Ich möchte noch auf das, was Romana Heuberger gesagt hat, replizieren, auch wenn Annetta Steiner schon etwas dazu sagte. Der Stadtrat hat am 10. September 2020 mit einer Medienmitteilung darüber informiert, dass der 1. Arbeitstag von Katrin Cometta am 12. Oktober ist.

Annetta Steiner hat die Grundlage bereits vorgelesen. Es ist also nicht der erste Fall. Ihr könnt Euch vorstellen, dass alle mit ihren Arbeitgebern schauen müssen, wie das mit den Kündigungsfristen etc. aussieht. Es ist also nicht einfach der 1. des Monats. Ich war auch ein solches Beispiel, ich habe am 8. August 2005 begonnen.

Ratspräsident D. Oswald: Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dieser Fristerstreckung zustimmen möchte, soll das mit Handerheben bezeugen. Auszählen bitte.

Wer die Fristerstreckung ablehnen möchte, soll das ebenfalls mit Handerheben bezeugen. Ihr habt mit 34:21 der Fristerstreckung zugestimmt.

6. Traktandum

GGR-Nr. 2016.121: Antrag und Bericht zum Postulat I. Kuster (CVP), U. Hofer (FDP) und P. Rütsche (SVP) betr. Beteiligungscontrolling

Ratspräsident D. Oswald: Ich gebe das Wort der Erstpostulantin Iris Kuster von der CVP.

I. Kuster (CVP/EDU): Das Beteiligungscontrolling begleitet mich und auch die Aufsichtskommission schon lange. Die Antwort des Stadtrates auf meine schriftliche Anfrage im Jahr 2016 stellte mich nicht zufrieden. Deshalb reichten wir miteinander am 7.11.2016 das Postulat für ein wirksames Beteiligungscontrolling ein.

Die Antwort auf das am 17. August 2017 überwiesene Postulat kam dann im Juli 2018 in relativ unbefriedigender Form daher. In der AK wurden wir dann über das angedachte, geplante Reporting informiert, im Laufe der Zeit wurde es nochmals etwas verbessert – und wir konnten uns in diesem Jahr in der AK überzeugen: Wir sind auf dem richtigen Weg, aber noch nicht ganz am Ziel.

Ein zentrales Anliegen des Postulats ist, dass der Stadtrat jeweils zu Beginn der Legislaturperiode die strategischen und finanziellen Zielsetzungen der einzelnen Beteiligungen festlegt und jährlich berichtet, inwieweit er diese Ziele erreicht hat und welches die Konsequenzen sind, wenn die definierten Ziele nicht erreicht wurden. Dieses Anliegen in meinen Augen noch nicht wirklich erreicht bzw. ist mir noch zu wenig nachvollziehbar. Das Kriterium, das wir gesehen haben, «erfüllt den Verwaltungszweck» ist erst ein Anfang.

Natürlich kann man gewisse Abläufe, Kennzahlen, Umfang und Darstellung der Informationen im Beteiligungsreporting noch verbessern. Dies müssen wir aber nicht hier im Grossen Gemeinderat diskutieren, diese Aufgaben können wir gut der Aufsichtskommission überlassen. Ich habe es geschätzt, dass wir in der AK unsere Anliegen platzieren konnten und wie das «Kind» Beteiligungscontrolling sich weiterentwickelte. Ich bin gespannt auf die Berichterstattung im nächsten Jahr – und ob alle Anforderungen und Anliegen an das Beteiligungscontrolling erfüllt werden.

Ich bin zudem sehr erfreut, dass wir als Gemeinderatsmitglieder und v.a. in der Aufsichtskommission nicht mehr nur in allgemeiner Form, wie das in der Antwort vorgesehen war, informiert werden sollen, sondern dass wir ausführlich über die Beteiligungen informiert werden. Mein Eindruck der letzten Jahre im Gemeinderat ist, dass der Stadtrat mit dem Thema Controlling auf allen Ebenen und in allen Bereichen sich grundsätzlich schwer tut und bei vielen Stellen auch in der Verwaltung das Know-how oder der Wille betreffend Setzen von Zielen, dem Messen der Zielerreichung und dem Auslösen von korrigierenden Massnahmen nur beschränkt vorhanden ist.

Das Thema «Controlling-Kultur» und die damit verbundene Transparenz von Prozessen und Informationen sowie Verantwortung werden uns angesichts der finanziellen Situation von Winterthur noch lange begleiten.

Die CVP/EDU-Fraktion betrachtet in Anbetracht der guten Zusammenarbeit und dem weiteren Arbeiten das Postulat Beteiligungscontrolling als erledigt und wird das jährliche Reporting und deren Inhalt aufmerksam und kritisch begleiten.

Wir danken allen Beteiligten für die gute Zusammenarbeit und die Offenheit, konstruktiv am Thema zu arbeiten.

U. Hofer (FDP): Ich kann mich im Wesentlichen Iris anschliessen. Den Bericht zu unserem Postulat kann man eigentlich zusammenfassen: Wir haben ja jetzt eine Richtlinie zur Beteiligungspolitik und deshalb sind keine weiteren Massnahmen notwendig. Jetzt kann man sich

fragen, ob das so richtig ist. Meine Antwort hätte vor einem Jahr noch Nein gelautet – heute kann ich mit gutem Gewissen Ja sagen.

Warum Ja? Mit der Richtlinie zur Beteiligungspolitik hat man die Situation im Vergleich zu früher tatsächlich massiv verbessert. Die Richtlinie greift die wichtigsten Anliegen unseres Postulats auf. Klar würde ich mir hie und da einen anderen Wortlaut oder eine andere Gewichtung wünschen, aber es geht nicht darum, jetzt am Wortlaut von einzelnen Paragraphen herumzuschrauben von einer Richtlinie, die an sich sinnvoll ist.

Noch viel wichtiger ist aber, dass das Berichtsreporting 2019 qualitativ schon massiv besser war als das Berichtsreporting 2018. Und man im Rahmen von Besprechungen in der Aufsichtskommission glaubwürdig Bereitschaft gezeigt hat, das Berichtsreporting noch weiter zu verbessern und auf unsere in der AK geäusserten Anliegen Rücksicht zu nehmen. Und darin zeigt sich für mich das Wesentlichste: Der Wert einer solchen Richtlinie besteht nämlich nicht darin, was darin steht, sondern wie sie gelebt wird und dass sie weiter optimiert wird. Es sollte nämlich nicht darum gehen, einfach schematisch eine Liste aufzustellen, sondern der Fokus ist auf dem Controlling, wie es der Name auch sagt.

Was das genau bedeutet, kann man aber auch nicht über eine Leiste schlagen. Bei grösseren finanziellen Beteiligungen mit hohem Finanz- und Reputationsrisiko müssen sicherlich andere Parameter angeschaut werden als z.B. bei einer Vereinsmitgliedschaft.

Was wären jetzt meine inhaltlichen Wünsche betreffend der laufenden Optimierung? Die Richtlinie plant bekanntlich, dass der Zweck des städtischen Engagements definiert wird und die wichtigsten Kennzahlen erhoben werden. Da ist es für mich wichtig, dass man gerade bei den grösseren Beteiligungen möglichst konkret wird und nicht bloss mit generischen Allgemeinplätzen agiert. Ebenfalls für mich wichtig: Wenn man im Vorfeld von Abstimmungen mit Rendite und anderen Versprechungen hausieren geht, dann gehört das für mich auch dort hinein. An Versprechungen, die man macht, muss man sich auch messen lassen. Gewisse Spalten wie finanzielle Situation/wichtige Ereignisse aus eigener Optik im letzten Teil waren noch sehr informationsarm. Uns wurde da noch Besserung gelobt.

Bei der Risikobeurteilung nach dem Ampelsystem sehe ich noch zwei Verbesserungspunkte: Ich finde, bei grösseren Beteiligungen müsste es eigentlich intern schon eine Art einheitliche Vorgabe geben, nach welchen Faktoren das Risiko bei solch komplexen Beteiligungen beurteilt wird. Und gerade da finde ich, ist das Vier-Augen-Prinzip einfach elementar. Es kann nicht sein, dass der, der sich schlussendlich rechtfertigen muss, derjenige ist, der entscheiden kann, ob das Ganze gelb oder rot ist im Ampelsystem. Mein eigentlicher Punkt ist in der Richtlinie noch ganz unerwähnt: Es geht um Regelung, um Umgang und Einsatz von vertraglichen Bindungen zwischen der Stadt und den entsprechenden Gesellschaften. Und das ist, das haben Biorender und Wärmering Frauenfeld gezeigt, auch ein Risiko und auch ein Problem, nämlich wenn man Bindungen eingegangen ist, aus denen man nicht mehr herauskommt und bei denen man noch mit Geheimhaltungsvereinbarungen nicht einmal darüber informieren darf. Ich glaube, da braucht es eine sinnvolle Regelung.

Letztlich möchte ich erwähnen, dass die Richtlinie auch extern zugänglich sein sollte und veröffentlicht werden sollte. Es ist für mich klar ein Erlass von allgemeinem und nicht bloss von verwaltungsinternem Interesse, wie auch die Berichterstattungen in den Medien zeigen. Ich meine die Richtlinie, nicht das Reporting.

Fazit: Ein wichtiger und richtiger Schritt ist gemacht worden, einige Optimierungen sind bereits gemacht worden im Verlauf der ersten zwei Jahre. Am Ziel sind wir noch nicht, aber wir sind zuversichtlich aufgrund der Entwicklungen und den Gesprächen in der AK, dass wir auf dem richtigen Weg sind und ohne weitere Behandlung dieses Postulats da im Gemeinderat da nun den Weg beschreiten können. Besten Dank.

T. Brütsch für R. Rütsche (SVP): Die SVP-Fraktion bedankt sich beim Stadtrat für die Antwort zum Postulat und die Ausarbeitung der Richtlinie. Grundsätzlich erachtet die SVP das Postulat betreffend Beteiligungscontrolling damit als umgesetzt. Zum 1. Mal ist es uns möglich, uns einen genauen Überblick zu verschaffen über die Beteiligungspolitik der Stadt, und das jährliche Reporting in der AK soll ausserdem die notwendige Transparenz gewährleisten,

damit die AK ihre Pflicht als politisches Aufsichtsorgan erfüllen kann. Auch diese Forderung des Postulats ist aufgenommen und im Ergebnis umgesetzt worden.

Insbesondere das «Ausmisten» bei den Beteiligungen, wo teilweise ein Wildwuchs geherrscht hat und auch Altlasten vorhanden waren mit Beteiligungen, die offensichtlich keinem Verwaltungszweck dienen, ist als positiv zu bewerten.

Zum ersten Mal haben wir und offensichtlich auch der Stadtrat ausserdem einen Überblick über die sogenannten Mehrfachbeteiligungen. Insgesamt gibt es gemäss meinem jetzigen Kenntnisstand 39 solche Mehrfachbeteiligungen. Der Stadtrat will diese auf ihre Notwendigkeit überprüfen und möglichst reduzieren, was natürlich begrüsst wird.

Abgesehen davon gilt es, sich in Erinnerung zu rufen, dass jedes Gesetz nur so effektiv ist wie die Umsetzung. Insofern sind wir der Meinung, dass vor allem die Gesamtliste der Beteiligungen, die dieses Jahr zum ersten Mal so in der Aufsichtskommission präsentiert wurde, teilweise doch noch ziemlich stiefmütterlich behandelt resp. von den Amtsstellen bewirtschaftet wird. Auch wenn die Qualität grundsätzlich, da gebe ich Urs Hofer Recht, im Vergleich zum Vorjahr durchaus ein Quantensprung ist. Jedenfalls sieht die Richtlinie des Stadtrats z.B. vor, dass für jede Beteiligung der Zweck anzugeben ist, der mit dieser Beteiligung verfolgt wird. Ein aus unserer Sicht wichtiger und richtiger Ansatz, der es überhaupt erst erlaubt zu reflektieren, ob eine Beteiligung tatsächlich notwendig ist. Einige Amtsstellen, z.B. die Baupolizei oder das Tiefbauamt, haben das bei ihren Beteiligungen vorbildlich umgesetzt. Bei der Mehrheit fehlen aber jegliche Angaben in diesem Zusammenhang. Letztlich dasselbe gilt für das Kriterium Risiko einer Beteiligung, das auch von meinem Vorredner schon angesprochen wurde, wo v.a. das Reputationsrisiko und das finanzielle Risiko für die Stadt ausgewiesen werden soll. Abgesehen von den drei insofern hinlänglich bekannten grösseren Beteiligungen (Swisspower Renewables, Aventron und Unterhaltsgenossenschaft Wülflingen-Töss) findet sich zum Thema Risiko als Kriterium bei den weiteren fast 500 Beteiligungen herzlich wenig, insbesondere auch bei gewichtigen Positionen.

Wir erhoffen und erwarten jedenfalls, dass auf diesen Bereich des Reportings in den nächsten Jahren noch vermehrt ein Augenmerk gerichtet wird, insbesondere wenn man bedenkt, was letztlich der Ursprung für das jetzt aufgegleiste Beteiligungscontrolling war: Nämlich eben die nicht erkannten Risiken im Zusammenhang mit der Wärmering-Affäre.

Last but not least bin ich insofern gleicher Meinung wie mein Vorredner Urs Hofer: Dass es dem Öffentlichkeitsprinzip geschuldet wäre, dass die Richtlinie zum Beteiligungscontrolling ebenfalls – wenn schon nicht in der gesetzlichen Gesetzessammlung – jedenfalls irgendwo anders publiziert wird, wo sie interessierte Bürger oder Parlamentarier auch finden, ohne eine Schnitzeljagd veranstalten zu müssen. Es ist zwar richtig, dass es sich formal-juristisch um eine Verwaltungsordnung ohne Aussenwirkung handelt, die nicht zwingend publiziert werden müssen. Aber dieser Richtlinie kommt doch eine gewisse Bedeutung und Wichtigkeit zu. Und insofern halten wir das Vorgehen des Stadtrats jedenfalls für nicht mehr zeitgemäss.

Mit diesen wenigen kritischen Bemerkungen nimmt die SVP-Fraktion den vorliegenden Bericht zustimmend zur Kenntnis.

U. Glättli (GLP): Die GLP-Fraktion nimmt im zustimmenden Sinn Kenntnis von Bericht und Antrag des Stadtrates.

Das Postulat stammt aus der Zeit der Aufarbeitung der Wärmering-Affäre: Inzwischen hat sich einiges getan. Der Stadtrat konnte das aufzeigen. Es gibt nun eine Richtlinie zur Beteiligungspolitik. Nur zugänglich ist sie derzeit leider nicht, auch auf hartnäckiges Nachfragen. Mindestens vorläufig nicht gewesen.

Es gibt eine einheitliche Mechanik, wie mit Beteiligungen umgegangen wird. So etwas hätte der Stadtrat auch in eine Rechtsverordnung giessen können, das hätten wir auch begrüsst.

Die Beteiligungs-Richtlinie ist aber auch so verbindlich für die Gesamtverwaltung.

Beteiligungen können bedeutsam werden. Sie können politisch brisant werden. Und irgendwo sollte dann auch der Stadtrat und das Parlament draufschauen oder zumindest draufschauen können. Dem dient dieses Beteiligungscontrolling. Es dient der Transparenz und das begrüsst die grünliberale Fraktion.

Transparent ist auch, dass der Stadtrat anfangs dieses Jahres diese Richtlinie geändert hat. Das scheint nun doch noch bemerkenswert. Es betrifft die Vertretung der Stadt als Arbeitgeberin in der PKS. Die anwesende Presse kann das ja mal nachlesen: Stadtratsbeschluss.20.93-1 vom 29. Januar 2020. Ein gutes Beispiel einer politisch höchst brisanten Vertretung der Stadt bzw. des Stadtrates und seiner Vertreter oder Interessensvertreter in der PKS ... Die gefundene Lösung dort scheint salomonisch. Salomonisch scheint nun auch das vorliegende Ergebnis der Richtlinie.

Wir finden: Soweit es sich um Anlagepolitik handelt, also Beteiligungen im Finanzvermögen, soll dafür weitgehend der Stadtrat zuständig bleiben.

Für Beteiligungen im Verwaltungsvermögen gibt es andere Schranken für cheques and balances – insbesondere in der Zuständigkeitsordnung: Die Vorlage zur Revision der Gemeindeordnung schlägt da z.B. nach wie vor vor, die Limiten für neue Beteiligungsgeschäfte im Zuständigkeitsbereich des Stadtrates massiv zu erhöhen. Dort gilt es Mass zu halten und eine tiefere Limite vorzusehen in der Beratung. Wir hoffen dann, das noch aufnehmen zu können. Ab 1 Million Beteiligung im Verwaltungsvermögen wollen wir dann mindestens einmal vor der Aktivierung im Parlament draufschauen und mitbestimmen können.

Zudem gibt es neu auch noch den Beteiligungs- und Gewährleistungsspiegel. Dieser muss neu jeder Jahresrechnung beiliegen. Er muss jährlich Aufschluss über den Stand der städtischen Beteiligungen geben. Schauen wir doch einmal genauer hin. Das Handbuch Finanzhaushalt gibt als Minimalstandard einen ganzen Katalog von 12 Angaben für jede Beteiligung vor: Unter anderem sind jährlich aktualisiert nach Beteiligung aufzuführen: Aufgaben und Tätigkeiten, spezifische Risiken, Anschaffungswert, aktueller Buchwert der Beteiligung in der Bilanz etc.

Da gibt es offenbar Spielraum für die Stadt. Diesen sollte sie aber mit Bedacht nutzen. Wir empfehlen hier grosszügig zu sein und den Empfehlungen gemäss Handbuch mehr zu folgen als bisher. Je weniger ausgewiesen wird, umso grösser das vom Stadtrat zu tragende Risiko. Je transparenter, umso mehr wird die AK und der Gemeinderat in die Pflicht genommen. Es gibt schon Beteiligungen, bei denen halt mehr und dichter ausgewiesen werden sollte im Beteiligungs- und Gewährleistungsspiegel. Das sollte sich das DFI vielleicht nochmals überlegen.

Insgesamt liegt eine einigermaßen angemessene Lösung vor. Wir nehmen daher von Bericht und Antrag des Stadtrates im zustimmenden Sinn Kenntnis, besten Dank.

F. Kramer (EVP): Ich kann es kurz machen, es wurde vieles schon gesagt. Wir als EVP-Fraktion finden es sehr erfreulich, dass der AK erst kürzlich ein sehr ausführliches Beteiligungsreporting zur Verfügung gestellt werden konnte. Aus unserer Sicht ist mit der jährlich stattfindenden ordentlichen Berichterstattung an den Stadtrat und dem darauffolgenden Reporting an die AK ein grosser Brocken an Aufarbeitung vom mangelhaften Controlling geschafft. Vielen Dank der Verwaltung an dieser Stelle.

Dass am Controlling weitergearbeitet wird, stimmt uns zuversichtlich, dass auch grössere Beteiligungen für den Stadtrat keine Schuhnummer zu gross sind. Wie schon ausgeführt wurde, solle der Stadtrat aus unserer Sicht nochmals prüfen, ob die Richtlinie zur Beteiligungspolitik, ausgestaltet als Verwaltungsverordnung, wegen ihrer Bedeutung publiziert werden sollte. Wir nehmen die Postulatsantwort zustimmend zur Kenntnis.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Wir haben es gehört: Unterdessen existiert die Richtlinie zur Beteiligungspolitik. In dieser Richtlinie werden die Grundsätze von Beteiligungen geregelt. Diese Richtlinien sind in der AK vorgestellt worden und erweisen sich als vernünftig. Insofern kann das Postulat abgeschrieben werden. Wir haben es ebenfalls schon gehört: Man ist im Rahmen dieses Postulats auf Mehrfachmitgliedschaften gestossen. Ich bin sicher nicht dagegen, dass man Mehrfachmitgliedschaften prüft und allenfalls auch eine kündigt. Aber man muss auch sehen, man darf dabei nicht zu viel Aufwand betreiben, es ist auch da das Kosten/Nutzen-Verhältnis zu beachten. Und allenfalls ist dann der Aufwand, eine solche Mehrfachmitgliedschaft aufzuspüren, wesentlich grösser als der jährliche Mitgliederbeitrag.

Ebenfalls im Zusammenhang mit diesem Postulat habe ich festgestellt, dass der Stadtrat in letzter Zeit detailliert über das Stimmverhalten einer Person Auskunft gibt, die den Stadtrat an einer Generalversammlung vertritt. Das ist eben der Ausguss aus dem Öffentlichkeitsprinzip. Ich habe mich dann da schon gefragt: Wie lange geht es denn, bis irgendeine Drittperson an einer Generalversammlung wedelt und sagt, der Vertreter der Stadt Winterthur hat soeben falsch abgestimmt – in dem Papier, das ich habe (weil es eben öffentlich ist), steht etwas anderes. Aber dieses Risiko müssen wir wohl aufgrund des Öffentlichkeitsprinzips tragen.

F. Künzler (SP): Wir haben hier die Postulatsantwort vom Stadtrat vorliegen, die auf eine sehr alte Geschichte zurückgeht, und ich meine damit nicht den Wärmering in Frauenfeld, lieber Tobias und lieber Urs. Einige unter Euch mögen sich zum Stichwort: "Fortuna Obertor" etwas vorstellen.

Fortuna Obertor bezeichnet eine Reihe von Liegenschaften am Obertor im Besitz einer Aktiengesellschaft mit dem gleichen Namen. Ich zitiere aus der NZZ von 2010: "Die zu gleichen Teilen von der Stadt Winterthur und der Axa Versicherungen AG getragene Aktiengesellschaft Fortuna Obertor soll aufgelöst werden." Diese Auflösung ging nicht ohne Nebengeräusche über die Bühne, zu divergierend waren die Interessen der Aktionäre Stadt und AXA. Fortuna Obertor steht sinnbildlich für die Problematik, wenn wahl- und ziellos Beteiligungen in der öffentlichen Hand angehäuft werden.

Unter dem Fortuna-Obertor-Eindruck und der damals grassierenden städtischen Beteiligungsisitis habe ich dann 2012 eine Schriftliche Anfrage eingereicht, Sie finden sie unter 2012.4 "Beteiligung an Aktiengesellschaften." Die Antwort vom damaligen Stadtrat (da ist glaube ich niemand mehr dabei) war beschwichtigend: "Alles gut, alles ist im grünen Bereich!".

Das war natürlich nicht so, das wissen wir spätestens seit der vorliegenden Postulatsantwort, vor allem dann, wenn man zwischen den Zeilen liest. Ich danke darum der Erstpostulantin, dass sie weiter in die von mir bereits geritzte Kerbe gehauen hat. Inzwischen darf man doch feststellen, dass der Beteiligungswildwuchs ein bisschen eingedämmt ist und auch der Stadtrat sich sensibilisiert zeigt, dass nicht jede Beteiligung sinnvoll und notwendig ist. Es gibt jetzt zwar ein Controlling, das umfassende Reporting ans Parlament respektive die zuständige Kommission wurde jedoch noch abgelehnt gemäss diesem Text. Wir kritisieren dies und fordern den Stadtrat auf, hier nachzubessern. Und scheinbar geht jetzt ja auch etwas.

Denn Verbesserungspotenzial gibt es ja durchaus noch. Am 3. Juni 2020 titelt der Landbote "Die Stadt mistet Aktien und Co. aus". Nicht weniger als 456 Beteiligungen und Mitgliedschaften wurden aufgeführt. Darunter völlig Unnützes und Kurioses und auch Doppeltes. Erwartet hätte ich vom Stadtrat diese Liste bereits in der Postulatsantwort; ich bin nicht ganz sicher, was der Anlass für die Veröffentlichung des Landboten war.

Wir sind darum mit der Postulatsantwort nur halbwegs happy, sie zeigt im Grundtenor nämlich die Haltung des Stadtrats "Lasst uns mit unseren Beteiligungen in Ruhe". Doch das tun wir nicht, wir erwarten nämlich vom Stadtrat, dass die chronische Krankheit der "Beteiligungsisitis" endlich kuriert wird und die vom Landboten verkündete Ausmistung tatsächlich Resultate zeigt. Doch wie meine Vorrednerinnen und Vorredner bereits erwähnt haben, sehen wir den Stadtrat neuestens auf dem Pfad der Tugend. Der Weg ist noch steil, und darum darf der Stadtrat gerne etwas Zeit in Anspruch nehmen ihn zu bewältigen und zu gegebener Zeit über den Fortschritt zu berichten.

Stadtpräsident M. Künzle: Ich danke für die eigentlich – nicht nur grundsätzlich, sondern fast in allen Voten – wohlwollende Wortmeldung der einzelnen Fraktionen. Ich denke, wir sind als Stadtrat im Zusammenhang mit dem Beteiligungscontrolling, aber auch grundsätzlich bei Risikobeurteilungen einige Schritte weiter als noch vor einigen Jahren. Die Postulatsbeantwortung ist auch selbst schon wieder zwei Jahre her und wir haben uns weiter verbessert, das wurde uns attestiert – ich denke, auch zu Recht.

Es war auch ein wichtiger Akt, dass Kaspar Bopp mit einer Delegation in der AK war am 31. August. Er beantwortete dort 17 Fragen, und das schon im Voraus, schriftlich, mit einem Schreiben vom 17. August 2020. Ich glaube, wir konnten dort aufzeigen und eine Basis legen

für einen vertrauensvollen Umgang, bei dem wir aufzeigen konnten, was wir alles machen. Und wenn ich die Antworten anschau, dann hat es dort ab und zu Sachen, wo wir sagen, doch, da sind wir offen, das schauen wir an, da entwickeln wir uns auch weiter. Ich muss einfach sagen: Beteiligungscontrolling oder auch ein IKS, das ist ein enorm hoher Initialaufwand. Ein notwendiger, ein wirkungsvoller, aber ein riesiger Initialaufwand. Ich möchte das zurückweisen, dass wir da etwas zurückhaltend seien, sondern das ist auch mitunter eine Ressourcenfrage, dass man diesen Initialaufwand bestreitet. Aber wie gesagt: Er ist sinnvoll und er ist wichtig.

Es hat dann halt doch, lieber Fredy, die Wärme Frauenfeld AG-Geschichte gebraucht, um die Ritze, die Du mal gelegt hast, zu öffnen und sich dahinter zu setzen. Ich habe grosses Verständnis, wenn das Anliegen der Transparenz immer wieder kommt, wegen der Veröffentlichung. Wir haben da einen Schritt gemacht: Wir gehen mit den Kapitalbeteiligungen immer in den Stadtrat vor den Generalversammlungen. Wir erhalten dort Informationen zu der Organisation, wir beschliessen dort, was der Vertreter oder die Vertreterin der Stadt abstimmt. Wir geben dort vor, in welche Richtung es gehen muss. Und der Stadtratsbeschluss ist öffentlich. Also von daher sieht man schon einmal auf diesem Weg, was wir diskutieren und was wir für eine Meinung haben zu den einzelnen Organisationen.

Dass wir in einer Bereinigung sind – 456 Beteiligungen, das ist auch unseren Erachtens immer noch eine hohe Zahl. Aber da müssen wir wirklich auch mit den Departementen an die Quelle der Geschichte, weshalb wir solche Beteiligungen haben. Da hat es z.T. auch sehr fachliche Begründungen, weshalb wir bei einem Verein dabei sind.

Von daher denke ich, wir sind auf dem Weg der Besserung. Es ist ein grosser Aufwand, der ist auch noch nicht abgeschlossen. Wir werden uns weiter von Jahr zu Jahr diesbezüglich verbessern. Ich möchte das nochmals betonen: Auch wir sehen die Notwendigkeit ein.

Es hat keinen Wert, dass ich jetzt da noch auf Details eingehe. Vieles ist durch die Fragen in der AK abgedeckt worden. Die Anliegen sind dort aufgenommen worden und wir werden auch in Zukunft immer wieder bei der AK vorbeigehen, wenn es darum geht, da weitere Informationen zu geben.

Ratspräsident D. Oswald: Mir ist nichts bekannt, dass noch weitere Berichte gewünscht würden. In dem Sinne ist das Postulat erledigt.

7. Traktandum

GGR-Nr. 2018.120: Beantwortung der Interpellation F. Helg (FDP) betr. Potenzial des SwissPasses

Ratspräsident D. Oswald: Das Wort hat der Interpellant Felix Helg.

F. Helg (FDP): Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Interpellationsantwort. Der SwissPass ist als Trägerkarte für Abos des öffentlichen Verkehrs sehr weit verbreitet. Ich wage zu behaupten, dass kaum jemand in dieser Halle einen SwissPass nicht hat. Inzwischen sind die Anwendungen ausgeweitet worden. Beispielsweise kann der Winterthurer Sportpass über den SwissPass gebucht werden, oder die Miete eines Mobility-Autos wird über den SwissPass angeboten. Die Fragen der Interpellation gingen also dahin, zu erkunden, ob weitere städtische Leistungen über den SwissPass angeboten werden können. Die Antwort des Stadtrates liegt schon eine Weile zurück. Wenn man einerseits vielfach klagt, was es überhaupt bringt, sogenannte «alte Vorstösse» im Rat noch zu behandeln, kann man andererseits aber die Dauer als Chance sehen, in der Zeitspanne zwischen schriftlicher Antwort und mündlicher Beratung etwas zu machen. Dies besonders gestützt auf die vorliegende Antwort. In der Interpellationsantwort vom März 2019 heisst es mindestens sechsmal: "ist zu prüfen", "ist zu klären", "ist noch offen". Einige Punkte liess also der Stadtrat noch offen, und ich

habe die Erwartung, dass jetzt – 1 ½ Jahre nach der Interpellationsantwort – gewisse Klärungen kommuniziert werden. Ich habe dem zuständigen Departementsvorsteher im Vorfeld zu dieser Sitzung mitgeteilt, dass ich da heute entsprechend noch nachfragen werde.

Der Stadtrat hat die Nutzung städtischer Angebote über den SwissPass ins Legislaturprogramm 2018-2022 geschrieben. Und die wachsenden Digitalisierungsbestrebungen, gerade auch als Folge der Corona-Pandemie, sollten eine erweiterte Nutzung des SwissPasses eigentlich gefördert haben.

Im Vordergrund steht die Nutzung des SwissPasses für Dienstleistungen der Velostationen (in Frage 1 thematisiert). Hier erhalten wir im schriftlichen Dokument nur Hinweise auf den laufenden Evaluationsprozess. Deshalb interessiert es da umso mehr, wie heute der Stand der Dinge ist.

Auch die Erkundigung nach weiteren Leistungen, die in Winterthur über den SwissPass angeboten werden können, ist doch sehr vage geblieben (Frage 2). Auch da erhoffen wir noch ein klärendes Update, das ich bereits jetzt verdanke.

B. Huizinga (EVP): Die Antworten auf die Interpellation «Potenzial vom SwissPass» findet in der EVP-Fraktion positive Resonanz. Es scheint, als ob die Stadtverwaltung im laufenden Legislaturprogramm mittels den Massnahmen «Nutzung städtischer Angebote über den SwissPass» das Anliegen des Interpellanten bereits prüft. Dass Gespräche mit Dienstleistungsstellen wie z.B. Bibliotheken geführt werden, begrüssen wir und wir sind gespannt auf die finale Antwort. Es ist uns ebenfalls bei der Stadtverwaltung selbst wichtig, dass der positive Nutzen eindeutig die verursachten Kosten überwiegt, sprich: Das Kosten/Nutzen-Verhältnis stimmt. Das angestrebte einheitliche und schweizweit existierende Zugangssystem der Velostationen via SwissPass analog zu Genf, wo es bereits funktioniert, ist langfristig sinnvoll. Das ist ein grosser Fortschritt, um Velo und Bahn unkompliziert zu verbinden.

Dass unsere städtische Arbeitsintegration eine Velostation betreibt, ist für uns allerdings eine Knacknuss, welche bei Ablösung durch die SwissPass-Lösung unbedingt durch ein ebenbürtiges Projekt ersetzt werden muss.

Wir danken dem Stadtrat für die konkreten Ausführungen und freuen uns über die Umsetzung der einen oder anderen städtischen SwissPass-Inklusionen in den kommenden Jahren.

F. Künzler (SP): Wer ein ÖV-Abo in der Schweiz besitzt, kommt am SwissPass nicht vorbei. Der SwissPass ist offensichtlich mit einem persönlichen Online-Konto verknüpft, das wusste ich – als doch einigermassen Internet-affiner Mensch – nicht. Das weiss ich erst seit der Interpellations-Antwort. Und ich schätze, dass es ungefähr 99% der Bevölkerung auch nicht weiss.

Nun denn, die Interpellation fordert mehr Bequemlichkeit für Leute mit Swiss Pass, also der grossen Mehrheit der erwachsenen Wohnbevölkerung. Doch zu welchem Preis? Wir alle zahlen die Bequemlichkeit mit Daten. Mit persönlichen Daten.

Um beim Beispiel Velostation zu bleiben: Was geht es die SBB an, dass ich, Fredy Künzler, am soundsovielten mein Velo in der Velostation parkiert habe? Die SBB geht es höchstens etwas an, dass am soundsovielten ein und nicht mein Velo parkiert war, und das auch nur für die Angebotsplanung und Nutzungsstatistik. Die Erhebung darf darum nur personenunabhängige Daten umfassen.

Sie sehen, worauf ich hinauswill. Persönliche Daten sind ein schützenswertes Gut, das nicht einfach so für etwas Bequemlichkeit geopfert werden darf.

Der Stadtrat schreibt zwar in seiner Antwort – Zitat: “Ein wichtiges Augenmerk kommt sodann dem Datenschutz zu.”

Ja und jetzt? Da hätte ich zumindest eine halbseitige Einschätzung vom städtischen Datenschützer erwartet. Für genau solche Fragen haben wir eine Datenschutz-Stelle. Natürlich kann jetzt der Stadtrat auf die Datenschutz-Bestimmungen des SwissPasses verweisen, doch wer hat diese jemals gelesen und wer hat sie dann auch noch verstanden?

Insofern sind wir als SP-Fraktion mit den Ausführungen der Interpellationsantwort zufrieden, was die Velostation und so weiter betrifft, aber in Sachen Datenschutz, lieber Stadtrat: Nachsitzen. Datenschutz ist nicht in einem Nebensatz zu erledigen.

Selbstverständlich verlange ich hier keinen Ergänzungsbericht, möchte aber gerne den Wunsch anbringen, dass sich der Datenschützer in einfachen Worten dieser grossen Fragen annimmt. Einfache Worte, die sich an die Bevölkerung richten, und nicht an die Politik.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Grundsätzlich ist es klar, wir haben alle zu viele Karten im Portemonnaie und sind froh, wenn wir eine kombinieren können. Deshalb ist dieser Vorstoss ein Vorstoss in die richtige Richtung. In der Antwort wird detailliert beschrieben, welche Partnerdienste zurzeit möglich sind und über welche Partnerdienste zum Zeitpunkt der Antwort verhandelt wurde. Diesbezüglich – und ich schliesse mich da Felix Helg wirklich an – würde mich natürlich interessieren, was unterdessen gelaufen ist, welche weiteren Partnerdienste vereinbart wurden.

Insbesondere bei der Velostation ist davon auszugehen, dass alle, die ihr Velo abstellen, einen SwissPass haben, und dass es doch einen gewissen Vorteil bietet, wenn man diesen Zugang auch über SwissPass ermöglichen könnte.

Allerdings muss man auch auf die Nachteile hinweisen: Einerseits ist es eben eine Frage der Kosten. Jedesmal, wenn die Stadt sich da anschliesst, kostet das etwas. Und, Fredy Künzler hat es gesagt, der Datenschutz ist nicht ausser Acht zu lassen. Je mehr Kartenkombinationen möglich sind, desto eher gibt es einen Missbrauch.

Insofern sind wir mit der Antwort zufrieden, wünschen uns aber auch, dass man dem Datenschutz da Rechnung trägt.

A. Steiner (GLP): Felix Helg hat es gesagt: Die Interpellation ist schon relativ alt, und wir wissen eigentlich nicht, was effektiv umgesetzt wurde. Deshalb können wir auch nicht wirklich sagen, ob wir die Interpellationsantwort positiv oder negativ zur Kenntnis nehmen.

Positiv zur Kenntnis nehmen wir sicher alle diese Orte, die man prüfen möchte, wo man es anschauen möchte.

In den letzten zwei Jahren ist aber auch die Digitalisierung in anderen Bereichen fortgeschritten. Und unter Umständen ist der Stadtrat zum Schluss gekommen, dass man es auch anders einfacher lösen könnte. Sicher ist: Spätestens bei der Neueröffnung der neuen Velostation braucht es ein gutes digitales System für einen einfachen Zugang.

Wir freuen uns auch auf das Update des Stadtrates gleich im Anschluss an unsere Voten.

Und ich danke auch noch Fredy Künzler für den Hinweis bezüglich Datenschutz. Das ist bei jedem System der Fall, dass das seriös geprüft werden muss.

I. Kuster (CVP/EDU): Uns von der CVP/EDU-Fraktion ist es wichtig, dass die städtischen Dienstleistungen benutzerfreundlich erbracht werden können. Eine Reduktion der Zutrittsysteme und, wie Christian es gesagt hat, die Reduktion der vielen Karten, die wir alle haben, gehören sicher dazu, ebenso wie unsere Forderung nach einem elektronischen Bürgerportal. Wir werden die Entwicklungen betreffend SwissPass und Zutritten aufmerksam verfolgen. Für uns ist noch wichtig, dass es bedienerfreundlich ist – und zwar für alle Altersgruppen – und es soll zudem finanzierbar sein. Wir sind auch gespannt auf das Update des Stadtrates, was heute Stand der Dinge ist.

Stadtrat K. Bopp: Sehr gerne nehme ich dazu Stellung. Es ist richtig, Felix Helg hat mich angefragt für das Update – vor genau 58 Stunden und 31 Minuten ging das Mail ein. Das ist natürlich ein bisschen eng, um da noch grosse Abklärungen zu machen. Aber es hat meinen Ehrgeiz geweckt und ich kann in gewissen Bereichen tatsächlich ein Update geben.

Wir haben das Thema SwissPass bei den Bibliotheken angeschaut, als 1. Beispiel. Es ist so, dass es uns dort nicht nur Daten kostet, sondern es kostet uns dort richtiges Geld. Dort haben wir es v.a. getestet für winbib, für den Onlineteil. Das würde richtig ins Geld gehen dort. Jede einzelne Anfrage würde abgegolten und es wäre wirklich unverhältnismässig teuer geworden. Ich kann jetzt keine Beträge nennen, diese Information habe ich in dieser Zeit nicht erhalten, aber es wäre unverhältnismässig teuer geworden. Und deshalb hat man sich bei den Bibliotheken dagegen entschieden und wird das auch nicht weiterverfolgen.

Das Sportamt wurde erwähnt. Dort wurde es insofern implementiert, dass man eine Light-Variante des Sportpasses implementiert hat. Es ist nicht so, dass man den Sportpass buchen kann, sondern man einfach einen gekauften Sportpass auf den SwissPass laden. Auch dort ist es ein finanzieller Punkt: Wir hätten sehr viel umrüsten müssen und es wäre sehr viel teurer geworden, wenn wir eine Vollvariante hätten machen wollen, bei der man z.B. auch online den Sportpass über den SwissPass hätte verlängern können. Auch dort war es das Kostenbewusstsein, das uns dazu bewogen hat, da nur die Light-Variante zu implementieren. Die dritte Anwendung wurde mehrfach erwähnt und war auch Kern dieser Anfrage und Antwort. Das ist die Velostation. Und dort hat mein Ehrgeiz nichts gebracht: Die zuständige Person war in den letzten 58/59 Stunden durchgängig in den Ferien – das machte es für mich ziemlich schwierig, da weitere Updates zu bekommen. Insofern muss ich mich entschuldigen, dass ich da die Erwartungen, die man in mich gesteckt hat bezüglich Updates zu diesem Thema, nicht ganz erfüllen kann. Aber ich hoffe trotzdem, dass die Antwort noch etwas genützt hat.

Ratspräsident D. Oswald: Ich gehe davon aus, dass die Traktandenliste frühzeitig genug kommt, dass sich der Stadtrat vorbereiten kann auf die Antworten, die dann hier im Plenum stattfinden sollten.

Damit ist diese Interpellation erledigt.

Es ist jetzt 2-3 Minuten vor 18.30 Uhr. Wir schliessen die erste Sitzung und gehen zum Nachessen.

Es geht um 19.30 Uhr weiter. Ich wünsche allen «En Guete».

Nachtessenspause.

Ratspräsident D. Oswald: Ich eröffne die Abendsitzung, es ist 19.30 Uhr.

8. Traktandum

GGR-Nr. 2017.69: Antrag und Bericht zum Postulat D. Schneider (FDP), R. Comfort (GLP), I. Kuster (CVP), S. Büchi (SVP) und Y. Gruber (BDP) betr. Umsetzungs-konzept «Arbeit statt Fürsorge»

Ratspräsident D. Oswald: Eingereicht hat das Postulat noch David Schneider von der FDP als Erstpostulant. Das Wort hat Urs Bänziger.

U. Bänziger (FDP): Was denken Sie? Welche Altersgruppe von Menschen in der Stadt Winterthur ist von Sozialhilfe relativ und absolut gesehen am meisten betroffen?

Es ist genau diejenige Altersgruppe, welche diskussionslos gar nichts zu verschulden hat an ihrer Situation, es sind die Kinder und die Jugendlichen unter 18 Jahren. Es sind ca. 2'000 Babies, Kindergärtner, Primar- und SekundarschülerInnen und Jugendliche in weiterer Ausbildung - oder auch ohne.

Darum schlage ich vor, dass wenn wir über den Erfolg von Arbeitsintegration sprechen, wir nicht vergessen, dass viele betroffene Erwachsene auch Verantwortung übernehmen müssen für ihre betreuten Kinder, Partnerinnen und Partner und andere Menschen. Integrieren Sie Erwachsene, helfen Sie auch den betroffenen Kindern aus einer Lage, welche für sie nicht nur materiell, sondern auch emotional enorm schwer ist. Es ist darum nicht angebracht, sich nicht konstant zu hinterfragen, ob wir auf dem richtigen Weg sind. Können wir etwas besser machen?

Die Zahlen der Publikation „Facts und Trends der sozialen Sicherung“ stellen die wesentlichen Fallzahlen und Kosten in einem transparenten Format dar und sind für Sie alle verfügbar.

Von 2001 bis 2019 stieg die Sozialhilfequote, also ohne Ergänzungsleistungen zur AHV und IV, von 4% auf 5.5%. Von 2018 auf 2019 reduzierte sich diese Quote um 0.1%, was sehr erfreulich ist. Das sieht doch auf den ersten Blick nicht so schlimm aus.

Wenn wir aber auf die Fallzahlen schauen, sehen wir in demselben Zeitraum eine Zunahme von 217% auf 4'347 Fälle. Die Bevölkerung der Stadt nahm in diesem Zeitraum um 26% zu. Bei den Kosten wird es dann leider noch schlimmer, von 18.46 Millionen Netto-Aufwand für die Stadt 2001 auf 61 Millionen 2019, das entspricht einer Zunahme von satten 331%.

Der Brutto-Aufwand beträgt übrigens 114.6 Millionen für 2019, die Differenz von Brutto zu Netto wird nicht von der Stadt bezahlt, aber ja natürlich sind Sie, liebe Anwesende, als Steuer- und Gebührenzahlende von Kanton und Bund dabei wesentlich auch betroffen, weil Sie da mitbezahlen.

Ebenfalls beim Netto-Aufwand nicht eingeschlossen ist die Dienstleistungserbringung der Stadt, um die individuelle Unterstützung zu erbringen. Dieser Aufwand betrug netto für 2019 13.5 Millionen.

Somit waren für 2019 die Gesamtkosten zu Lasten der Stadt 74.5 Millionen.

Eine erfolgreiche Arbeitsintegration ist ein wesentlicher Teil, um finanzielle und persönliche Belastungen zu minimieren. Weniger Fälle, weniger Kosten, weniger Leid. Der andere wesentliche Beitrag, den Sie auch mitgestalten können, liebe Anwesenden, ist übrigens, Jobs zu schaffen hier in der Stadt, indem Sie helfen, dass Winterthur ein attraktiver Standort ist für Arbeitgeber, aber dies für ein anderes Mal.

Der Stadtrat anerkennt in seiner Antwort, dass speziell für jüngere Sozialhilfebezüger eine Tagesstruktur und eine regelmässige Beschäftigung sinnvoll sind, um den Bezug zur Arbeit und zur Gesellschaft nicht zu verlieren.

Der Fokus auf Qualifizierung ist sicherlich nachvollziehbar, der Stadtrat verweist dabei auf die seit 2008 geltende „Strategie Arbeitsintegration von Jugendlichen und jungen Erwachsenen“ der Stadt Winterthur und den Praxishilfen zu den SKOS-Richtlinien zu diesem Thema. Reine Beschäftigungsprogramme sollen dafür nicht geeignet sein.

In diesem Sinne kann mir der Stadtrat sicherlich bestätigen, dass die Stadt heute keine Arbeitsprogramme mehr anbietet, welche nebst dem therapeutischen Touch auch solche nützlichen Dinge herstellen wie „Pfeffermühlen aus Velonaben“.

Das Bundesamt für Statistik (BFS) publizierte 2009 (also ein Jahr nach der Publikation der Strategie «Arbeitsintegration von Jugendlichen in Winterthur») einen umfassenden Bericht mit dem Titel „Junge Erwachsene in der Sozialhilfe“ des Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien, kurz BASS. Die Studie bezieht sich genau auf die Gruppe der 18-25jährigen, welche das vorliegende Postulat zum Inhalt hat. In der Studie, welche sich auf Daten von 2006 bezieht, findet sich die Aussage, dass etwas mehr als die Hälfte der erwerbstätigen jungen Erwachsenen in der Sozialhilfe Vollzeit arbeiten (Männer 60%, Frauen 50%). In der Strategie der Stadt finden wir auf diese Gruppe von betroffenen Menschen lediglich den Hinweis in den Gründen der Bedürftigkeit: Ungenügendes Erwerbseinkommen: 29%. Diese Menschen werden nicht in den Wirkungszielen erwähnt und ebenso nicht im Handlungsplan und natürlich auch nicht in der Beantwortung des Postulats; existieren sie nicht? Haben sie keine Chance auf eine bessere Perspektive in ihrem Leben verdient, eine Zukunft in Unabhängigkeit von Sozialhilfe?

Kein Bedarf durch die Fachstelle Junge Erwachsene besteht gemäss Strategie auch, solange Klienten und Klientinnen wegen Betreuungspflichten von der Arbeitsintegration befreit sind. Anders macht das zum Beispiel die Stadt Bern, die ein Angebot hat für junge Mütter, die noch keine Berufsausbildung abgeschlossen haben. Ziel da ist es, ihre Ressourcen und ihr Potential für den Arbeitsmarkt zu entwickeln, um längerfristig eine Lehr- oder Arbeitsstelle zu finden und somit nicht abhängig zu sein von Sozialhilfe.

Für die 16-25jährigen Sozialhilfebeziehenden ist die Zuweisung an die Fachstelle Junge Erwachsene und damit in den für die Altersgruppe spezifischen Integrationsprozess obligatorisch. 2019 haben laut Facts und Trends 6.2% der jungen Erwachsenen Sozialhilfe erhalten.

Auf der Basis der Statistik Winterthur entspricht 6.2% bei 16-25jährigen für 2019 850 Menschen. In der Beantwortung des Postulats erwähnt der Stadtrat jedoch, dass die Fachstelle Junge Erwachsene lediglich ca. 180 Jugendliche und junge Erwachsene betreue. Wie viele Fälle wurden effektiv abgeschlossen und, falls es eine Differenz gibt von Fällen, die nicht abgeschlossen wurden und auch nicht bei der Fachstelle Junge Erwachsene integriert werden, was ist mit der Differenz zu den 850 im Total?

Die Beantwortung des Postulats hinterlässt für mich mehr Fragen als Antworten und ist nicht ausreichend. Die Massnahmen werden nicht detailliert diskutiert, ein Controlling über den Erfolg dieser Massnahmen wird nicht geliefert; der einzige Hinweis bezieht sich auf die 25 Plätze des Trampolins bei notabene um die 850 Fällen (wie ich vorhin ausgeführt habe) von betroffenen jungen Erwachsenen pro Jahr.

Die in der „Strategie Arbeitsintegration von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, 2008“ beschriebene laufende Evaluation, die dem Strategieprozess zugrunde liegenden Annahmen laufend hinterfragen soll, um sich weiterzuentwickeln. Die Antworten finden wir im Postulatsbericht nicht, wie dieser Prozess funktioniert hat. Dasselbe gilt für das bereits oben angetönte Controlling. Wo sind die Messgrößen für Leistungs- und Wirkungsziele? Ich habe sie nicht gefunden.

Arbeit dank Bildung kann nur erfolgreich sein, falls die Betroffenen auch willig sind, den langfristigen Einsatz für ihre Bildung zuverlässig zu leisten. Wieso können Arbeitsprogramme wie im Postulat vorgeschlagen nicht dazu verwendet werden? Auf der einen Seite eignen sie sich als Triage, etwas das übrigens auch die Arbeitgeber zwingend als Voraussetzung sehen. Also zum Beispiel ein paar Wochen verlässlich und pünktlich eine einfache Arbeit erledigen und dabei auch noch weiter Sozialkompetenz aufbauen. Arbeit statt Fürsorge kann auch bei der vom Stadtrat als so wichtig erkannte Tages- und Sozialstruktur von betroffenen jungen Erwachsenen eine Rolle spielen. Auch wenn jemand noch nicht bereit ist, eine Triage erfolgreich zu bestehen und sich eine Investition in seine Bildung zu sichern und zu verdienen, können solche Arbeitseinsätze helfen auf dem Weg dazu.

Als Nebeneffekt bewirkt es vielleicht noch etwas Gutes für die Gesellschaft. So zum Beispiel nach dem Motto «weniger Pfeffermühlen aus Radnaben dafür mehr Mithilfe bei der Alltagsbewältigung betagter Menschen».

Schlussendlich muss man sich auch fragen, ob die Stadt selbst Arbeits-Programme organisieren soll, oder ob sie sich besser fokussiert auf die Abklärung, Beratung und Triage-Funktion der Betroffenen auf der einen Seite und auf der anderen Seite selbstverständlich auf die optimale Vernetzung mit möglichen Arbeitgebern und Ausbildungsinstitutionen.

Die Stadt Winterthur belegt in der vom Bundesamt für Statistik publizierten Sozialhilfestatistik den 11. von 14 Rängen der grössten Städte in der Schweiz. In den letzten 9 Jahren sind wir abgestiegen, so haben uns die Städte Bern, Zürich und auch Schlieren überholt. Weil dies die einzige verlässliche Controlling-Statistik ist, die ich mir notabene auch noch selbst suchen musste ist, muss ich daraus schliessen, dass wir nicht auf dem richtigen Weg sind.

M. Zehnder (GLP): Die Ausgangslage zu diesem Bericht für das Postulat ist schon 2008 gelegt worden, mit der Strategie «Arbeitsintegration von Jugendlichen und jungen Erwachsenen». Wir anerkennen, dass der Stadtrat eine reine Beschäftigung der Arbeitssuchenden nicht als sinnvoll erachtet und die Eingliederung in den Arbeitsmarkt fördern möchte. Die Senkung der Falllasten in der Sozialberatung zeigt da eine positive Wirkung. Die Arbeitssuchenden können schneller und besser in den Arbeitsmarkt eingegliedert werden. Die Angebote wie Trampolin, die 25 von den 180 jungen Erwachsenen eine Ausbildung geniessen lässt, erachten auch wir als Teil der Lösung. Aber nicht alle jungen Erwachsenen lassen sich in einem von Technologie durchdrungenen und auf Leistung getrimmten Arbeitsmarkt eingliedern. Dafür braucht es Anbieter für verschiedene Stellen in verschiedenen Bereichen. Und es braucht v.a. Angebote für die kognitiv schwächeren Mitglieder der Gemeinde, die dann auch diese Stellen ausüben können. Nicht nur die Stadtverwaltung soll neue Jobs anbieten, sondern auch die privaten Arbeitgeber sind gefordert, da Hand zu bieten. In der Stadtverwaltung

sehen wir die Chance da besser als sie der Stadtrat da mit diesem Bericht zum Postulat darstellt, gerade in den Alterszentren, im Forst oder bei Stadtgrün. Da sind aus unserer Sicht Teillohnangebote zu fördern. Es braucht mehr davon.

Ansonsten nehmen wir den Bericht positiv zur Kenntnis und sind einverstanden mit der Beschreibung des Geschäfts.

I. Kuster (CVP/EDU): Die CVP/EDU-Fraktion hat bereits bei der Überweisung deutlich zum Ausdruck gebracht: Wir wollen keine Generationen von Jugendlichen, die direkt nach der Schule in der Sozialhilfe landen und uns auf Jahre belasten. Und dass es jetzt ein griffiges Konzept braucht – sei es zur Integration in den Arbeitsprozess oder die Beschäftigung. Die Antwort auf unser Postulat ist etwas dürftig und ein Strategiepapier aus dem Jahr 2009 reicht dafür nicht aus. In den elf Jahren hat sich die Welt doch massiv verändert – auch in Bezug auf die Lehrstellensituation.

Auch das Aufzählen der bisherigen Programme für Jugendliche reicht nicht, wir haben neue Wege und Massnahmen gefordert. Und wenn schon nur die bisherigen Programme aufgezählt wurden, so hätte ich doch mehr Zahlenmaterial dazu erwartet. Einzig bei Trampolin wissen wir nun, dass von den rund 25 Plätzen 87 Prozent eine Anschlusslösung finden. Was ist aber mit den restlichen drei Personen bzw. 13 Prozent, besuchen sie nun ein anderes Programm, machen sie eine Weiterbildung, arbeiten sie? Die Fachstelle Junge Erwachsene gab es schon, als ich noch Mitglied der Fürsorgebehörde war. Auch hier wäre eine «Erfolgsstatistik» angezeigt gewesen. Oder in wie vielen Fällen die Leistungen gekürzt werden müssen oder Angaben zu den Kosten pro Fall bei den bestehenden Programmen habe ich in der Antwort nicht gefunden. Insgesamt: Auch hier fehlt uns ein griffiges Controlling bzw. es werden uns keine Resultate im Bericht von einem griffigen Controlling vorgelegt. Es werden weder Zielgrössen insgesamt noch für einzelne Programme definiert und es wird schon gar nicht überprüft, ob und wie die festgelegten Zielgrössen erreicht wurden und wenn nicht, aus welchen Gründen nicht. Auch wie viel von den Jugendlichen nicht bildungswillig oder bildungsunfähig sind, wäre eine Information wert gewesen, und was für sie geplant ist. Oder wie viele dieser Jugendlichen eine begleitete Lehre machen.

Ein Blick in die leider etwas dürftigen Zahlen von Facts und Trends der sozialen Sicherung zeigen: Die Sozialhilfequote der 18 – 25jährigen lag 2006 bei 5.9 %. Im Jahr 2009, als das Strategiepapier erarbeitet wurde, bei 4.7 Prozent, Im Jahr 2015 bei 5.7% , und stieg in den Folgejahren nochmals auf 6.3% und lag 2019 bei 6.2%. Für uns also ziemlich klar: Die Zahlen sind in den letzten Jahren laufend gestiegen und die bestehende Strategie genügt nicht. Sonst wären die Zahlen gesunken, insbesondere da die Wirtschaftslage in den vergangenen Jahren und der Lehrstellenmarkt sehr gut waren. Leider habe ich nirgends Zahlen über die Bezugsdauer der Jugendlichen gefunden.

Unabhängig davon ist für uns von der CVP/EDU-Fraktion klar: Eine Überarbeitung des Strategiepapiers ist überfällig und es sind neue Mittel und Wege gefordert. Und es freut uns, wenn dann auch noch das begleitende Controlling oder Reporting einmal vorgestellt wird.

M. Reinhard (SVP): Wir danken dem Stadtrat für seine Ausführungen und teilen ganz grundsätzlich seine Haltung. Es ist für uns von allergrösster Wichtigkeit, dass gerade jüngere Sozialhilfebezüger so rasch als möglich in das Arbeitsleben und in den freien Arbeitsmarkt zurückkehren können. Alle Massnahmen müssen ganz gezielt auf dieses übergeordnete Ziel ausgerichtet sein.

Wir können uns auch weitgehend der Haltung anschliessen, dass es für eine erfolgreiche Rückkehr in den Arbeitsmarkt zuerst einmal eine solide Grundausbildung braucht, damit man auf dem Arbeitsmarkt überhaupt gefragt ist. Es kommt für uns aber da ganz entscheidend auf das Augenmass an, das bei der Bewilligung von solchen Ausbildungen an den Tag gelegt wird. Es darf z.B. nicht sein, dass mehrere Ausbildungen finanziert werden, schliesslich geht es immer darum, diese Person im freien Arbeitsmarkt zu reintegrieren, damit sie auf eigenen Füessen stehen kann. Und es geht nicht darum, sie möglichst gut und teuer auszubilden.

Und zweitens erscheint uns gerade hier die aktive und engagierte Mitwirkung vom entsprechenden Sozialhilfebezüger ein ganz entscheidender Punkt zu sein. Es ist zwingende Voraussetzung, dass wenn man eine Ausbildung mit Steuergeldern finanziert, diese Personen sich auch in einem hohen Mass persönlich engagieren und diese Chance auch ergreifen müssen. Verweigerungen, an diesen Programmen teilzunehmen oder ungenügendes persönliches Engagement müssen zwingend klare, einheitliche und deutliche Konsequenzen nach sich ziehen.

Ein bisschen verwirrend in dieser Antwort ist für uns in diesem Kontext die Ausführung des Stadtrates hinsichtlich der reinen Beschäftigungsprogramme. Es wird ausgeführt, dass diese von den Teilnehmenden ein Minimum an persönlichen und sozialen Kompetenzen wie Pünktlichkeit und Umgangsformen erfordern. Wir gehen also schon davon aus, dass dieses Minimum auch für die erfolgreiche Absolvierung von einer Ausbildung notwendig ist. Insofern verstehen wir den Stadtrat in diesem Punkt nicht, dass es aus diesem Grund keine jugendlichen Sozialhilfebezüger in Beschäftigungs- und Teillohnprogrammen geben soll. Zumindest nicht mit dieser Argumentation.

Was die Tiefe und Fundiertheit der Antwort betrifft, kann ich mich den Vorrednern Iris Kuster und Urs Bänziger vollkommen anschliessen.

B. Helbling (SP): Wir danken dem Stadtrat für die Ausführungen und nehmen sie zustimmend zur Kenntnis. Die Sozialhilfe hat den Auftrag, Menschen, die Sozialhilfe beziehen, wieder abzulösen; sie also zu befähigen, in den Arbeitsmarkt zurückzukehren. Besonders bei jüngeren Sozialhilfeempfängern ist die rasche Ablösung ein grosses Anliegen aller Beteiligten. Und besonders bei jungen Erwachsenen geht es darum, sie nachhaltig von der Sozialhilfe abzulösen. Wie die Beantwortung ausführt, haben wir das Konzept schon seit 2008 vorliegen.

Es gibt dank dieser Strategie auch die Fachstelle Junge Erwachsene, wir haben es gehört. Diese betreut, nach einem speziell auf diese Altersgruppe ausgerichteten sozialpädagogischen Konzept, die jungen Erwachsenen. Neben der engen fachlichen Begleitung, die sehr wichtig ist, wird auch z.B. über Kürzungen von Geldern, aber auch den Anreiz versucht, die Kooperationsbereitschaft zu erhalten oder zu erhöhen. Und nein, es ist nicht immer einfach, eine solche Kooperationsbereitschaft zu erhalten, z.B. wenn man bis jetzt noch nie einen Erfolg hatte in seinem Leben. Deshalb braucht es da auch gut ausgebildete Leute, die das begleiten.

Es werden von der Arbeitsintegration Winterthur auch spezialisierte Programme angeboten, das wird uns aufgezeigt. Das Trampolin, das haben wir gehört, wird erwähnt als bewährtes Programm, es gibt aber noch einige mehr. Ich möchte die erwähnten Angebote hier wirklich würdigen und erwähnen, dass es wichtig ist, gerade dieser Fachstelle für Junge Erwachsene genügend Ressourcen zu geben.

Ich möchte aber gerne den Fokus noch kurz auf den Paradigmenwechsel legen, von dem wir auch schon gehört haben, nämlich weg von «Arbeit statt Fürsorge» hin zu «Arbeit dank Bildung». Denn heute ist die Denkweise der Sozialhilfe immer noch die, die Sozialhilfebeziehenden so rasch als möglich, mit kurzfristigen Massnahmen, in den 1. oder dann halt in den 2., der weniger Ansprüche stellt, Arbeitsmarkt zu integrieren. Der Aufwand soll so gering wie möglich sein. Ich weiss nicht, wie vernünftig das immer ist. Bei der neuen Denkweise sagt man nämlich, dass in Weiterbildung oder in Ausbildung investiert werden muss. Es geht nämlich darum, Sozialhilfebeziehende wieder in den 1. Arbeitsmarkt zu integrieren, denn nur das ist das, was uns langfristig Geld spart. Und gerade bei jungen Erwachsenen ist das umso wichtiger. Also wer ohne genügende Grundkompetenzen ist oder ohne abgeschlossene Berufsbildung, und dann in die Sozialhilfe kommt, erhält die Chance, sich zu bilden. Es gibt die Weiterbildungsoffensive, das ist beim Kanton – wir warten da auf hoffentlich noch bessere Unterstützung.

Wie der Stadtrat bei den Antworten zum Postulat ausführt, wird bei der Zielgruppe der jungen Erwachsenen der Fokus auf die Förderung der qualifizierenden Massnahmen gelegt. Und die reinen Beschäftigungsprogramme, die im Postulat erwähnt sind, zielen eben nicht auf eine

berufliche Qualifizierung, sondern rein darauf, eine Tagesstruktur zu geben. Sie zielen aber nicht darauf, dass eine langfristige Ablösung in den 1. Arbeitsmarkt passiert.

Und jetzt gehe ich doch noch schnell auf das Projekt zur Senkung der Falllast ein, das ja aufgezeigt hat: Wenn mehr Arbeitszeit pro Fall zur Verfügung steht, wird diese Arbeitszeit der Sozialarbeitenden für gezielte Massnahmen im Rahmen der individuellen Förderpläne eingesetzt. Wir gehen also da mit dem Stadtrat einig. Spezifische, vorbereitende Arbeitsintegrationsprogramme und reguläre Ausbildungen sind für die nachhaltige Selbständigkeit von jungen Menschen bei der Sozialhilfe zielführender. Hoffen wir, dass wir da auch noch mehr Gelder des Kantons sehen. Wir danken für die Antwort.

B. Huizinga (EVP): Die EVP hat der Überweisung des Postulats im Jahr 2017 aus zwei Gründen nicht zugestimmt:

1. Die geforderten Arbeitsprogramme, die spezifisch auf Jugendliche und junge Erwachsene zugeschnitten sind, gibt es in der Stadt Winterthur längst und sie sind erfolgreich etabliert. Das wird im jetzt diskutierten Bericht ausführlich und vollständig erneut dargelegt.

2. haben die Vorschläge der Unterzeichnenden damals v.a. auf Beschäftigungsprogramme abgezielt. Diese sehen wir als Fraktion für dieses Alterssegment als komplett den falschen Weg an. Menschen brauchen berufliche Perspektiven, in jedem Alter, doch ganz besonders dann, wenn man jung ist und das ganze Erwerbsleben noch vor sich hat. Bea Helbling hat den Paradigmenwechsel von «Arbeit statt Fürsorge» hin zu «Arbeit durch Bildung» bereits angesprochen. Wir sind davon überzeugt, dass dieser für die Betroffenen viel zielführender und für den Staat schlussendlich kosteneffektiver ist. Und Bildung kann auch ganz niederschwellig stattfinden.

Wir danken dem Stadtrat für den Bericht und nehmen den Abschluss dieses Vorstosses positiv zu Kenntnis.

K. Frei (Grüne/AL): Wir von den Grünen/AL danken dem Stadtrat für die detaillierte Postulatsantwort und nehmen sie zustimmend zur Kenntnis. Präzise wird darin dargelegt, dass Winterthur seit 2008 mit dem Umsetzungskonzept Arbeitsintegration über ein äusserst wirksames Instrument zur Integration von arbeitslosen Jugendlichen und jungen Erwachsenen verfügt. Das von den Postulanten geforderte Konzept «Arbeit statt Fürsorge» ist Ende der 90er Jahre in Zürich entwickelt worden und ist auch schon mehrfach in Projekte in Winterthur eingeflossen. Zwei Kernpunkte von «Arbeit statt Fürsorge» sind: Investition lohnt sich, was heisst, dass Jugendliche mit einer Ausbildung der nachhaltige Einstieg in die Arbeitswelt ermöglicht werden soll. Die Gegenleistung wird aber auch konsequent eingefordert, das will heissen: Wer nicht partizipiert und kooperiert, dem können die Sozialhilfegelder gekürzt werden. Die Fachstelle Junge Erwachsene in Winterthur leistet mit der Betreuung von jährlich weit über 100 Jugendlichen und jungen Erwachsenen einen unschätzbaren wichtigen Beitrag zur geforderten Integration. Dabei sind z.B. die Angebote Taglohn, Fachstelle Junge Erwachsene light, Trampolin und Fokus auf die verschiedenen Nutzergruppen fein abgestimmt und garantieren individuelle Beratung, fachliche Begleitung und damit eine hohe Chance für eine langfristige Eingliederung in den Arbeitsmarkt.

Im Laufe der Jahre hat sich das Konzept «Arbeit statt Fürsorge» aber entwickelt und es ist zum neuen Konzept «Arbeit dank Bildung», wie wir auch schon mehrfach gehört haben, worden. Es geht dabei zwar, wie auch schon gehört, um einen Paradigmenwechsel, und doch würde ich sagen, es ist nicht vollkommen etwas Neues. Aber der Schwerpunkt wird zunehmend auf die Förderung der qualifizierenden Massnahmen gelegt. Wer sich nämlich drücken will, wird das sicher viel eher machen, wenn er zu einem Programm verknürrt worden ist, als wenn er eine seiner selbst erworbenen Fähigkeiten entsprechende Tätigkeit ausführen darf. Verpflichtende Einsatzpläne ohne Perspektive sind somit sicher der bessere Nährboden für eine Abwehrhaltung, die eine langfristige Ablösung von der Sozialhilfe nur erschwert. Das alles spricht für die bestehenden, spezifischen Arbeitsintegrationsprogramme der Stadt Winterthur, bei denen der Anteil an Aus- und Weiterbildung hoch ist. Und auch dafür, dass es keine neuen Einsatzplätze braucht, wie von den Postulanten gefordert.

Dass sich die Programme, die wir heute haben in der Stadt Winterthur, aber ständig weiterentwickeln und sicher auch – gerade im Zuge von Corona – neue Aufgaben aufzutun werden, davon sind wir überzeugt. Und ich denke, da ist das DSO auf einem guten Weg.

Stadtrat N. Galladé: Besten Dank für die Kenntnisnahme dieser Postulatsantwort und die breite Diskussion, die zu dem ganzen Thema geführt wurde. Ich denke, wo wir uns wirklich einig sind (und das geht quer durch alle Fraktionen durch und das ist auch Einigkeit zwischen Stadtrat und Parlament), ist dass wir eingehend sagen, dass es wichtig ist, dass junge Erwachsene Beschäftigungsangebote haben, dass sie Strukturen haben. Das, denke ich, ist unbestritten.

Was ich jetzt in Bezug auf das sage, was ich so gehört habe aus verschiedenen Voten, v.a. bei den ersten Rednerinnen und Rednern, da möchte ich schon relativieren. Es wird teilweise, Iris Kuster, moniert, dass quasi die Antworten nicht erfolgt sind auf die Fragen – die auch gar nicht gestellt wurden, wie ich feststellen muss. Wenn ich zurückgehe auf das, was das Postulat gefordert hat, dann ist das ein Umsetzungskonzept «Arbeit statt Fürsorge» mit Bezug auf junge Erwachsene (Personengruppe 18 – 25) und v.a. auch die Forderung, dass man diese in verschiedensten Bereichen der Stadtverwaltung einsetzen kann. Wir haben einerseits dargelegt, was die Strategie der Stadt Winterthur ist (die schon gut 10 Jahre alt ist, die man selbstverständlich immer wieder angepasst hat, aber in den Grundzügen nach wie vor gilt). Wir haben es gehört mit dem erwähnten Büro BASS-Bericht. Es war die Zeit, wo man sich sehr intensiv mit dem Thema «Junge Erwachsene» beschäftigte und verschiedenste Städte, auch miteinander, diese Konzepte aufbauten. Auch wenn sich die Welt verändert, ist in diesen Punkten mit den damaligen Erkenntnissen nicht alles ganz anders gewesen.

Dann das Konzept «Arbeit statt Fürsorge», das da explizit erwähnt wird, das auch heute von den Rednerinnen und Rednern erläutert wurde, ist ein Konzept, das sehr lange in der Sozialhilfe eingeflossen ist. Es ist aber, gerade in Bezug auf junge Erwachsene, tatsächlich nicht der nachhaltigste Teil. Selbstverständlich, man soll Gegenleistungen auch einfordern, man soll sie verlangen. Was wir aber letztlich wissen, ist, dass das grösste Risiko, in der dauerhaften Sozialhilfe zu bleiben, fehlende Ausbildung ist. Und deswegen glaube ich, muss man schauen (gerade bei Jugendlichen, die ein sehr langes potenzielles Arbeitsleben vor sich haben), dass man nicht immer wieder versucht, sie in prekarierte Teilzeitjobs hineinzubringen, bei denen sie durch den Drehtüreffekt immer wieder hinausfallen, über 40 Jahre hinweg oder noch länger. Sondern da muss man – wenn möglich – bei den Grundkompetenzen ansetzen, möglichst Richtung Anlehre oder Berufsausbildung gehen. Das legen wir auch dar in unserer Antwort.

Auch die Fachstelle Junge Erwachsene wird erwähnt. Es ist halt einfach immer eine Frage der Ressourcen. Wenn Urs Bänziger sagt: Wenn ich das ausrechne, hat es 600 – 700 Jugendliche in diesem Arbeitsbereich – wieso habt Ihr nur 180 Plätze, die Ihr ausweist? Das hat letztlich mit der Anzahl Stellen zu tun. In diesem Konzept können Sie natürlich nicht 200 Jugendliche betreuen, sondern das ist ziemlich enge Führung, das ist anspruchsvolle Führung. Und dann richtet sich das auch ein bisschen nach dem Bestand, den man hat. Und man weist dann diejenigen zu, die man für am geeignetsten hält in diesem Projekt.

Was ich sehr eindrücklich finde: Urs Bänziger hat Studien von der Städteinitiative Sozialpolitik erwähnt, wo die Stadt Winterthur seit dem Anfang, seit 20 Jahren mitmacht und die Datenerhebungen vorhanden sind. Da geht es uns auch nicht nur um die Reihenfolge, wo steht man besser und wo schlechter, sondern auch wirklich aufgrund verschiedener Ausgangslagen voneinander lernt. Das hat man 2018 aufgezeigt, darauf haben wir in unserer Antwort kurz verwiesen, in einem Längsschnitt, wie Integration gelingt. Man hat aus den 14 Städten 17jährige genommen und hat diese 6 Jahre lang in einer Längsschnitt-Studie verfolgt. Und es gelingt immerhin, diese 17jährigen, die quasi aus dem Elternhaus, also seit Kindheit, bei der Sozialhilfe waren, dass es bei diesen in den 6 Jahren gelingt, nachhaltig 76% aus der Sozialhilfe hinauszubringen. Es hat 8%, die in diesen 6 Jahren dauerhaft in der Sozialhilfe verbleiben. Sicher muss man auch die nochmals genauer anschauen: 90% von denen, die dauerhaft in

der Sozialhilfe verbleiben, haben keine Ausbildung. Und ich denke, das ist schon der Schlüssel, wo man ansetzen muss, um nicht rasche, kurze, nicht nachhaltige Lösungen zu haben, sondern um zu schauen, wie man auf eine nachhaltige Lösung gehen kann. Und da ist Ausbildung ein zentraler Schlüssel dazu.

Und wenn man von Prozentzahlen spricht: Natürlich ist es ein hoher Anteil, es ist zu viel, wenn man bei 5-6% ist bei dieser Altersgruppe, die Sozialhilfe bezieht. Auf der anderen Seite muss man auch sagen, und das ist in der Schule ganz ähnlich: Sie können Ziele machen auf 85, auf 90, auf 95%. Aber Sie werden am Schluss auf eine Grössenordnung von 5% stossen, bei denen ganz schwierige, persönliche, gesundheitliche Schicksale dahinterstehen, bei denen es wirklich nicht ganz einfach ist, diese zu integrieren. Das sind Leute, bei denen Probleme mitspielen, bei denen man nicht einfach sagen kann, Du musst morgen um 8 Uhr auf der Matte stehen und im Alterszentrum einem 90jährigen Menschen Pflegeunterstützung geben können. Das sind teilweise vielleicht einfach Hoffnungen und Erwartungen, die Sie haben – die ich auch gerne hätte – die in der Realität bei den letzten 5%, von denen wir jetzt sprechen, so nicht möglich sind.

Es hat verschiedene Anregungen, die ich auch gerne aufnehme und entgegennehme. Wir haben dargelegt, wie wir es machen. Wir müssen uns laufend verbessern, das ist uns klar. Aber das ist eigentlich ziemlich in line mit den Erkenntnissen, die man hat, aus den Forschungen und Studien heraus, die wir mit anderen Städten gemacht haben. Da bleibt man dran. Zentral ist wirklich die Ausbildung. Das ist bei jungen Erwachsenen ganz wichtig, aber auch im späteren Leben, wo es um Nachholbildung geht. Es gibt Studien von älteren Leuten, wo gesamt-haft 50% der Menschen, die in der Sozialhilfe sind, keine Ausbildung gemacht haben. Und der Arbeitsmarkt wird immer anspruchsvoller.

Es gibt Beschäftigungsprogramme, mit denen man zwischendurch Struktur geben kann, selbstverständlich, das ist wichtig. Aber es ist nicht der nachhaltige Weg, um aus der Sozialhilfe herauszuführen – bei denen, wo das möglich ist. Leider gibt es auch einen Teil von Personen, die auf dem Arbeitsmarkt, so wie er heute real existiert, nicht mehr nachgefragt werden. Und diese verbleiben dann lange Zeit in der Sozialhilfe. Das ist vielleicht nicht der ideale Ort für diese Personen – aber leider gibt es keinen anderen.

Ratspräsident D. Oswald: Mir ist kein Antrag auf Zusatzbericht bekannt. Somit ist das Postulat als erledigt abgeschrieben.

9. Traktandum

GGR-Nr. 2018.58: Beantwortung der Interpellation M. Wäckerlin (PP) betr. Kostenfolgen der Bürokratie bei der Kinderbetreuung

Ratspräsident D. Oswald: Das Wort hat Marc Wäckerlin.

M. Wäckerlin (PP): Leider ist die Bürokratie zu einem grossen Teil von der übergeordneten Gesetzgebung so vorgegeben, das ist schon so. Doch auch der verbleibende Spielraum wird nicht genutzt. Das Problem ist nicht, dass man Plätze mehr subventionieren müsste, das Problem sind tatsächlich die Kosten, die durch Vorschriften in die Höhe getrieben werden. Die Antwort des Stadtrats strotzt vor Etatismus und Mangel an Verständnis für Zusammenhänge. Es gehört zur sozialistischen Strategie, die Wünsche der einen den anderen aufzubürden und dabei die Kosten maximal möglich zu verteilen, um die wahren Kosten zu verschleiern. Aber das löst keine Probleme, weder im Gesundheitswesen noch bei der Altersvorsorge und auch nicht bei der Kinderbetreuung.

Diese Bürokratie verhindert einfache Modelle. Wenn jemand seine Kinder zuhause selbst betreut, entfällt glücklicherweise heute noch der ganze bürokratische Wahnsinn. Sobald ein

Kind aber gegen Entgelt täglich von den Nachbarn gehütet wird, schlägt das Bürokratiemonster zu. Es ist völlig unnötig, dass sich der Staat einmischt, sobald ein Kind nicht mehr in der eigenen Familie betreut wird, denn sachlich ändert sich nichts. Es braucht deswegen weder plötzlich ein pädagogisches Konzept oder «lebensmittelrechtliche Anforderungen» oder Brandschutz, die über das hinausgehen, was auch zuhause in der Familie gilt. Es ist völlig unverständlich, warum die Anforderungen steigen sollten, nur weil etwas nicht mehr innerhalb der Familie stattfindet. Ebenso unverständlich ist die Anforderung einer Baubewilligung für Kindertagesstätten. Und Anforderungen führen immer auch zu Mehrkosten. Ein separates WC für das Personal ist genauso wenig gratis wie Schulungsnachweise oder gar Umbauten, oder das Ausweichen in teurere Liegenschaften, weil die günstigen Alternativen den Anforderungen nicht mehr genügen.

All das fehlt in der Auflistung, weshalb Frage 2 eigentlich nicht beantwortet ist. Der Stadtrat hat nicht verstanden, dass die Kosten nicht allein aus den Kontrollkosten bestehen, sondern dass Regulierungen und Bürokratie in der Gesamtsumme ein wesentliche Kostentreiber und Innovationsverhinderer sind.

Selbstverständlich nimmt der Markt entgegen der Ansicht des Stadtrats Rücksicht auf das Kindeswohl, denn Eltern wollen ja nur das Beste für ihre Kinder. Eltern sind durchaus in der Lage, selbst eine geeignete Betreuung auszusuchen, ohne dass der Staat sich einmischen oder Standards festlegen muss. Bezeichnend ist auch hier, dass der wirtschaftsfeindliche links-grüne Stadtrat die Meinung wiedergibt, die Regelungsdichte sei zu tief. Das Gegenteil ist der Fall.

Wir nehmen die Antwort daher negativ zu Kenntnis.

R. Keller (SP): Ich glaube, ich habe einen anderen Bericht gelesen. Die SP dankt dem Stadtrat für den Bericht und die differenzierten Ausführungen und wir nehmen den Bericht zustimmend zur Kenntnis.

Die Antwort widerlegt aus unserer Sicht die Behauptung, die zugegebenermassen hohen Kosten bei der Kinderbetreuung im Vorschulalter in der Schweiz entstünden durch eine Überregulierung oder eine Bürokratisierung. Die Antwort zeigt auf, dass die Kosten der Kinderbetreuung in der Schweiz – und eben auch in Winterthur – nicht höher sind als im Ausland. Das bestätigt der Bericht, den der Bund verfasst hat im Jahr 2015, der zeigt, dass die Kosten im Ländervergleich mit den Nachbarländern Österreich, Deutschland oder Frankreich gar nicht anders sind, dass sich jedoch die Finanzierung stark unterscheidet. In den erwähnten Ländern sind nämlich ca. 75% der Kosten, die aus der Kinderbetreuung kommen, durch den Staat abgedeckt und der Rest wird von den Eltern bezahlt. Und bei uns zahlen die Eltern ungefähr doppelt so viel wie in den Nachbarländern Österreich, Deutschland und Frankreich. Ich glaube, alle hier drinnen sind sich einig, dass kleine Kinder zur sensibelsten Bevölkerungsgruppe überhaupt gehören, die es in unserer Gesellschaft gibt. Sie sind abhängig von Erwachsenen und verdienen eine liebevolle und professionelle Kinderbetreuung. Und ganz zentral in dieser Betreuung ist eben, wer diese Kinder betreut. Überfordertes, ungenügend ausgebildetes Personal oder zu wenig Personal bewirkt, dass die Kinder nicht gut aufgehoben sind in der Kita, in die sie gehen, und dass die Qualität in der Betreuung eben mangelhaft ist. Aus diesem Grund ist es eben wichtig, dass es einen Betreuungsschlüssel gibt und dass es Vorgaben gibt zur Qualifikation vom Personal – und dass die Gemeinden diese Vorgaben auch kontrollieren. Sogar die Betreiber von Kitas selbst finden diese Regulierungen und Vorgaben mehrheitlich sinnvoll.

Der Bericht zeigt auch, dass die Ausgabenstruktur in der Betreuung zu 70% aus Personalkosten bestehen. Und ich sagte vorhin, das Personal ist das Wichtigste in einer Kinderbetreuungseinrichtung. Wesentlich sparen könnte man also nur, indem der Kanton den heute vorgeschriebenen Betreuungsschlüssel senken würde. Z.B. würde dann eine Person statt wie heute 4 Säuglinge dann 6 Säuglinge betreuen oder vielleicht auch 8 Säuglinge betreuen. Ich weiss nicht, wer von Euch schon aufs Mal 8 Säuglinge betreut hat.

Zum Sparen könnte man natürlich auch unausgebildetes Personal anstellen oder man könnte natürlich noch miesere Löhne zahlen. Die Frauen sind sich ja eigentlich schon gewohnt, dass sie keine guten Löhne erhalten. Könnte man ja probieren.

Aus meiner Sicht sind solche Ideen schlicht und einfach menschenverachtend.

Wie der Stadtrat ausführt, handelt es sich bei einem Teil der Vorschriften – das hat auch Marc schon gesagt – im Kinderbetreuungsbereich um Brandschutzvorschriften, Hygiene- und Bauvorschriften. Wie es sie in anderen Branchen, in Läden und in Restaurants auch gibt. Und ich glaube, hier drinnen sind sich auch alle einig: Es möchte niemand damit konfrontiert sein, dass Säuglinge oder Kleinstkinder mit Mahlzeiten von zweifelhaftem hygienischen Zustand versorgt werden oder dass bei einem Brandfall eine Evakuierung von ganz kleinen Kindern (was ohnehin eine grosse Herausforderung ist), durch nicht existierende Brandschutzabschnitte erschwert wird.

Gerade die jüngste Berichterstattung hat ja gezeigt, dass die Rollen dieser Vorgaben ziemlich ungenügend sind und teilweise auch von Anbietern umgangen werden. Die beunruhigenden Berichte über die mangelnde Betreuungsqualität und Sicherheit rund um den grossen Kita-Anbieter sind ein klares Zeichen dafür, dass es eine engmaschige Begleitung der Institutionen braucht und die Mängel in der Betreuungsqualität aufgedeckt werden müssen und auch die Einhaltung der Regeln eingefordert wird.

Es wäre unverantwortlich und fatal, auf Vorgaben bei Personal, Hygiene oder Brandschutz zu verzichten. Damit würden wir nicht nur die Entwicklung und Sicherheit der kleinen Kinder gefährden, sondern auch den Eltern ein Angebot geben, bei dem sie sich nie ganz sicher wären, ob ihre Kinder wirklich gut aufgehoben sind, wenn sie arbeiten gehen. Dass es da diese Regelungen und Vorgaben braucht, finden wir ganz zentral.

Wie gesagt: Wir nehmen diesen Bericht, der diese Sachen sehr differenziert aufzeigt, zustimmend zur Kenntnis.

A. Zuraikat (CVP/EDU): Die CVP/EDU-Fraktion nimmt die Antwort zur Interpellation positiv zur Kenntnis. Bei den Ausführungen seitens des Stadtrats wird besonders deutlich, dass nicht der administrative Aufwand, die baulichen Massnahmen und hygienischen Anforderungen die grossen Kostentreiber bei der Kinderbetreuung sind, sondern der Personalaufwand. Wir sind auch davon überzeugt, dass die Bestimmungen in Bezug auf die Sicherheit und die Hygiene von den Betreuern von Kindern sinnvoll und zweckmässig sind.

Wie der Stadtrat auch ausführt, ist das grosse Problem die Finanzierung der Kinderbetreuung. Die Kosten für die Kinderkrippe sind ähnlich hoch wie in den ausländischen Vergleichsregionen. Allerdings ist die Unterstützung seitens vom Staat viel geringer und die Eltern müssen viel mehr finanziell beitragen, damit sie vom Angebot der Kinderbetreuung profitieren können. Und das ist das wesentliche Problem.

Wie wollen wir eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern, wenn die finanzielle Hürde so hoch ist und es eigentlich unattraktiv ist, wenn beide Elternteile arbeiten? Am 27. September hätte man die Chance gehabt, das zu ändern, nämlich, als es um die Änderung des Bundesgesetzes bei der Berücksichtigung der Kinderbetreuungskosten bei den Steuern ging. Unsere Partei war da die grosse Treiberin, damit es zur Änderung des Gesetzes kommt und mehr Abzüge bei den Kosten vorgenommen werden können. Das hat nicht nur zur Folge, dass es dazu beiträgt, Familien finanziell zu entlasten und wir somit bessere Rahmenbedingungen für die Eltern stellen können, um sich beruflich zu engagieren, sondern es gibt ihnen auch die Möglichkeit, für unsere Wohlfahrt einen Beitrag leisten zu können, von dem wir schlussendlich alle profitieren werden.

Wie eingangs erwähnt, nehmen wir die Antwort des Stadtrats positiv zur Kenntnis und danken dem Stadtrat für seine ausführliche Antwort zur Interpellation.

S. Kocher (GLP): Die GLP bedankt sich beim Stadtrat für die ausführliche Beantwortung der Fragen. Wer Liegenschaften gewerblich genutzt, eine Infrastruktur für Verpflegung betreibt, Angestellte für die Betreuung von Kindern hat, muss alle gesetzlichen Auflagen oder Richtlinien erfüllen. Punkt. Genau das ist die Antwort des Stadtrats.

Und er hat auch sehr gut aufgezeigt, dass das auch richtig so ist. Es gibt auch keinen Unterschied, ob das Ganze als private oder öffentliche Kinderbetreuung betrieben wird. Warum auch?

Bei den Kosten sieht der Stadtrat demzufolge auch kein wirkliches Sparpotenzial durch den Abbau von solchen Regulierungen, da diese in allen Fällen berücksichtigt sind. Was die Antwort des Stadtrats aber auch schön aufzeigt ist die Tatsache, dass in der Schweiz die Gesamtkosten für die Betreuung nicht höher sind als im Ausland – aber der Elternanteil an den Gesamtkosten viel grösser ausfällt. Und genau da haben wir durch die neue Subventionsregelung eine Entlastung erzielt. Um die finanzielle Belastung zu entlasten und gleichzeitig die Situation rund um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern.

Einen kleinen Nebeneffekt hat die Interpellation trotzdem noch: Der Stadtrat hat im Bericht beim Ablauf zur Berechnung des einkommensabhängigen Elternbeitrags eine Vereinfachung gefunden und angekündigt, diese bis 2021 umzusetzen. Sehr schön.

Die GLP nimmt die Antwort des Stadtrats positiv zur Kenntnis.

K. Gander (Grüne/AL): Auch die Fraktion Grüne/AL dankt dem Stadtrat für die vorliegende Interpellationsantwort und nimmt sie zustimmend zur Kenntnis. Stark überreglementiert, freiheitseinschränkend sei die Kinderbetreuung und als Folge entstehe eine typische sozialistische Mangelwirtschaft, Warteliste und Unflexibilität – ungefähr so tönt es. Neben diesen doch etwas merkwürdig anmutenden Formulierungen stimmen ganz einfach die Fakten nicht. In Winterthur gibt es doch schon seit etlicher Zeit keine Wartelisten mehr, das einfach als Nebenbemerkung.

Der Stadtrat zeigt in seinen Ausführungen – das haben meine Vorrednerinnen und Vorredner schon gesagt – sachlich und auch ausführlich auf, dass es eben geltende Vorschriften und Regelwerke gibt. Und diese gelten auch in Winterthur, was ja auch absolut richtig ist. Ich als Mutter von drei Töchtern, die alle Kita und Hort besucht haben, war trotz der zugegebenermassen hohen Betreuungskosten immer froh, dass ich die Gewissheit hatte, dass sich ausgebildetes, qualifiziertes und auch anständig entlohntes Personal in einer entsprechenden Umgebung um meine Kinder kümmerte.

Und ja, man müsste den Hebel an einem anderen Ort ansetzen, das haben wir auch schon gehört. Denn in keinem anderen westlichen Land zahlt der Staat so wenig an die Kinderbetreuung wie in der Schweiz. Kinder muss man sich in der Schweiz leisten können, weil die Betreuung doch weitgehend noch als Privatangelegenheit der Eltern angeschaut wird. Die Folgen sind Euch allen klar: Gut ausgebildete Frauen bleiben zuhause. Die finanziellen Folgen diesbezüglich sind auch ausgewiesen - und trotzdem gehen die Veränderungen da im Schnecken tempo vorwärts.

Ch. Maier (FDP): Die FDP-Fraktion ist dort für Vorschriften und Regulierungen, wo diese nicht Selbstzweck sind, sondern das Leben und die Wirtschaft für alle Akteure verbessern und erleichtern. Uns scheint es gerade bei der Kinderbetreuung sehr sinnvoll, zu prüfen, wie und wo die Regulierungsdichte zum Wohl von allen reduziert werden könnte.

Die Aussage, im umliegenden Ausland seien die Kosten ähnlich hoch wie bei uns – das reicht uns als Grund nicht, die Höhe der Kosten zu hinterfragen. Einfach, wie es die Antwort des Stadtrats suggeriert, die Subventionierung zu erhöhen, ist für uns zu simpel. Wir wünschen uns für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt, dass wir uns regelmässig fragen, wo wir mit gleich viel mehr erreichen können.

F. Kramer (EVP): Die Interpellation geht aus unserer Sicht in die falsche Richtung. Wie die Interpellationsantwort aufzeigt, bestehen 70% der Kosten für einen Krippenplatz aus den Personalkosten. Dass das stimmt, erscheint uns logisch. Bei der Betreuung von Kleinkindern braucht es v.a. eines: Zur Verfügung stehende, verlässliche Bezugspersonen. Es ist deshalb im Sinne des Kindeswohls an der Qualität bei der Betreuung zu arbeiten. Wir brauchen Personen, die zu den Kindern eine sichere Bindung aufbauen können. Und diese Qualität bei der Betreuung muss aus unserer Sicht auch das Ziel sein von politischen Bemühungen.

Stadtrat J. Altwegg: Besten Dank für die mehrheitlich positive Kenntnisnahme unserer Antworten. Sei es sozialistisch, etatistisch, oder kapitalistisch... Ich glaube, es geht da um zu viel, als dass man solche Worthülsen umherposaunen sollte.

Die Brandschutz- und Bauvorschriften wurden moniert. Einerseits wurde schon mehrfach festgestellt von den Rednerinnen und Rednern, dass diese kantonal sind. Das ist mal das eine. Aber die haben auch einen Sinn. Dank diesen passieren deutlich weniger Unfälle, es brennt viel weniger, oder wenn es dann brennt, haben wir viel weniger Verletzte und Tote. Das macht viel Sinn, das ist bei den Wohnungen, aber auch bei Gewerbeliegenschaften eine sehr wichtige Sache.

Die Eltern wollen nur das Beste für ihre Kinder – das würde ich so auch unterschreiben. Dass der freie Markt das allerdings auch möchte, das ist dann ein bisschen eine andere Frage. Denn dann müsste man sich ja eben gute Kinderbetreuung leisten können. Und viele Doppelverdiener-Eltern haben vielleicht je nachdem nicht ganz so viel Geld, je nach ausgeübtem Beruf, um sich eine gute Betreuung zu leisten. Vielleicht müssen sie ein kostengünstiges oder «billiges» Angebot in Anspruch nehmen, das dann diese Qualitätsanforderungen nicht hat und bei weitem nicht das Beste ist für die eigenen Kinder.

Das die Regelungen zu tief sind, das sagt nicht der Stadtrat, sondern das sind die Fachleute, die das sagen, dass man eigentlich noch mehr regeln müsste. Aber das ist auch eine Intervention, ich glaube, im Moment lassen wir es, wie es ist.

Es wurde auch festgestellt: Die Löhne beim Personal für Betreuung sind tief. Dort können wir wohl nicht wirklich tiefer gehen, das wäre dann schon fast Richtung Sklaverei.

Ich glaube, wir haben alle ein gemeinsames Ziel: Qualitativ gute Kinderbetreuung, externe Kinderbetreuung, für diejenigen, die darauf angewiesen sind. Und das sind eben typischerweise die Familien, die Beruf und Familie unter einen Hut bringen müssen – zu zweit oder auch alleine. Das muss man wirklich ermöglichen.

Ratspräsident D. Oswald: Besten Dank. Damit ist dieses Geschäft erledigt und die Interpellation abgeschrieben.

10. Traktandum

GGR-Nr. 2018.68: Beantwortung der Interpellation A. Geering (CVP/EDU), R. Dürr (Grüne/AL), G. Stritt (SP), L. Banholzer (EVP) und S. Kocher (GLP) betr. Ernährungsrichtlinien für die schulergänzende Betreuung

Ratspräsident D. Oswald: Das Wort hat der Erstinterpellant Andreas Geering.

A. Geering (CVP/EDU): Bevor ich auf das Geschäft eingehe, möchte ich noch kurz den Landboten rehabilitieren. Ich habe eingänglich gesagt im Rahmen der Berichterstattung zum Kistenpass, der Fehler betreffend dem Fraktionsnamen sei nicht korrigiert worden. Das war falsch. Ich wurde darauf hingewiesen, dass am 28. September ein Korrigendum in der Zeitung war, wo wir korrekt als CVP/EDU-Fraktion genannt wurden.

Ich spreche jetzt zur Interpellationsantwort betreffend Ernährungsrichtlinien: Die Antwort ist im April 2019 erfolgt. Wir warteten jetzt 1,5 Jahre auf die Behandlung und ich bin froh, dass die Kinder in dieser Zeit trotzdem zu essen erhielten.

Die CVP/EDU-Fraktion bedankt sich beim Stadtrat und der Zentralschulpflege für die Beantwortung der Interpellation. Spannend zu lesen ist die Einleitung, welche auch einen Einblick in die Abläufe der Betreuungen gewährt. Dennoch stellt uns die Beantwortung der Fragen nicht ganz zufrieden.

Die Beantwortung der Fragen zu Bio, Ökologie, Tierwohl, Regionalität, Saisonalität, fairem Import und Qualitätskontrolle (Fragen zwei, drei, fünf, sechs und acht) sind inhaltlich zwar zufriedenstellend. Aber sie beziehen sich nur auf die Ausschreibung. Die Kriterien sind weder öffentlich noch verbindlich für den Selbstkauf der Betreuungen, der in gewissen Sparten nach wie vor geschieht.

In der Antwort zu ersten Frage ist das Problem aufgezeigt. Der Stadtrat regelt die Qualitätskriterien in den Submissionskriterien (das ist ja inzwischen erfolgt und abgeschlossen) und der Stadtrat will keine zusätzlichen Richtlinien. Somit sind die Qualitätskriterien zwar für den grossen Caterer verbindlich. Die Kriterien sind aber wie gesagt nicht öffentlich einsehbar. Dies ist ein klarer Mangel. Die Eltern hätten das Recht, diese Kriterien auch zu kennen. Weiter sind die Kriterien auch für den Selbsteinkauf der Betreuungen nicht verbindlich. Mehr noch, wir wissen nicht einmal, ob die Qualitätskriterien den Betreuungen bekannt sind. Diese kaufen aber für Frühstück, Zvieri und Salat für die Mittagessen selbst ein. Weiter stellt sich die Frage, ob auch für Brühgutstiftung und profil. diese Richtlinien kennen. Denn auch diese kochen für die Betreuung. Auch aus dieser Sicht ist der Ansatz von Stadtrat und Zentralschulpflege ungenügend, diese Kriterien nur in der Submission zu regeln und nicht in einer allgemein gültigen Regelung.

Die Beantwortung zur Frage nach den Backwaren bringt das Problem der fehlenden Richtlinien exemplarisch auf den Punkt. Wenn Lebensmittel nicht vom Caterer kommen, die Backwaren, ist den Betreuungen freigestellt, was sie einkaufen. Ähnlich wird es sich mit Brühgutstiftung und profil. verhalten. Auch diese werden frei sein, was sie einkaufen, und nicht an eine Richtlinie gebunden sein, die sie nicht kennen – und ich auch nicht. Deshalb wäre eine Richtlinie sinnvoll.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Kriterien, wie sie in der Submission angewendet werden, aus unserer Sicht gut sind. Gleichzeitig bemängeln wir die fehlenden Kriterien bezüglich Backwaren und da insbesondere auch der Teigführung der Backwaren. Und wir sind der Meinung, dass öffentlich einsehbaren Richtlinien erstellt werden müssten. Diese müssten auch für den Selbsteinkauf und für andere Lieferanten wie profil. verbindlich sein. Einen abschliessenden Kommentar der erfolgten Vergabe an einen Lieferanten aus Zürich muss sich der Stadtrat nun doch noch gefallen lassen. Mit der täglichen Anlieferung von Zürich ist dem Geist der Forderung nach regionalen Lebensmitteln unserer Ansicht nach nicht genüge getan.

Wir nehmen die Interpellationsantwort in diesem Sinn mit zwiespältigen Einschätzungen zur Kenntnis.

K. Frei (Grüne/AL): Die Grünen/AL nehmen den Kommentar zur Interpellationsantwort vom Stadtrat zustimmend entgegen. Wir danken für die ausführliche Beantwortung der Fragen in Form der gemeinsamen Interpellationsantwort und nehmen erfreut zur Kenntnis, dass die Weisung die ausserordentlich hohe Bedeutung einer ausgewogenen und nachhaltig produzierten Ernährung der betreuten Kindergartenkinder und Primarschülerinnen und -schüler bestätigt. Nicht nur die Bedeutung vom gesunden Essen im engen Sinn, nein, auch den sozialen und pädagogischen Komponenten, die Mittagstisch, Znüni und Zvieri in den Betreuungseinrichtungen leisten, wird grosse Wichtigkeit beigemessen.

Aus den 8 Interpellationsantworten finden wir die folgenden 5 besonders wichtig:

- Die Submissionsunterlagen für die erfolgte Neuausschreibung vom neuen Mahlzeitenversorger enthalten detaillierte Eignungs- und Zuschlagskriterien. Neben dem Preis sind auch die Qualität der angebotenen Mahlzeiten, die Ökologie und die Nachhaltigkeit, die Serviceleistungen und die Kommunikation bewertet worden.
- Die Richtlinie Beschaffungswesen Soziale Nachhaltigkeit vom Stadtratsbeschluss 2016 wurde berücksichtigt. Im Einzelnen ging es dabei z.B. auf den Verzicht auf Konservierungs- und künstliche Süssmittel und um die saisonale Anpassung des Menüplans.
- Die Betreuungseinrichtungen (also die Horte) haben, wie wir auch schon gehört haben, einen gewissen Spielraum beim Einkauf der Nahrungsmittel. Um diesen Spielraum abzudecken, arbeiten sie aber zusammen mit dem Umwelt- und Gesundheitsschutz an einem Projekt mit Massnahmenplänen zur nachhaltigen Ernährung. Zwei Punkte aus diesem Projekt heben wir hervor: Verringerung von Food waste durch das Verwenden von Essensresten und die Vermeidung von Verpackungsabfällen.
- Der Anteil an Schweizer Bioqualität muss in einem Nachweis aufgezeigt werden. Flugzeugtransporte werden nicht toleriert. Fleisch und Geflügel muss aus der Schweiz kommen.
- Die Anbieter mussten bei der Eingabe die Anzahl der Lernenden ausweisen.

Die Einhaltung der Qualitätskriterien wird durch die Menükommission, in der u.a. die zuständige Abteilungsleiterin und die Ernährungsberaterin Einsitz haben, regelmässig überprüft. Aus allen diesen Gründen erachten wir die Interpellation als abgeschlossen. Natürlich: Wir als Grüne haben auch nicht wahnsinnig grosse Freude bei dem Gedanken, dass das alles jeden Tag von Zürich angeliefert wird. Aber vielleicht ist das ein Wermutstropfen, den wir trotzdem gerne verschmerzen.

M. Sorgo (SP): Ich vertrete Gabi Stritt, die heute nicht anwesend ist und das miteingereicht hat. Ich werde deshalb auch ihr Votum jetzt verlesen.

Die SP dankt dem Stadtrat und der Zentralschulpflege für den Bericht und die Ausführungen. Wie der Stadtrat äussert, sind die physische und psychische Gesundheit sowie die Qualität des Essens wichtige Themen bei der schulergänzenden Betreuung. Es wird auch anschaulich beschrieben, wie die Verpflegung der Kinder abläuft.

Zudem besteht in Winterthur eine Richtlinie Beschaffungswesen Soziale Nachhaltigkeit, die gleichzeitig auch die Submissionskriterien enthält. Das Dokument fokussiert auf den Bereich Ernährung, beschreibt die Herkunft und die Qualität der Lebensmittel, die Zusammensetzung der Menüs sowie die Liefer- und Hygieneanforderungen. Im Hinblick auf bevorstehende werden die Kriterien jeweils aktualisiert und angepasst.

Es ist zu begrüßen, dass die Betreuungseinrichtungen eigene Massnahmenpläne erarbeiten mit dem Ziel, die Nachhaltigkeit zu fördern. Und dass das Thema Eingang findet an Elternabenden, bei der Schulung der Mitarbeitenden und auch als Führungsinstrument eine Bedeutung hat.

Es stellt sich die Frage, ob diese Dokumente öffentlich zugänglich sind und z.B. auch bei den Betreuungseinrichtungen im Vorschulalter als Basis verwendet werden können bzw. Eingang finden in die Leistungsvereinbarungen. Zudem sollte auch gewährleistet sein, dass die Vorgaben auch dann eingehalten sind, wenn die Lebensmittel selbst beschafft werden.

Die Qualitätsrichtlinien der Stadt Bern geben dem Essen der Kinder in allen Betreuungseinrichtungen einen grossen Stellenwert und stellen das in einen grösseren Zusammenhang. Es geht dabei um eine Haltung, um ein klares Bekenntnis, welchen Wert die Ernährung hat, neben der Qualität der Nahrungsmittel auch bei den sozialen Faktoren und aus pädagogischer Sicht. Auch sind diese spezifischen Richtlinien in einem ständigen Prozess, werden regelmässig diskutiert, dienen der Schulung des Personals und sind öffentlich zugänglich. Die Ernährungsrichtlinien der Stadt Bern sind übrigens beim Greenpeace-Check im Jahr 2018 als «vorbildlich» eingestuft worden.

Winterthur hat in der Analyse «Nachhaltigkeit – das Essen nicht vergessen», die bei den 10 grössten Städten der Schweiz durchgeführt wurde, nur das Prädikat «bescheiden» erhalten. Es gibt also Verbesserungspotenzial. Auch wenn die Abteilung Schulergänzende Betreuung bereits über eine Menükommission verfügt und die erarbeitete Richtlinie und Dokumente ein klarer Hinweis sind, dass das Thema Ernährung auch bei der schulergänzenden Betreuung in Winterthur einen wichtigen Stellenwert hat, wäre es doch zu begrüßen, dass die Berner Richtlinien konsultiert und geprüft wird, ob eine Umsetzung von diesen auch in Winterthur eine Möglichkeit wäre. So würde Winterthur beim nächsten Greenpeace-Check vielleicht auch eine höhere Einstufung erhalten.

Die SP dankt dem Stadtrat und der Zentralschulpflege für den Bericht und nimmt ihn zustimmend zur Kenntnis.

D. Roth-Nater (EVP): Die Interpellation ist vor 2 Jahren eingereicht worden und wir können erfreut feststellen, dass im Zusammenhang mit dem Submissionsverfahren eine Anbieterin gefunden wurde, die den Anforderungen entsprach. Besten Dank deshalb allen involvierten Stellen und Personen, die bei der Beantwortung dieser Interpellation mitgearbeitet haben. Mit Menu and more wurde eine Lieferantin gefunden, die sich auch sehr bewusst mit dem CO₂-Abdruck ihrer Menüs und der Auslieferungen auseinandersetzt

Und es hat mich gefreut, den Unterlagen zu entnehmen, dass die Menüzusammenstellung bereits 33% vegetarische Möglichkeiten vorschlägt. Auch Rohkost ist vielseitig im Angebot. Natürlich gibt es auch Horte und Mittagstische, die selbst einkaufen, und nach wie vor weiss

ich auch von zweien, die ganz bestimmt selbst kochen. Auch dort sollte natürlich ein Auge darauf geworfen werden, wie das stattfindet.

Herzlichen Dank all denen, die sich intensivst mit dem Speiseplan unserer Kinder auseinandergesetzt haben und die Submissionsverfahren geführt und begleitet haben.

S. Kocher (GLP): Als Erstes möchte ich festhalten, dass die ersten Feedbacks, die ich zum neuen Mahlzeitenlieferanten erhalten habe, durchaus positiv sind und man bereits eine Verbesserung zum alten Lieferanten feststellt. Ich zitiere: «Es ist jetzt endlich nicht nur warm, wenn es warm sein sollte, sondern auch knusprig, wenn es knusprig sein sollte.» Zusammenfassend verstehe ich die Antwort des Stadtrats so, dass er klar der Meinung ist, dass die heutige Praxis durchwegs genügend ist. Das unterstreicht der Stadtrat durch sein Statement. Er ist der Ansicht, dass neben den detaillierten Submissionskriterien keine zusätzlichen Ernährungsrichtlinien nötig sind. Dem können wir dahingehend zustimmen, als dass der neue Submissionsvertrag bereits 2019 abgeschlossen und für die nächsten 5 Jahre vergeben wurde, und Änderungen somit auch keine Wirkung zeigen. Wir können aber nicht zustimmen, dass es keine zusätzlichen Kriterien für die erneute Vergabe geben soll. In den beschriebenen Kriterien gibt es wenig bis keine verbindlichen Vorgaben zur CO₂-Ökologie. Da die CO₂-Bilanz gerade bei Lebensmitteln und Lebensmitteltransporte wegen der Herstellung und Herkunft oft schlecht bis sehr schlecht ist, können wir darauf hinwirken, dass bei einer Neuvergabe auch die ökologischen Fussabdrücke vom Essen und der Lieferung zu berücksichtigen sind. Dieses Kriterium kann evtl. in die allgemeinen Ausschreibungskriterien aufgenommen werden. Die GLP dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation. Wir nehmen den Bericht zustimmend zur Kenntnis.

Th. Wolf (SVP): Ich kann mich im Sinne der Effizienz kurz halten. Das Geschäft ist schon seit über einem Jahr umgesetzt und der Vertrag läuft noch 4 Jahre weiter. Die Interpellanten haben Rücksicht genommen auf alle möglichen Ernährungswünsche und -formen, haben sich um den gesunden Anbau von Lebensmitteln gekümmert und geschaut, dass der Brotteig eine lange Ruhezeit hat. Nebenbei: Alles auch zusätzliche Kostentreiber für den Steuerzahler. Was man ausser Acht gelassen hat, sind aber Arbeitsplätze in Winterthur. Das Essen wird jetzt in Zürich gekocht, abgekühlt, nach Winterthur gefahren, verteilt, am Standort wieder aufgewärmt. Dazu musste man technische Geräte beschaffen und teilweise sogar noch die Stromzufuhr anpassen. Leider sind durch den Wechsel des Anbieters Arbeitsplätze in der Produktion und in der Logistik, die in Winterthur waren, weggefallen. Also nicht so gut gemacht. Aus diesen Gründen nehmen wir den Bericht kritisch zur Kenntnis.

Ch. Maier (FDP): Die FDP-Fraktion ist davon überzeugt, dass eine gesunde, ausgewogene Ernährung ein wesentlicher Faktor ist für das Wohlbefinden, aber auch für die Konzentrations- und Leistungsfähigkeit unserer Kinder – ja, von uns allen. Die Qualität der Verpflegung in der schulergänzenden Betreuung ist deshalb wichtig. Wir haben den Bericht des Stadtrates mit Interesse zur Kenntnis genommen und sind davon überzeugt, dass die bestehenden Vorgaben und Kontrollen genügen, um unseren Kindern die Verpflegung zu garantieren, die sie benötigen.

Stadtrat J. Altwegg: Auch hier danke ich für die mehrheitlich positive Kenntnisnahme unserer Antworten. Ich kann Sie tatsächlich beruhigen: Die Kinder haben genügend Essen erhalten, ich glaube, auch gutes Essen, auch wenn die Antwort nun schon einige Tage oder Jahre auf dem Buckel hat. Zuerst zur Geschichte mit dem Lieferanten aus Zürich: Ich hätte wirklich sehr gerne einen Lieferanten aus Winterthur gehabt. Aber es ist nun mal einfach so: Im Submissionsrecht, wenn man das ausschreibt, dürfen wir auf keinen Fall reinschreiben, woher der Lieferant kommt. Im schlechtesten Fall wäre er vielleicht sogar aus Süddeutschland gekommen. Das

wäre noch übler – das kann man so sagen – das wäre noch übler gewesen. Von daher: Wir müssen den günstigsten Anbieter nehmen, egal woher er kommt. Eine solche Einschränkung in den Submissionsunterlagen dürfen wir also nicht machen, sonst kann man garantiert sagen, dass es einen Rekurs gibt.

Zur ökologischen Geschichte, mehr Regelungen, die auch den Betreuungen, die selbst beschaffen, dass feinmaschig vorschreiben: Wir haben es gerade vorhin von den Regeln gehabt. Auch ich bin ein Fan von so viel wie nötig, aber so wenig wie möglich. Und ich kann nicht viel sagen: Die Leitungen sind sehr motiviert, gute und auch nachhaltige Produkte für sich zu machen. Zudem arbeiten sie eng mit dem Umwelt- und Gesundheitsamt zusammen und können so auch einen pädagogischen Wert machen: Sie können nämlich mit den Kindern zusammen schauen, woher die Produkte kommen, die sie eingekauft haben. Es ist ihnen wirklich ein grosses Anliegen, das so zu machen.

Selbstverständlich ist es keine perfekte Welt. Es gibt auch Kinder, die das auch das neue Essen nicht mögen. Das ist nun mal so. Aber wenn ich die Feedbacks anschau, die wir bis dato erhalten haben, dann ist das ein Tick besser als das, was wir vorher hatten. Es gibt mehr Kinder, die es lieber mögen als das Essen, das wir vorher hatten. Immerhin das.

Ratspräsident D. Oswald: Besten Dank. Damit ist diese Interpellation erledigt.

11. Traktandum

GGR-Nr. 2018.109: Beantwortung der Interpellation R. Keller (SP), L. Banholzer (EVP), K. Cometta (GLP) und K. Gander (Grüne/AL) betr. «Aufsicht über die Kitas in der Stadt Winterthur»

Ratspräsident D. Oswald: Das Wort hat Regula Keller (SP).

R. Keller (SP): Als Interpellantin und wahrscheinlich auch als Stadtrat wünscht man sich solche Geschäfte: Bei der Beantwortung und der Behandlung im Rat ist eigentlich schon alles geklärt und alles in bester Ordnung und alle Vorstösse sind bereits umgesetzt. Ein Grund dafür ist, dass diese Antwort auch schon ein bisschen länger vorliegt, nämlich auch seit 1,5 Jahren, und man schon ziemlich viel Zeit hatte, um diese Sachen umzusetzen. Der andere Grund ist, dass bei diesem Geschäft die Stadt praktisch gezwungen war zu handeln. So oder so, die SP-Fraktion nimmt die Antwort des Stadtrats zur Interpellation «Aufsicht über die Kitas» dankend zur Kenntnis. Ich habe erfreut gelesen, dass Winterthur die Aufgabe der Bewilligungserteilung, von der Aufsicht und von der Unterstützung, von der Qualitätsentwicklung als zusammenhängende und ineinander verwobene Aufgabe anschaut und bereit ist, die Verantwortung für das Gesamtpaket der Kita-Aufsicht zu übernehmen.

Auch die Ansiedlung der Stelle erscheint mir gut gewählt und sinnvoll, um Synergien innerhalb des Departements zu nutzen. Die Themen Bewilligung, Kontrolle und Unterstützung - wie wir ja vorhin schon gesehen haben, ein ziemlich wichtiges Thema - auch als gesamtheitliches Paket anzuschauen.

Beim Lesen der Antworten ist mir noch eine Frage geblieben, auf die ich keine Antwort bekommen habe: Ob es auch möglich wäre, dass die Stadt Winterthur als Mandat für umliegende Gemeinden diese Aufsichtstätigkeit übernehmen könnte. In der Antwort steht, dass das noch in Abklärung sei. Angesichts dessen, dass die Antwort schon 1,5 Jahre her ist, könnte es ja sein, dass diese Abklärungen schon gemacht wurden und da bereits eine Antwort gefunden wurde. Falls diese Antwort da ist, würde mich das interessieren. Und sonst nochmals herzlichen Dank für die Antwort zu dieser Interpellation.

M. Bänninger (EVP): Ich kann es kurz machen, Regula hat es bereits erwähnt: Die Zeit hat einiges geregelt und wir nehmen die Interpellationsantwort positiv zur Kenntnis.

S. Kocher (GLP): Der Stadtrat stellt in seinem Bericht sachlich und nachvollziehbar fest, wie und warum er die Kontrolle für die Kitas seit dem 1. Januar 2020 neu über eine Stelle im DSS organisiert. Ob es aber diesbezüglich immer eine weitere Stelle wirklich braucht oder ob man das durch eine Kooperation zwischen Departementen und Synergienutzung auch anders lösen könnte, sollte man sich vielleicht trotzdem einmal überlegen. Dass es immer mehr Personal braucht, damit die Departemente miteinander sprechen und sich koordinieren, ist sicher eine – aber nicht immer die einzige – Lösung. Aber grundsätzlich ist es absolut der richtige Ansatz, dass die Aufsicht über unsere Kitas wieder innerhalb der Stadt geregelt ist. So kann nicht nur die Kontrolle der Qualität, sondern im Besonderen auch die notwendige Unterstützung der Kitas durch die Stadt schnell und effizient sichergestellt werden. Wir danken dem Stadtrat und nehmen die Beantwortung der Interpellation positiv zur Kenntnis.

K. Gander (Grüne/AL): Auch die Fraktion Grüne/AL dank dem Stadtrat für die vorliegende Interpellationsantwort und nimmt sie dankend zur Kenntnis. Wir haben es gehört: Seit der Einreichung ist ziemlich viel Zeit vergangen. Inzwischen ist diese Stelle geschaffen worden, die zweigleisig unterwegs ist und sicher im Bereich Familie und Betreuung am richtigen Ort angesiedelt ist. Dank der neuen Nähe können selbsterklärend Synergien viel besser genutzt werden, was wir begrüßen.

Ein bisschen gestutzt habe ich bei den vielen Aufgaben, die diese Person bewältigen soll. Sie soll kontrollieren, pädagogische Hilfestellung leisten, unterstützen, sich optimal vernetzen und auch noch bei spezifischen Rechtsfragen fit sein. Das tönt alles ziemlich anspruchsvoll. Und ich würde da gerne den Gedanken von Regula aufnehmen, dass die Ausweitung dieses Angebots auch noch auf andere Gemeinden helfen könnte, vielleicht zu mehr Ressourcen zu kommen. So könnten alle Beteiligten optimaler profitieren. Da hätte ich auch gerne ein Update dazu.

M. Wäckerlin (SVP/PP): Auch hier haben wir wieder ein Beispiel für einen Kostentreiber in der Kinderbetreuung. Die Absicht der Interpellanten würde gerade wieder zu mehr Überregulierung und Kosten führen. Wenn man es schon zwingend machen muss, dann ist es in Ordnung, das in der Stadt zu machen.

Aber offenbar hat der Stadtrat die im Budget 2020 für 140'000 Franken bereitgestellte Stelle eben nicht nur für die vom Kanton abgeschobenen Aufgaben verwendet, sondern auch noch für eine kostenlose Beratungsstelle missbraucht. Und das ist nicht Aufgabe der Stadt.

Und aus diesem Grund nehmen wir diese Antwort negativ zu Kenntnis.

Ch. Maier (FDP): Wir nehmen den Bericht dankend zur Kenntnis. Uns ist darin v.a. ein Satz positiv aufgefallen, ich zitiere: «Eine Fachperson, welche Aufsicht nicht primär als Kontrolle, sondern als Unterstützung und Förderung versteht, kann gerade auch im Sinn der Frühen Förderung vieles bewirken.» Aufsicht nicht primär als Kontrolle, sondern als Unterstützung - wir freuen uns, wenn der Stadtrat diese Haltung in allen Bereichen fördert.

Stadtrat J. Altwegg: Es ist tatsächlich so: Die Stelleninhaberin ist seit dem 1.1.2020 im Amt und macht den Job. Wir danken für das positive Feedback von Regula Keller, es ist eine gute Sache.

Es ist tatsächlich so, Mandate von aussenstehenden Gemeinden bzw. der Kitas von anderen Gemeinden könnten übernommen werden. Meines Wissens haben wir Stand jetzt noch keine Verträge. Es wäre Gegenstand von einem Vertrag, den man mit den Kitas abschliessen würde. Das Angebot steht grundsätzlich.

Vielleicht noch dazu, ob wir das nicht hätten anders abdecken können: Es hat da vielleicht noch 5% übrig und dort vielleicht noch 1%... Es ist ein sehr spezialisierter Job, der da gemacht werden muss, und die Kosten werden ja den Kitas verrechnet. Die Menge an Arbeit, das haben wir auch gehört, ist sehr gross – das kann man nicht einfach nebenher ein bisschen machen.

Zum Kostentreiber, Marc Wäckerlin: Vorher war das beim AJB, die haben das für uns gemacht. Ich weiss nicht, wie viel Mal mehr es gekostet hat, aber es hat definitiv viel mehr gekostet als das, was wir jetzt haben.

Und die Beratung haben wir nicht einfach reingewurstelt, auch das gehört schon länger zum Auftrag dieser Stelle. In dem Sinne macht Winterthur einfach das, was vorher der Kanton für uns gemacht hat. Aber unter dem Strich wahrscheinlich doch ein bisschen günstiger, was dann den Kitas doch gelegen kommt.

Von daher verstehen wir uns als Dienstleister – nicht nur hier, sondern ganz grundsätzlich, bei allen Diensten, die wir anbieten.

Ratspräsident D. Oswald: Besten Dank. Damit ist das Geschäft erledigt und abgeschrieben.

12. Traktandum

GGR-Nr. 2017.101: Antrag und Bericht zum Postulat Ch. Magnusson (FDP), F. Künzler (SP), S. Gyax (GLP), R. Diener (Grüne/AL) und B. Huizinga (EVP) betr. sicheres Nebeneinander im Sulzerareal

Ratspräsident D. Oswald: Das Wort hat die FDP – Romana Heuberger.

R. Heuberger (FDP): Wer kennt es nicht: Tiefliegende Velos, querende Fussgänger, einbiegende Autos, Trottinets und Kinderwagen. Und wenn alles zusammentrifft, sind wir an der Strasse «Zur Kesselschmiede» vor zwei Jahren, als das Postulat eingereicht wurde.

Für uns ist erfreulich, wie schnell, unbürokratisch und günstig dort die Situation bereits vor zwei Jahren, nach der Einreichung des Postulats, verbessert werden konnte. Mit einfachen Markierungen und einer Begegnungszone zwischen Halle 53 – Wylandbrücke. Wir sind der Meinung, dass wir dort jetzt eine gute Lösung haben, die Kreuzung ist deutlich sicherer geworden. Aus unserer Sicht braucht es die in der Postulatsantwort erwähnte Studie 2019 (die übrigens noch nicht vorliegt) im Moment nicht. Man sollte mit jeder weiteren Studie und Grossplanung bzw. jeder Anordnung von weiteren Verkehrs- und Geschwindigkeitsreduktionen, Sanierungsmassnahmen sowie der Umsetzung von baulichen Massnahmen mindestens so lange warten, bis ein Grossteil des Umbaus auf diesem Werkareal realisiert ist, keine – oder deutlich weniger – Lastwagen mehr zirkulieren müssen und sich die neuen Fuss- und Fahrwege eingeschliffen haben.

Denn der Stadtrat hat gerade mit der Umsetzung dieser Massnahmen von diesem Postulat bewiesen, dass er rasch und unkompliziert handeln kann, wenn es nötig ist. Also muss da in der Infrastruktur, die ja ohnehin schon gebaut ist, nicht auf Vorrat Aktivismus betrieben werden. Aus unserer Sicht können die Planungsressourcen gerne für die Planung der Veloquerung im Link eingesetzt werden.

Wir danken dem Stadtrat für die Antwort und nehmen sie zustimmend zur Kenntnis.

F. Künzler (SP): Erlauben Sie mir zuerst eine Anekdote zum Postulat «Sicheres Nebeneinander im Sulzerareal». Kolleginnen und Kollegen, die schon etwas länger unter uns sind, erinnern sich noch an unser ehemaliges Ratsmitglied Christoph Magnusson von den Freisinnigen. Er war nämlich damals wie ich Stimmzähler, und bemerkenswert ist, dass wir dieses Postulat am Stimmzählertisch quasi “erflüstert” haben. Das mit dem Flüstern geht jetzt ja Covid-bedingt nicht mehr, ich kann Euch allen aber versichern, dass das Amt als Stimmzählerin oder Stimmzähler jenes Amt in unserem Parlament ist, das am meisten unterschätzt wird. Wenn Du also einmal die Chance hast, Stimmzählerin oder Stimmzähler zu werden, dann empfehle ich Dir, diese Chance zu packen.

Jetzt zum eigentlichen Postulat: Verkehrssicherheit ist sehr wichtig, da sind wir uns von links bis rechts einig. Das Verkehrsregime, das vom Postulat in der Kesselschmitte und im Sulzerareal gefordert wird, wurde bekanntlich kurz nach Amtsantritt von der Baustadträtin Christa Meier im Sommer 2018 umgesetzt. Das Postulat selber ist ja eigentlich schon drei Jahre alt, wurde dann aber eben kurz nach der Einreichung umgesetzt - zumindest mal provisorisch, soweit es die Situation der benachbarten Baufelder der Lokstadt zugelassen hat. Für dieses Ruck-Zuck-Engagement möchte ich mich herzlich bedanken, und das nicht nur als Parlamentarier, sondern auch als "Anwohner". Ich wohne zwar nicht da, aber das Init7-Büro (also meine Firma) befindet sich unmittelbar daneben im Bürogebäude der Drehscheibe, wo bekanntlich auch der Landbote seine Büros hat, oder auch das Startup Scewo, das sind die findigen Köpfe, die die treppensteigenden Rollstühle erfunden haben.

Aus heutiger Sicht ist es deshalb unvorstellbar, dass bis vor wenigen Jahren, also 2017, als das Postulat eingereicht worden ist, auf der schmalen Kesselschmitte noch Tempo 50 fahren durfte.

Vor etwa zwei Jahren – ich weiss nicht mehr, ob vor oder nach der Signalisierung von Tempo 20 und 30 in der Spange Kesselschmitte – gab es dort einen sehr schweren Verkehrsunfall. Ein damals 12jähriger Schüler der International School - ebenfalls in der Drehscheibe - ist nämlich mit seinem Trottinett unter einen Lastwagen geraten. Dieser Unfall hat die Dringlichkeit des Postulat-Anliegens erst recht gezeigt, dass Tempo 50 dort einfach jenseits ist. Und wenn das der Agil-Mobil-Präsident Christoph Magnusson auch so sieht, dann muss man das als breit abgestützten Konsens werten. Zur Erinnerung: Agil-Mobil ist ja - salopp gesagt - die Interessenslobby der Bleifüsse.

Ich kann heute, zwei Jahre später, Gottseidank, gute Neuigkeiten berichten. Ich habe bei der International School nachgefragt, wie es dem verunfallten Schüler heute geht, und seine Mutter hat mich um Kontaktaufnahme gebeten. Der Schüler ist heute 14jährig und hat zum grossen Glück keine bleibenden Schäden vom Unfall, dank Rehabilitation und gutem Heilungsverlauf. Sein total zertrümmerter Ellbogen ist wieder vollständig hergestellt, er hat einzig noch eine gut sichtbare Narbe, die an eine grosse Brandverletzung erinnert. Seine Mutter hat mir auch gesagt, dass er die psychische Belastung gut überwunden hat, es sei ein grosses Wunder.

Umso mehr ärgert es dann, dass trotz ausgeschildertem Tempo 20 an dieser Stelle nach wie vor häufig gerast wird. Dort, wo Velos und Autos, Angestellte der Stadtverwaltung, Baustellenverkehr von der Lokstadt, Kinder vom Skillspark, Latte-Macchiato-Schlürferinnen im Portier, verpeilte Studierende der ZHAW mit Noise-Cancellation-Kopfhörer und das Partyvolk vom Kraftfeld sich den engen Raum teilen müssen. Nicht zu vergessen natürlich das Stromauto von Init7 – das ist nämlich besonders im Konflikt mit den Kopfhörern, selbst dann, wenn es nur 20 fährt.

Ich würde darum beliebt machen (und das ginge jetzt eigentlich an unsere schon fast Stadträtin Katrin Cometta), dass die Stadtpolizei dort mal einen grossen Radarkasten beim Portier aufstellt und wenigstens die mit mehr als Tempo 20 rausfischt.

Die SP dankt dem Stadtrat für die Postulatsantwort und insbesondere eben auch für die rasche provisorische Umsetzung der Forderungen. Wir freuen uns auf die definitiven Pläne, vielleicht kann uns Christa Meier diese ja bereits heute Abend etwas anteaern.

A. Gütermann (GLP): Die Grünliberalen nehmen den Bericht zum Postulat «Sicheres Nebeneinander im Sulzerareal» positiv und zustimmend zur Kenntnis. Insbesondere möchten wir dem Stadtrat ein Kränzchen winden, wie rasch er das Problem erkannt und ein Provisorium zur Verbesserung der Situation rund um die Kesselschmiede installiert hat.

Ich fahre fast täglich mit dem Velo dort durch und beurteile die Situation vor Ort jetzt als einigermassen okay. Regieren heisst auch reagieren – und genau das ist hier passiert. Und es funktioniert – bravo! Allerdings ist es damit noch nicht erledigt, wie auch der Stadtrat selbst moniert. Er verweist dazu auf die Studie «Verkehrskonzept Sulzerareal», denn es gibt noch weitere neuralgische Knoten rund um die Kesselschmiede. Die Studie ist auf 2019, also noch vor Corona, angekündigt worden. Inzwischen ist 2020 schon fast vorbei. Wir möchten diese Studie aber mit Nachdruck und zeitnah einfordern.

Inzwischen haben sich auch die alten Sulzergleise auf der Kesselschmiede-Achse als Unfallproblem herausgestellt, was auch vom Stadtrat erkannt worden ist. Da wäre natürlich ein Provisorium ebenfalls unmittelbar nötig gewesen, um Unfälle zu verhindern. Leider ist das aber aus unerfindlichen Gründen nicht erfolgt. Es gibt rutschhemmende Zwei-Komponenten-Farben, mit denen man diese Schienen Ton-in-Ton provisorisch hätte anstreichen können. Grundsätzlich muss man sich allerdings fragen, was solche Gleise auf einer so viel befahrenen Veloroute verloren haben. Unmittelbar anschliessend hat es auf dem Lagerplatz genügend solche Gleise für Nostalgiker.

R. Diener (Grüne/AL): Auch die Grüne/AL dankt dem Stadtrat für die Antwort und den Antrag, den wir unterstützen, auf Abschreibung. Wir nehmen ihn zustimmend zur Kenntnis. Wir danken ebenfalls explizit für das Umsetzen der provisorischen Massnahmen, die mit Sicherheit sehr viel bewirkt haben und die jetzt die Situation massiv entschärft haben. Es geht ja eben um die Massnahmen beim Portier, wie wir schon mehrmals gehört haben. Weitestgehend bewähren sie sich auch. Es ist dort noch die sicherheitstechnische Situation mit den Gleisen, die man allenfalls noch ein bisschen genauer anschauen muss, was man da machen kann.

Das definitive Konzept, und da komme ich auf das, was vielleicht noch nicht ganz perfekt ist: Die Massnahmen genügen nämlich für diesen Abschnitt nicht wirklich in der abschliessenden Betrachtung. Das definitive Konzept ist ja bereits angesprochen worden, das Verkehrskonzept Sulzerareal, das noch ausstehend ist. Das muss unbedingt für alle drei Knoten auf dem Abschnitt Jägerstrasse eine Lösung haben. Wir haben jetzt für den mittleren eine, für den Portier, wir brauchen aber insbesondere – weil der Abschnitt nämlich Teil der Veloschnellroute ist von Töss in die Stadt hinein - brauchen wir weitere Massnahmen zur Verbesserung der Sicherheit für die schwächeren Verkehrsteilnehmer. Diese beiden Knoten, die praktisch die Spange ausmachen, die den Verkehr (den MIV) wieder auf die Zürcherstrasse bringen oder von der Zürcherstrasse nach hinten bringen, diese beiden Knoten müssen auch verbessert werden. Dort müssen v.a. für die Velos Verbesserungen eingeführt werden. Unseres Erachtens müssten dort die Velos eigentlich vortrittsberechtigt geführt werden, d.h. wer mit dem Auto aus der Richtung von der Zürcherstrasse her in die Spange fährt, müsste dort warten, bis die Velofahrer durch sind. Und die Velofahrer vortrittsberechtigt durchlassen.

Die Verhältnisse sind bei diesen beiden Knoten sehr eng, was die Sichtverhältnisse angeht. Es ist praktisch ein rechter Winkel mit enganliegenden Gebäuden. Ich sehe dort immer wieder sehr kritische Situationen, wenn Autos um die Kurve kommen.

Aus dieser Sicht muss man das bestätigen und verstärken, dass diese Studie tatsächlich wichtig sein wird und ich möchte dringend beliebt machen, dass man diese Themen angeht. Und insbesondere auch die Problematik für die Velofahrer dort entschärft. Ebenfalls ist Richtung Hauptbahnhof noch eine Pendenz, wo man Verbesserungen erreichen muss. Dort hat man nämlich den Übergang von der Strasse mit einem Fussgängerstreifen, der auf der Jägerstrasse ist, in eine Mischzone, die dann zum Bahnhofsareal führt, auf den Kesselhausplatz. Und der Übergang dort ist auch nicht wirklich sauber gelöst. Es fehlten meines Erachtens teilweise Signalisationen, um den Verkehr besser zu entmischen und insbesondere den Anfang dieses Weges Richtung Hauptbahnhof allenfalls besser zu verstärken und besser für die Fussgänger und die Velofahrer zu signalisieren. Wir erwarten, dass diese Knackpunkte mit dem Verkehrskonzept geklärt werden und hoffen, dass wir bis 2021 dann entsprechende Lösungen auf dem Tisch haben.

B. Huizinga (EVP): Sicher, die Zeiten, wo auf der Notfallstation bei jeder Haarrissfraktur von einem Velofahrer gewitzelt wurde, da hätte wieder jemand nach dem Kinobesuch im Kesselhaus die Gleise statt den Schatz geküsst, die sind vorbei. Die ursprünglichen Gefährlichkeiten an dieser Verkehrsstelle sind eingedämmt, jedoch aus unserer Sicht noch längstens nicht behoben. Gerade Velofahrer und Fussgänger kommen sich beim Portier immer wieder ins Gehege. Das hübsche kleine Lokal trägt einen historischen Namen als Zugangstor zum Werkgelände, doch eigentlich müsste es seit ein paar Jahren eine Bezeichnung erhalten, die mehr einen Beobachtungsposten von akrobatischen Ausweichmanövern, Schimpftiraden und

Schauplatz der unterschiedlichsten Fortbewegungsarten (von schleichen bis rennen, von velofähren bis Flyer rasen) beschreibt.

Als EVP-Fraktion danken wir dem Tiefbauamt für die bisher geleisteten Massnahmen zum sicheren Nebeneinander im Sulzerareal, denken jedoch, dass vielleicht bald einmal ein erneuter Vorstoss in diese Richtung notwendig sein wird.

M. Wäckerlin (SVP/PP): An dieser Stelle war tatsächlich Tempo 50 zu hoch und zu gefährlich. Tempo 30 ist passend, angemessen und gut. Was ein Blödsinn ist, ist der kurze Abschnitt mit Tempo 20. Mal ganz abgesehen davon, dass das relativ schwer einzuhalten ist: Bei den meisten Autos stoppt der Tempomat bei 30.

Ch. Maier (FDP): Eine Antwort an Fredy Künzler: Herzlichen Dank für die Erwähnung von Agil-Mobil bzw. dessen Personal. Als Vorstandsmitglied von Agil-Mobil erlaube ich mir, kurz zu unterstreichen, dass genau dieses Postulat zeigt, für was Agil-Mobil steht: Nämlich für ein sicheres, faires Nebeneinander aller Verkehrsteilnehmer.

Stadträtin Ch. Meier: Erstens herzlichen Dank für die sehr wohlwollenden Worte der schnellen Umsetzung gegenüber.

Romana, ich muss Dich einfach enttäuschen: Eine so schnelle und unbürokratische Umsetzung geht eben v.a. dann, wenn es sich um temporäre Massnahmen handelt. Sobald man langfristige Massnahmen ins Auge fasst, wird es automatisch bürokratischer und ein bisschen aufwändiger und es braucht dann auch ein bisschen mehr Zeit.

Die Studie, die angekündigt wurde, die ist in den letzten Zügen. Inhaltlich steht sie fast ganz, wir sind im Moment an der redaktionellen Überarbeitung. Anschliessend, also noch diesen Herbst, wird die Studie in die verwaltungsinterne Vernehmlassung kommen. Voraussichtlich anfangs Jahr wird sie durch den Stadtrat verabschiedet und damit wird sie dann auch öffentlich und kann so zur Kenntnis genommen werden.

Einen Punkt möchte ich gerne aufgreifen, nämlich den mit den Gleisen. Diese bergen tatsächlich nach wie vor gewisse Tücken, v.a. wenn es feucht ist. Auch ich fahre jeden Tag über diese Gleise. Als routinierte Über-die-Gleise-Fahrerin weiss man, dass man möglichst in einem rechten Winkel darüberfahren muss, und das dann (auch wenn es nass ist) in der Regel unbeschadet schafft. Aber gerade weil es zum Teil relativ viele Leute auf diesem Strassenraum hat, ist das auch nicht immer ganz einfach. Die Gleise haben – neben dem, dass sie z.T. ein bisschen heikel und gefährlich sind – historisch doch eine relativ grosse Bedeutung. Über diese Gleise wurden mehr als 100 Jahre lang Loks aus der SLM in die ganze Welt verschifft bzw. sie kamen über diese Gleise von der Drehscheibe aus auf das öffentliche Schienennetz hinüber. Lokomotiven mit den wunderschönen Namen Elefant, Krokodil, Tigerli, Tender, Habersack, Roter Pfeil und Bigboy – das sind die Namen, die jetzt auch die Gebäude auf den 7 Baufeldern im Werk 1 (oder neu Lokstadt) haben. Und deshalb ist es aus denkmalpflegerischer und historischer Sicht nicht ganz einfach, die Gleise einfach zu entfernen. Es ist uns aber klar, dass wir eine Lösung finden müssen. Das wird auch Teil des Umsetzungskonzepts dieser Studie sein, wie wir mit dieser Situation umgehen wollen.

Wir haben das im Blick, wir werden das angehen. Wie das dann ganz genau aussieht, kann ich jetzt noch nicht sagen.

Ratspräsident D. Oswald: Ich würde die Gleise auf die Strasse malen, damit ist das Problem gelöst.

Es gibt keinen Antrag auf Zusatzbericht usw., in dem Sinn ist das Postulat abgeschrieben und das Geschäft erledigt.

13. Traktandum

GGR-Nr. 2017.145: Antrag und Bericht zum Postulat B. Zäch (SP), Ch. Meier (SP), R. Diener (Grüne/AL), Ch. Magnusson (FDP), L. Banholzer (EVP/BDP) und A. Steiner (GLP/PP) betr. Zusammenführung der Verkehrsplanung und Verkehrslenkung

Ratspräsident D. Oswald: Das Wort hat der Erstpostulant Benedikt Zäch (SP).

B. Zäch (SP): Die SP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort auf das 2017 eingereichte Postulat. Wir haben auch hier wieder ein Postulat, das 3 Jahre alt ist. Bei der Überweisung konnte der Stadtrat mitteilen, dass er bereits eine Situationsanalyse in Auftrag gegeben habe, um die Organisationsform der Verkehrsplanung und der Verkehrslenkung zu überprüfen, die zu diesem Zeitpunkt noch in zwei verschiedenen Departementen (Bau und Sicherheit und Umwelt) verteilt war. Ende 2018 beschloss dann der Stadtrat, die beiden Abteilungen unter einem Dach zusammenzuführen.

Seit Anfang 2019 sind alle Verkehrsthemen, die zuvor im Amt für Städtebau (Planung) und in der Stadtpolizei (Verkehrslenkung) angesiedelt gewesen waren, im Tiefbauamt zusammengefasst. Das ist richtig und sinnvoll, sollten doch Verkehrsthemen wie Planung und Lenkung eben aus einer Hand kommen.

Soweit wir wissen, arbeitet die neue Abteilung daran, die beiden unterschiedlichen Betriebskulturen zusammenzuführen und hat auch die Erneuerung der veralteten Technik der Lichtsignalanlagen (LSA) an die Hand genommen. Das ist dringend nötig, denn die vorhandene LSA sind nicht auf die neuen Aufgaben einer differenzierten Verkehrslenkung ausgerichtet. Es ist absehbar, dass hier in den nächsten Jahren ein grösserer Erneuerungsbedarf in Sachen Hardware wie Software ansteht. Wir unterstützen das sehr, denn die Anforderungen an die Regionale Verkehrssteuerung (RVS) und die Lenkung der innerstädtischen Verkehrsflüsse werden deutlich anspruchsvoller in nächster Zeit.

Die SP-Fraktion nimmt den Postulatsbericht zustimmend zur Kenntnis.

R. Diener (Grüne/AL): Die Grünen/AL nehmen die Antwort und den Antrag auf Abschreibung ebenfalls zustimmend zur Kenntnis. Die Sache ist ja, wie bereits vom Vorredner gesagt wurde, längstens entschieden - eigentlich ja schon zur Zeit der Einreichung des Postulats (mehr oder weniger). Allerdings, da möchte ich auch noch einen Punkt drauflegen, scheint die Umsetzung nicht ganz reibungslos zu laufen. Es gibt da wahrscheinlich auch gewisse personelle Anpassungsprobleme (kulturell, ressourcenseitig, was auch immer).

Was wir aber auch spüren (oder mindestens vermeinen zu spüren): Dass infrastrukturell der Prozess nicht so läuft, wie er für uns eigentlich wünschbar wäre. Wie es Benedikt Zäch richtig gesagt hat: Die Lichtsignalanlagen, die wir in der Stadt Winterthur haben, sind z.T. ziemlich alt, haben Steuerungen, die man fast nicht mehr warten kann. Das ist eigentlich auch schon seit längerem bekannt, und wir haben eigentlich gehofft, dass es ein bisschen schneller gehen würde. Aber wir haben ja vorher schon gehört: Wenn man etwas gründlich anschaut, dann geht es etwas länger. Wir haben jetzt nachgefragt in der BBK, wieso wir da nichts hören. Wir warten eigentlich auf eine entsprechende Vorlage zur Erneuerung dieser Anlagen, denn – wie Benedikt Zäch gesagt hat – es ist eigentlich nicht möglich, mit dieser Infrastruktur die Steuerungsproblematik so zu lösen, wie man es modern eigentlich können sollte.

Und deshalb hoffe ich, dass sich jetzt dann demnächst etwas bewegt und dass wir da auch wieder einen Schritt weiterkommen in der Verkehrspolitik von Winterthur. Weil der BBK diese Informationen jetzt auch angekündigt wurden und wir demnächst da wieder etwas hören sollten dazu, verzichte ich auch auf den Antrag zu einem Ergänzungsbericht.

R. Heuberger (FDP): Auch die FDP nimmt die Antwort des Stadtrats zustimmend zur Kenntnis. Die Zusammenlegung der Verkehrsplanung und der Verkehrslenkung ist aus unserer Sicht gut gelungen. Ob bereits maximal Synergiepotenzial genutzt wird, können wir im Moment nicht beurteilen. So wissen wir z.B. nicht, ob mit den genannten Effizienzgewinnen auch die Auslagerung von Planungsaufträgen an private Unternehmen, für kleine und mittlere Projekte, reduziert werden konnten. Für Organisationen wie z.B. Winterthur Agil-Mobil, die heute Abend auch schon genannt wurde, ist es jedoch zielführend, dass nur noch eine Ansprechstelle bei der Stadt kontaktiert werden muss und die Fäden im Tiefbauamt bei der Abteilung Verkehr zusammenlaufen. So ist sichergestellt, dass die linke Hand weiss, was die rechte tut, und die Prozesse spielen sich aus unserer Sicht auch langsam ein. Das dürfte auch zu einer Versachlichung der Diskussionen führen.

Wir hoffen, dass inzwischen auch das zeitweilige Kompetenzgerangel zwischen den Departementen, dem ehemaligen und dem neuen, der Vergangenheit angehört.

Aus unserer Sicht hat jedoch die Verkehrsplanung in der Stadtplanung bzw. in der Stadtentwicklung, noch zu wenig Gewicht. Denn dort werden entscheidende Weichen für die Verkehrsplanung gestellt. Der Output aus der Verkehrsplanung und -lenkung ist aus unserer Sicht ebenfalls nicht immer befriedigend. Bereits in der letzten Gemeinderatssitzung (und auch heute wieder) ist in der Fragestunde thematisiert worden, dass man derzeit oft den Eindruck hat, der Verkehr werde durch die Lenkung eher behindert als optimal durch die Stadt und insbesondere auch aus der Stadt hinaus gelenkt.

Da aber beim Projekt Winterthur 2040 die Mobilität ein wichtiger Bestandteil ist, hoffen wir, dass da eine Optimierung und eine bedarfsgerechte Mobilität für alle Verkehrsteilnehmenden einen entscheidenden Schritt weiterkommt.

M. Bänninger (EVP): Auch die EVP nimmt die Beantwortung dieses Geschäfts positiv zur Kenntnis. Wir sind gespannt, wie und ob die Zusammenlegung in Zukunft die gewünschten Synergien bringen wird. Herzlichen Dank für die Beantwortung, die Umsetzung und die weitere Optimierung von Prozessen und Infrastruktur.

A. Steiner (GLP): Auch wir danken dem Stadtrat für die positive Antwort und das schnelle Umsetzen der Forderung des Postulats. Tatsächlich ist es schon eine Weile her und die Zusammenlegung konnte doch schon ein gutes Jahr so gelebt werden. Die Abteilung im Tiefbauamt ist sehr gross und am Schluss des Tages kommt es immer auf die Zusammenarbeit der einzelnen Abteilungen an – es kommt darauf an, wie gut die Personen zusammenarbeiten können. Es wird sich zeigen, ob auch wirklich die Effizienzgewinne eingelöst werden können, die eine solche Zusammenlegung auch bringen sollte.

Die GLP nimmt die Postulatsantwort positiv zur Kenntnis und stimmt dem Antrag auf Abschreibung zu.

Stadträtin Ch. Meier: Ursprünglich hätte ich als Postulantin oder Miteinreichende heute sprechen können, jetzt darf ich als Stadträtin replizieren. Es ist selten der Fall, dass man ein Geschäft sich selbst überwiesen hat.

Tatsächlich, seit ca. 1,5 Jahren, nämlich seit dem 1. März 2019, ist die Zusammenlegung der Verkehrsbereiche vollzogen, d.h. Verkehrsmanagement und Verkehrssteuerung sind aus dem DSU zu uns in den Tiefbau gekommen. Wir durften 500 Stellenprozente von der Stadtpolizei übernehmen; es sind drei Mitarbeitende von der Polizei zu uns gekommen und wir konnten noch zwei Personen anstellen. Zwei Leute haben nicht gewechselt, wegen Pension und sonstigem Abgang.

Die Zusammenlegung ist sehr erfreulich verlaufen. Ich finde wirklich, wir haben uns gut zusammengefunden. Die drei Mitarbeitenden, die von der Polizei gekommen sind, machen zwar mehr oder weniger die gleichen Aufgaben, die sie vorher hatten im Verkehrsmanagement und der Verkehrssteuerung, aber es ist wirklich ganz offensichtlich, dass diese Prozesse besser integriert sind in die verkehrsplanerischen Prozesse. Und damit haben wir wirklich einen grossen Gewinn.

Noch zu zwei weiteren Punkten, die genannt wurden: Das eine ist die vermeintlich zu wenig intensive Beteiligung des Verkehrs bei grossen planerischen Prozessen. Dem möchte ich ganz deutlich widersprechen: Bei allen diesen stadtplanerischen Prozessen ist die Abteilung Verkehr dabei, insbesondere bei Winterthur 2040, wo ja die Mobilität, wie wir es gehört haben, eine ganz wichtige Rolle spielt, aber auch bei anderen Stadtentwicklungsprozessen ist es selbstverständlich, dass die Abteilung Verkehr involviert ist.

Und der zweite Punkt, der genannt wurde, das sind die wirklich sehr veralteten Lichtsignalanlagen. Wir sind bei der Aufarbeitung ziemlich erschrocken, als wir den Zustand dieser Anlagen bemerkt haben. Es ist ein sehr grosser Aufwand, diese Situation umfassend zu erfassen, und es kommen auch Kosten auf uns zu, wenn wir dann diese Lichtsignalanlagen ersetzen werden müssen. Es ist tatsächlich so, dass es mit gewissen Anlagen nicht möglich sein wird, die Steuerungsaufgaben zu übernehmen, die eine moderne Verkehrsführung durch die Stadt bedingt. Aber wie angekündigt haben wir demnächst einen Termin, an dem wir in der BBK über den Stand dieser Anlagen informieren werden.

Ratspräsident D. Oswald: Damit ist dieses Postulat erledigt und abgeschrieben.

14. Traktandum

GGR-Nr. 2017.148: Antrag und Bericht zum Postulat R. Dürr (Grüne/AL), B. Helbling (SP), S. Müller (EVP) und A. Steiner (GLP/PP) betr. Sanierung Unfallschwerpunkt Kreisel Seener-/ Grüzefeld-/Etzbergstrasse

Ratspräsident D. Oswald: Das Wort hat Katharina Frei für die Erstpostulanten.

K. Frei (Grüne/AL): Der Etzbergkreisel, der Kreisel unweit der Tennishalle Grüze, ist der älteste Kreisel der Stadt Winterthur, wie ich erfahren durfte. Er wurde 1990 zuerst als Provisorium gebaut, und hat leider damals schon, ziemlich am Anfang, für unrühmliche Berühmtheit gesorgt. Es passierten ziemlich rasch viele Unfälle. Aber wahrscheinlich liegt es ein bisschen in der Natur der Sache, weil man damals überhaupt erst die Erfahrungen machen musste mit Kreiseln überhaupt. Er gilt deshalb inoffiziell schon seit Jahren als Unfallschwerpunkt. Entsprechend sind wir ein bisschen erstaunt, dass er im Sicherheitskonzept bei den gegenwärtig 22 identifizierten Unfallschwerpunkten von Winterthur fehlt. Trotzdem wird schon lange über eine Entschärfung dieses Unfallschwerpunkts diskutiert.

Vor 2 Jahren wurde er saniert mit Werkleitungen. Trotzdem sind die Räder aber immer noch gleich und er ist immer noch gleich gefährlich, v.a. für die Velos. Aus der Presse haben wir im März dieses Jahres erfreut Kenntnis nehmen können von einem Stadtratsbeschluss, dass der Etzbergkreisel mit verschiedenen Low-budget-Massnahmen sicherer gemacht werden soll. Laut einem Bericht von einem Zürcher Ingenieurbüro kann die Durchfahrtgeschwindigkeit beim Kreisel durch optische Verschmälerungen der Fahrspur auf 5 m und die bauliche Verschmälerung der Einfahrten erheblich verringert werden. Damit wäre sicher eine Hauptursache für die Unfälle behoben. Als weitere Änderungen schlägt das Ingenieurbüro bessere Verkehrsführung für die Velos vor. Dank Markierungen könnte diese sicherer gemacht und kritische Überholmanöver verhindert werden. Für Fussgänger soll eine Verbreiterung der Mittelinsel, die wir auch gefordert haben in der Motion, auf der südlichen Seite der Seenerstrasse mehr Sicherheit bringen. Und zum Schluss schlägt der Bericht auch eine behindertengerechte Haltekannte für den Bus vor. Die Kosten beziffert das Büro auf 150'000 bis 400'000, was für die Sanierung eines solchen Kreisels sicher nicht viel Geld ist. Bis auf die Mittelinsel würden keine Verkehrsflächen angerührt, weil ja bei der Werkleitungssanierung erst gerade alles neu gemacht wurde.

Der Stadtrat, das konnte man in der Presse lesen, hat das Departement Bau beauftragt, das konkrete Bauprojekt auszuarbeiten. Das damit verbundene Versprechen, den Kreisel v.a. für

Velos wirklich sicherer zu machen, löst bei uns natürlich nicht nur eitel Freude aus, weil wir uns schon ein bisschen fragen, ob mit Bodenmarkierungen alleine - gerade wenn man jetzt an den Winter denkt, an die dunkle und nasse Jahreszeit – die Sicherheit für die Velos wirklich genügend gewährleistet werden kann.

Trotzdem, wir nehmen es an und sagen, lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach. Und immerhin tönt es nach rasch umsetzbar und insgesamt vielleicht doch plausibler Lösung.

Weil wir bis jetzt von dem angesprochenen Kredit aber noch nichts gefunden haben, schliesse ich mit der Frage, wann der Betrag gesprochen wird und bis wann wir ungefähr mit dieser Inselsanierung rechnen dürfen?

Ratspräsident D. Oswald: Es gibt zu diesem Postulat einen Antrag auf ablehnende Kenntnisnahme. Das Wort hat Andreas Geering (CVP).

A. Geering (CVP/EDU): Ich spreche zum Postulatsbericht, ich gehe aber weiter zurück in der Geschichte. Am 13. September 2017 beantwortete der Stadtrat die Interpellation 2017.82 betreffend Sanierung Unfallschwerpunkt Etzbergkreisel. Es wurde darin ausgeführt, dass es über zehn Jahre 2006 bis 2016 pro Jahr maximal 5 Unfälle an diesem Kreisel gab. Dabei wurden in den zwei unfallträchtigsten Jahren vier Personen leicht verletzt. Im Durchschnitt der zehn Jahre gab es in diesem Kreisel 2.3 leicht verletzte Personen pro Jahr. Es gab in den genannten 10 Jahren keine einzigen Schwerverletzten und eine Person verstarb im Jahr 2013. Natürlich sind Unfälle immer tragische Geschehnisse, v.a. wenn sie mit Todesfolge sind. Der Stadtrat führte aber aus, dass der Etzbergkreisel punkto Unfälle nicht gefährlicher ist als andere Knoten in der Stadt. Und die Bezeichnung vom «inoffiziellen Unfallschwerpunkt» habe ich heute Abend doch das 1. Mal gehört. Und wenn es nicht gefährlicher ist als ein anderer Knoten in der Stadt, dann würde das ja bedeuten, dass man alle Knoten in der Stadt eigentlich stilllegen müsste. Oder mindestens das Auto verbannen. Aber dann wissen wir ja aus der aktuellen Unfallstatistik – nicht kreiselbezogen, sondern generell – dass die Unfälle nicht bei den Autos zunehmen, sondern v.a. bei den E-Bike-Fahrern. Auf jeden Fall hat damals der Stadtrat ausgeführt, dass der Etzbergkreisel nicht gefährlicher ist als andere Knoten der Stadt, und so kam der Stadtrat zum Schluss, dass ein nochmaliger Umbau des Kreisels nicht angezeigt ist. Das war im Jahr 2017.

Trotzdem wurde gemäss dem vorliegenden Postulatsbericht nur eineinhalb Jahre später – im Mai 2019 – ein Investitionskredit angekündigt, um den Kreisel sicherer zu machen. Dies ist unseres Erachtens inkonsequent und nicht einer Unfallstatistik des Knotens geschuldet, sondern dem Wechsel in der Departementsvorsteherschaft. Der vorliegende Postulatsbericht datiert von Mai 2019, er wurde halt später gemacht. Zwischen September 2017 und Mai 2019 wurde durch die Gesamterneuerungswahl 2018 nicht das Geschehen am Knoten geändert, sondern die Departementsvorsteherschaft ausgewechselt, was offensichtlich neue Prioritäten und Investitionskosten von Fr. 1.4 Mio. Franken bewirkte. Das ist nicht den Unfällen im Kreisel geschuldet, nicht einer gesteigerten Unfallanfälligkeit.

Wieso komme ich auf 1.4 Mio.? Wenn man ins Budgetbuch 2020 schaut, also in das letzten Dezember behandelte Budget, dann haben wir dort bei der Kontrolle der Investitionskredite einen Investitionskredit für dieses Projekt mit der Nummer 11536 von 1.4 Mio. 200'000 Fr. für die Projektierung und 1.2 Mio. für die Umsetzung. Jetzt ist der noch nicht bewilligt und genauso wie Katharina bin auch ich gespannt auf diese Weisung – wir schauen dieser mit Bedenken entgegen, wenn wir den Preis anschauen, den wir vor einem Jahr im Budgetbuch hatten.

Ich habe anfangs bei einem früheren Traktandum gesagt, dass man da exemplarisch sieht, wie der Wechsel in der Departementsvorsteherschaft von bürgerlich zu links-grün zu Mehrkosten führt. Das erste Beispiel war 330'000 Fr. für Tablets. Hier haben wir 1.4 Mio. für den Etzbergkreisel. Wenn man das zusammenrechnet, haben wir nur bei diesen beiden Beispielen durch den Wechsel von bürgerlicher zu grün-linker Departementsvorsteherschaft eine Kostensteigerung von 1.73 Mio. Fr.

Jetzt könnte es sein, dass mir nachher der Stadtrat entgegen würde, dass ja der Eitzbergkreisel, diese Sanierung, zu einem grossen Teil, wenn man ins Budgetbuch schaut 1.32 Mio., aus dem Strassenfonds für überkommunale Strassen gespiesen würde oder gezahlt würde. Also nicht von der Stadt, sondern von übergeordneter Staatsebene. Dann würde ich dem Stadtrat entgegen, dass wir doch den Stadtrat anhalten würden, nicht nur sorgsam mit dem Steuergeld auf städtischer Ebene umzugehen, sondern mit dem Staatsgeld auf allen Ebenen – es werden ja alle staatlichen Ebenen letztendlich von den Bürgerinnen und Bürgern gespiesen.

Deshalb werden wir wie angekündigt den Antrag stellen auf negative Kenntnisnahme, weil wir finden, diesen Wechsel um 180 Grad in der Einschätzung dieses Kreisels aufgrund eines Wechsels in der Departementsleitung können und wollen wir nicht nachvollziehen. Ich danke für die Unterstützung der ablehnenden Kenntnisnahme.

B. Helbling (SP): Es ist spannend, wie unterschiedlich gewisse Antworten des Stadtrats gelesen werden. Andreas Geering erwähnt ja die schriftliche Anfrage von 2017. Jetzt gehe ich halt doch noch ganz kurz auf diese ein und sage, was ich dort herauslese: Nämlich, dass extra ein externes Büro vor der Sanierung respektive vor der Gas- und Wasserleitungssanierung eine Analyse gemacht hat vom Unfallgeschehen, die Situation vor Ort analysiert hat. Der Kreisel war damals schon aus verkehrsplanerischer Sicht und verkehrstechnischer Sicht als Unfallschwerpunkt identifiziert worden. Es wird dann noch länger ausgeführt, was es alles für Punkte hat, auf das gehe ich jetzt nicht mehr ein.

Damals aber sagte man bei der Beantwortung der schriftlichen Anfrage, man verzichtet bewusst auf die Sanierung dieser Sicherheitsmängel. Es wurde auch erklärt weshalb: Es wurde gesagt (so steht es in der Beantwortung der schriftlichen Anfrage) «wegen fehlender politischer Durchsetzbarkeit».

Also, schon damals sah man es als Sicherheitsmangel.

Jetzt gehe ich auf die Beantwortung des Postulats ein, und zwar ganz kurz. Wir nehmen das natürlich positiv zur Kenntnis. Ich bedanke mich für die sorgfältige Analyse der Situation, bei der man nochmals wirklich draufgeschaut hat. Nochmals draufgeschaut, wie es überhaupt aussieht, wie die Situation ist. Und nicht einfach das übernommen hat, was geschrieben stand Und man sah, dass es wirklich Sicherheitsmängel hat. Ich danke für die Aufnahme in die Investitionsplanung 2020 und ich danke auch dafür, dass der Kreisel mit möglichst geringen baulichen Anpassungen sicherer gemacht werden soll.

D. Roth-Nater (EVP): Wir nehmen die bereits durchgeführte Sanierung zur Kenntnis. Die breiten Einfahrtstrassen sind immer noch gefährlich für die Velofahrerinnen und Velofahrer. Doch das liegt beim Kanton und deshalb lasse ich das auf der Seite und ersuche den Stadtrat um eine schnelle Aufnahme zum Ausbau der Bushaltestelle Eitzberg, denn auch das wird in einem Punkt erwähnt. Der behindertengerechte Ausbau ist nämlich überfällig. Es ist eine der vielen Bushaltestellen, die noch nicht angepasst wurden, die aber bis 2023 angepasst werden müssen. Das beinhaltet, dass die Haltekantenhöhe gemäss Richtlinie 15.71 mit der Minimalvariante ab Höhe von 22 cm bei der 2. Türe umfasst, um ein selbständiges Ein- und Aussteigen zu ermöglichen. Zu bemängeln wäre, dass dieser Ausbau nicht bereits zum gleichen Zeitpunkt stattfinden konnte wie die Sanierung des Kreisels, denn eigentlich ist davon auszugehen, dass die Stadt und der Kanton solche Projekte koordinieren können müssten.

Und, wenn Sie dann dran sind, vergessen Sie bitte nicht, die kontrastreiche Gestaltung und standardisierte Positionierung von Informationsträgern und auch taktil und visuell erkennbare Orientierungshilfen.

Wir nehmen die Postulatsantwort positiv zur Kenntnis.

A. Steiner (GLP): Lieber Andreas, ich bin mir nicht sicher, ob Du wirklich an den richtigen Ort zielst mit Deinem Rundumschlag. Es ist schlicht ein Schildbürgerstreich vom - notabene damals bürgerlichen - Stadtrat, einen Kreisel anzufassen, ohne dabei von Anfang an alle gesetzlichen Anforderungen ins Projekt zu integrieren. Es gab mehrere Anläufe, um den Stadtrat dort in die richtige Richtung zu bringen, damit dieser Kreisel richtig saniert wird und nicht

in dieser Form, in der es jetzt eben gemacht wurde. Geld zum Fenster hinausgeworfen wird, weil man ihn jetzt ein zweites Mal anfassen muss, obwohl man das eigentlich hätte vermeiden können.

Alles andere haben meine Vorrednerinnen und -redner bereits gesagt.

Die Grünliberalen nehmen diese Postulatsantwort positiv zur Kenntnis und beantragen ebenfalls, dass es abgeschrieben wird.

Th. Leemann (FDP): Wir danken für die Beantwortung des Postulats. Mit diesem Postulat wird vom Stadtrat eine konkrete Umsetzung für die Sanierung des Seemer Kreisel zur Aufhebung als Unfallschwerpunkt in Winterthur in einem Bericht gefordert. Das Postulat ist schon durch eine schriftliche Anfrage und durch eine Motion klar beantwortet worden.

Ich schaue jetzt auch ein bisschen zurück in der Geschichte: Der Stadtrat hat eine Kostenplanung mit 3 Mio. für den Kreisel 1995 dem Gemeinderat unterbreitet. Das war zu teuer und am Ende hat der Gemeinderat 1,75 Mio. bewilligt- unsere Vorgänger. Ich muss sagen, die haben schon gewusst, was Kosten/Nutzen heisst.

Während der Bauarbeiten war ein externes Ingenieurbüro für die Planung der Verkehrsleitung und Sicherheit zuständig. Wenn man eine Baustelle hat in einem Kreisel, ist das auch gefährlich – und so viel ich weiss, ist nichts passiert. Die Planung ist soweit gut abgelaufen. Weil der Kreisel breite Zu- und Ausfahrten hat, ist die Geschwindigkeit aller Verkehrsteilnehmer eher hoch. Hauptsächlich sind Ein- und Abbiege-Unfälle in diesem Bereich festgestellt worden.

Leider wurde die Chance vergeben – vor der Corona-Krise - den Kreisel während der Bauarbeiten für die Erneuerung der Gas- und Wasserleitungen im gleichen Zug den neuen Verhältnissen anzupassen. Der Stadtrat will beim Kreisel mittel- bis langfristig die Mängel mit einem Projekt beheben. Im Vordergrund steht die Erhöhung der Verkehrssicherheit für Radfahrer und der behindertengerechte Zugang bei der Bushaltestelle.

Die FDP-Fraktion nimmt den Postulatsbericht kritisch zur Kenntnis und empfiehlt der BBK, mit vertretbaren Kosten (bitte nicht vergolden!) den Umbau des Seemerkreisel auszuarbeiten – nur schon auf die finanziellen Auswirkungen von Corona.

D. Pezzotta (SVP): Die SVP bedankt sich auch für die Antwort des Stadtrats und begrüsst natürlich die Erhöhung der Verkehrssicherheit und besonders die Schaffung von behindertengerechten Haltestellen.

Ich möchte mich von Anfang an dem Vorredner Andreas Geering anschliessen und noch ein paar zusätzliche Sachen sagen. Gemäss Sicherheitskonzept vom 6. September 2018 gilt der erwähnte Kreisel nicht als Unfallschwerpunkt. Trotzdem stuft der Stadtrat den Kreisel jetzt als gefährlich ein - mit budgetierten Kostenfolgen notabene. Wo möglich soll die Sicherheit selbstverständlich erhöht werden, wobei sich der Stadtrat möglichst objektiv auf die Bewertung abstützen soll. Es stellt sich aber die Frage, weshalb der Stadtrat jetzt – entgegen vom Sicherheitskonzept – den Kreisel als gefährlich einstuft, obschon er ihn damals nicht ins Sicherheitskonzept aufgenommen hat. Das ist widersprüchlich. Wenn die Einstufung «gefährlich» nicht durch objektive Werte bestimmt wird, dann besteht die Gefahr, dass jede Strassenüberquerung als gefährlich eingestuft wird. Dieses Vorgehen kann unseres Erachtens nicht funktionieren, besonders bei limitierten Ressourcen.

Die SVP bittet den Stadtrat, das Sicherheitskonzept als Referenz zu nehmen und – falls nötig – dieses anzupassen. Dort, wo Unfallschwerpunkte resultieren, sollen diese selbstverständlich zügig angegangen werden.

Ich frage mich manchmal, wie es sein kann, dass eine Strassenkreuzung oder ein Strassenkreisel in kurzen Zeitintervallen mehrmals aufgerissen wird und schwere Maschinen aufgefahen werden. Früher habe ich gedacht, das hätte schon seinen Grund. Heute muss ich sagen: Das verwundert und ich finde, dass dem nicht so ist. Da muss offensichtlich ineffizient geplant werden, dass da unnötig umgebaut wird.

Ich benutze den Kreisel mehrmals und ich muss feststellen, dass es nicht wenige Verkehrsteilnehmer und -teilnehmerinnen hat, die die elementarsten Verkehrsregeln missachten. Unabhängig von der Bauweise!

Wie Fredy Künzler vorhin gesagt hat beim Postulat «Sicheres Nebeneinander auf dem Sulzerareal» wäre ich auch froh, wenn die Polizei an neuralgischen Stellen, wie dort eine ist, vermehrt Verkehrskontrollen durchführen würde. Ich bin mir aber nicht sicher, ob dann nicht mehrheitlich die Velofahrer oder die Elektrofahrzeuge gebüsst würden und nicht die Autofahrer oder Autofahrerinnen.

Die SVP nimmt aufgrund der widersprüchlichen Aussagen den Bericht ablehnend zur Kenntnis.

R. Diener (Grüne/AL): Zum Schluss möchte ich nochmals zurückkommen auf die Sache des Rundumschlages von Andreas Geering und die Unterstützung von Davide Pezzotta. Es wurde bereits gesagt: Es hat sich bei diesem Projekt, das damals mit relativ grossen Kosten umgesetzt wurde, bei dem man bereits damals wusste, dass es sicherheitstechnische Mängel gibt, um Leitungssanierungen gehandelt, die durchgeführt werden mussten. Wir haben von unserer Seite zu jenem Zeitpunkt mehrmals und immer wieder darauf hingewiesen, dass solche Mängel bestehen – zum einen für die Velofahrer, zum anderen für die Busbenützer, die keine behindertengerechten Zugänge hatten und die v.a. auch mangelhafte Haltestellen hatten. Wir haben mehrfach auf das hingewiesen und es wurde ausgerechnet vom damaligen Stadtrat von bürgerlicher Seite, nämlich von Herrn Josef Lisibach, nicht aufgenommen. Das war der Grund, weshalb man dann mit diesem Postulat (ursprünglich als Motion eingereicht) nachgehakt hat. Weil man das schlicht und ergreifend nicht berücksichtigen wollte. Und da möchte ich schon, dass man das zur Kenntnis nimmt und das auch richtigstellt. Es ist jetzt nachträglich eine Korrektur, die man einfliessen lassen muss, die erfolgen wird, weil man das damals nicht rechtzeitig aufnahm.

A. Geering (CVP/EDU): Lieber Reto. Ich glaube, die Frage, die sich stellt, ist, ob man pragmatisch dort nachbessern will, wo es wirklich Probleme gibt (das ist beim Etzbergkreisel nicht der Fall), oder ob man findet, man müsse dort nachbessern, wo man gemäss einer Studie schon immer sagte, man müsse nachbessern. Und weil man jetzt die Mehrheit zusammen hat, bessert man jetzt nach – obwohl es die Unfallzahlen nicht bestätigen.

Stadträtin Ch. Meier: Ich würde auch gerne auf den Antrag auf negative Kenntnisnahme von Andreas Geering eingehen. Du sagst, dass es am Wechsel in der Regierung liegt, dass wir jetzt über die Behebung dieses Unfallschwerpunkts sprechen. Ich muss Dich da enttäuschen: Das liegt nicht an mir, sondern das liegt daran, dass eine Mehrheit des Gemeinderats dieses Postulat an mich überwiesen hat. Es ist offensichtlich ein ganz klarer politischer Wille, dass man die Situation beim Etzbergkreisel nochmals anschaut.

Es ist nicht so, dass einfach der Stadtrat im Stil von Daumen rauf oder Daumen runter entscheidet, ob ein Knoten ein Unfallschwerpunkt sei oder nicht. Es gibt dazu nämlich schweizerische Normen. Und gemäss dieser schweizerischen Normen, die seit 2015 in dieser Form in Kraft sind, ist der Etzbergkreisel ein Unfallschwerpunkt. Das hätte man auch 2017 schon gewusst. Man hat sich damals dagegen entschieden, die sicherheitsrelevanten Probleme anzugehen. Man hat sich damals für eine reine Sanierung entschieden.

Jetzt packen wir es an, denn wie gesagt der politische Auftrag vorhanden ist.

Natürlich wäre es günstiger gekommen, wenn man das damals gemeinsam mit der Sanierung gemacht hätte, davon gehe ich aus. Ich kann Dich aber beruhigen: Die 1.4 Mio., die in der Investitionsplanung vom Budget 2020 drin sind, das war eine erste, sehr grobe Schätzung. Wir haben mittlerweile etliche Abklärungen gemacht und sind zum Schluss gekommen, dass es möglich ist, das mit wirklich sehr untergeordneten baulichen Massnahmen und v.a. optischen Massnahmen sehr viel günstiger zu machen. Wir haben gestern vor einer Woche im Stadtrat den Projektierungskredit über 30'000 Fr. bewilligt und wir gehen im Moment von einer Investition von 150'000 – 400'000 Fr. aus. Damit wäre dieser Unfallschwerpunkt behoben und wir können die Bushaltekanten behindertengerecht ausgestalten.

Ich finde, das ist eine relativ bescheidene Investition – selbstverständlich muss man auch auf das Geld achten, wenn kantonale Ebenen beteiligt sind – mit der wir doch einen sehr grossen Mehrgewinn erzielen können.

Ratspräsident D. Oswald: Damit stimmen wir ab. Es ist ein Antrag auf negative Kenntnisnahme.

Wer den Bericht zum Postulat positiv zur Kenntnis nehmen möchte, soll das mit Handerheben bezeugen.

Wer ihn negativ zur Kenntnis nehmen möchte, soll das mit Handerheben bezeugen.

Das erste Mehr ist das grössere Mehr, Ihr habt diesen Bericht positiv zur Kenntnis genommen. Damit ist dieses Geschäft ebenfalls erledigt.

Es ist jetzt 10 Minuten vor 22 Uhr. Wir hören jetzt auf und beginnen nicht mehr mit dem nächsten Traktandum.

Wir sind, wie ich von der Ratsleitung bestätigt bekommen habe, auf dem normalen Niveau der Geschäfte und haben somit einen guten Stand erreicht.

In der nächsten Gemeinderatsitzung findet eine IFK-Sitzung in der Ratspause statt und wir werden deshalb wieder eine normale Pause von 1,5 Stunden machen und erst um 20 Uhr anfangen. Die Essenspause geht wieder eine halbe Stunde länger.

In dem Sinn schliesse ich die heutige Sitzung und wünsche allen einen schönen Abend und schöne Herbstferien. Gute Nacht miteinander.

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Der Präsident:

Die 1. Vizepräsidentin:

Der 2. Vizepräsident:

D. Oswald (SVP)

M. Sorgo (SP)

R. Diener (Grüne)